

**Sonderthema:**  
**Afghanistan:**  
Ungewisse Zukunft nach dem Abzug

**PARLAMENTARISCHES NACHSPIEL**  
Überhasteter Afghanistan-Rückzug  
sorgt für Kritik im US-Kongress **SEITE 12**

**PARLAMENTARISCHES FARBENSPIEL**  
Letzte Bundestagsdebatte  
vor der Wahl **SEITE 13**

# Das Parlament

Berlin, 13. September 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 37 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Auf heikler Mission

Markus Potzel Der Diplomat war bereits als neuer Botschafter nach Afghanistan unterwegs, als ihn die Nachricht von der Machtübernahme der Taliban erreichte. Nun ist er auf heikler Mission und verhandelt für die Bundesregierung in Katars Hauptstadt Doha mit Taliban-Vertretern über die Zukunft afghanischer Ortskräfte, denen Deutschland Schutz und Aufnahme zugesagt hat. Potzel, bereits 2014



bis 2016 Botschafter in Kabul und bis vor kurzem Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, spricht die Landessprache Dari und kennt die Unterhändler auf der Gegenseite seit längerem. Er war Teil der Diplomatenrunde, die sich 2020 mehrfach in Doha traf, um Friedensgespräche zwischen den Taliban und den damaligen afghanischen Regierungsvertretern vor dem Abzug der westlichen Truppen zu unterstützen. **aha**

## ZAHL DER WOCHE

**300**

Soldatinnen und Soldaten der Nato-Krisenreaktionsgruppe NRF sind im Einsatz, um bei der Versorgung und Unterbringung von Afghanen zu helfen, die nach der Machtübernahme der Taliban aus ihrer Heimat nach Europa gebracht wurden. Es ist das erste Mal seit rund 16 Jahren, dass die Nato diese Einheit wieder einsetzt.

## ZITAT DER WOCHE

»Das ist ein historischer Tag.«

Mutlak al-Khattani, Sondergesandter Katars für Afghanistan, nach dem ersten Evakuierungsflug seit Ende des internationalen Militäreinsatzes, bei dem vergangene Woche auch 15 deutsche Staatsangehörige ausgeflogen werden konnten.

## IN DIESER WOCHE

**THEMA** Geschichte Das Land am Hindukusch gilt als „Friedhof der Imperien“ **Seite 3**

**Mission** Ermächtigung nach 20 Jahren Nato-Einsatz in Afghanistan **Seite 4**

**Bundeswehr** Wie Afghanistan das Selbstverständnis der Truppe veränderte **Seite 7**

**Ortskräfte** Was geschieht mit den afghanischen Helfern? **Seite 8**

**Interview** Die afghanische Menschenrechtsaktivistin Shahrazad Akbar **Seite 9**

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
64546 Mörfelden-Walldorf



# Kein bisschen Frieden

**AFGHANISTAN** Nach dem Abzug der westlichen Truppen brechen alte Konflikte wieder auf

Zwanzig Jahre hat der Versuch gedauert, Afghanistan in einen modernen demokratischen Staat zu transformieren. Ein Versuch, der mittlerweile als weitgehend gescheitert angesehen werden muss. Weder die mit modernen Waffen ausgestattete und von US-Ausbildern geschulte Armee noch die von Deutschland ausgebildeten Polizeikräfte konnten die Rückkehr der Taliban verhindern. Der Vormarsch der Gotteskrieger gestaltete sich so reibungslos, dass der Abzug der westlichen Truppen einer hektischen Flucht glich. Bereits im Jahr 2009 hatte der amerikanische Isaf-Kommandeur Stanley McCrystal vor einem solchen Szenario gewarnt und die amerikanische Politik und die afghanische Regierung gleichermaßen kritisiert. Letzterer warf er Korruption und Machtmissbrauch vor.

Auch in Deutschland mehrten sich skeptische Stimmen. Doch eine grundlegende Evaluation der Mission erfolgte nicht, obwohl der schleppende Aufbau der afghanischen Polizei und Armee immer wieder Besorgnis auslöste. Kommandeure zahlten ihren Untergebenen kein Gehalt und diese verkauften ihre Waffen nebst wichtigen Informationen an die Taliban. Letztere waren militärisch ohnehin keineswegs geschlagen, sondern sorgten mit gezielten Angriffen für zunehmende Unsicherheit. Insgesamt starben 3.600 Soldaten der westlichen Allianz und mindestens zehnmal so viele afghanische Soldaten seit 2001. Die Zahl der zivilen Opfer betrug ein Vielfaches.

In Deutschland verwies man gerne auf Erfolge, vor allem hinsichtlich der Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen. Ob es dafür auch außerhalb der Städte Akzeptanz gab, kann jedoch bezweifelt werden. Selbstverständlich gibt es die Menschen, die die Freiheiten der vergangenen 20 Jahre geschätzt und die ihr Leben für Fortschritt und Demokratie riskiert haben. Aber es gibt auch diejenigen, die die Ausländer als Besatzer gesehen und die von ihnen vertretenen Werte als gott- und ehrlos abgelehnt haben. Die überwiegende Mehrheit der Afghanen lebt auf dem Land und dort steht man den Werten der Moderne zumindest skeptisch gegenüber. Wie schwer es für emanzipierte Frauen war, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen, zeigt das Beispiel von Zarifa Ghafari, der ehemaligen Bürgermeisterin der Stadt Maidan Shar. Sie konnte ihr Büro monatelang nicht betreten, weil wütende Männer sie daran hinderten; aus Sicherheitsgründen musste sie in Kabul bleiben. Ghafari ist mittlerweile in Deutschland und fühlt sich von den internationalen Kräften im Stich gelassen, wie viele moderne Städter in Afghanistan, die an das Versprechen einer menschenrechtsorientierten Moderne unter westlichem Schutz glaubten. In gewisser Weise wiederholt sich jetzt eine afghanische Geschichte, die fremder Herrschaft stets ebenso viel Widerstand entgegenzusetzen hat wie modernen Reformen – zu denen an erster Stelle auch die Frauenrechte gehören.

**Auf dem Land steht man den Werten der Moderne zumindest skeptisch gegenüber.**

**Stark segmentierte Gesellschaft** Afghanistan ist ein multiethnischer Staat. Die Paschtunen stellen die größte Bevölkerungsgruppe, gefolgt von Tadschiken, Usbeken, Hazara und vielen kleineren Ethnien. Inter- und intraethnische Konflikte werden durch gewaltsame Auseinandersetzungen ausgetragen und durch das Schließen von Allianzen befriedet. Der Kern des sozialen Gefüges besteht aus verwandtschaftlich verfassten Segmenten, die sich anlassbedingt zusammenschließen können, grundsätzlich aber ihre Autonomie bewahren. Charakteristisch ist die Fähigkeit, sich ohne zentralisierte Herrschaftsstrukturen zu organisieren – Staatsbildungsprozesse wurden aus diesem Grund stets durch zentrifugale politische Dynamiken erschwert.



Taliban-Patrouillen wie hier in Herat sind seit der Machtübernahme allgegenwärtig in den Straßen Afghanistans. Die Vereinten Nationen fürchten, dass die Miliz so auch gezielt nach ehemaligen Ortskräften der Nato-Truppen und deren Angehörigen sucht. Ihnen drohen Folter und Hinrichtungen. **picture alliance/AA Mir Ahmad Firooz Mashroof/Anadolu Agency**

In der Geschichte Afghanistans seit dem 19. Jahrhundert haben sich segmentäre Gruppen vor allem dann zusammengeschlossen, wenn es um die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit gegenüber ausländischen Einflüssen oder um Widerstand gegen soziale Veränderungen ging. Dies betraf zunächst die britischen Interventionen und Gebietsbesetzungen, die nach drei Kriegen und zahlreichen antikolonialen Aufständen 1919 zur Gründung eines souveränen Staates unter Amanullah Khan führten. Reformvorhaben Amanullahs wie das Frauenwahlrecht, die Anhebung des Heiratsalters oder die Einschränkung der Polygamie stießen zwar auf den Widerstand traditioneller und religiöser Führer, doch in den wenigen Städten fand eine tatsächliche Modernisierung statt.

Zwischen 1933 und 1973 war Afghanistan eine konstitutionelle Monarchie unter Mohammed Zahir Schah. Dessen demokratische Reformen beschränkten sich ebenfalls auf den urbanen Raum. Auch eine anschließende Marionettenregierung der Sowjetunion konnte keine signifikanten Veränderungen im ländlichen Gesellschaftgefüge umsetzen. Der Einmarsch der sowjetischen Armee wurde mit Aufständen lokaler Kriegsherren beantwortet, die sich auf ihre ethnische Gefolgschaft stützten. Nach dem Abzug der Sowjetunion im Jahr 1989 kämpften die siegreichen Warlords gegeneinander um die Macht. Ein für die Zivilbevölkerung verheerender Bürgerkrieg wurde durch den Einmarsch der Taliban beendet, die 1996 ein rigides, auf der Scharia basierendes Emirat gründeten. Dieses wurde im Dezember 2001 durch eine von den USA geführte Allianz im Rahmen des von George W. Bushs ausgerufenen Kriegs gegen den Terror zerschlagen. Für die USA ist der 20-jährige Krieg zu Ende, weil auch die Demokraten unter Präsident Joe Biden keinen Sinn mehr darin sehen, Soldaten für nicht erreichbare Ziele zu opfern. Deutschland möchte mit den Taliban sprechen und weitere zivile Projekte finanzieren, nachdem zunächst ein Stopp der Transferleistungen bekundet wurde. Dass die Taliban „moderat“ geworden sind, ist unwahrscheinlich. Sie haben bereits klargestellt, dass ihre Herrschaft auf der Scharia basieren wird. Von Menschenrechten in einem universalen Sinn wird dann keine Rede mehr sein. Darüber kann auch die Ansage nicht hinwegtäuschen, Frauen könnten in gewissen Bereichen beruflich tätig sein, wenn es der Scharia nicht widerspreche. Das war selbst in Irak und Syrien unter dem „Islamischen Staat“ (IS) möglich. Der Westen hat die Beharrungskräfte der lokalen Traditionen und der Religion ausgeblendet. In ländlichen Regionen Afghanistans gelten nach wie vor die Gesetze der Ehre und des sunnitischen Islam in einer

strengen Auslegung. Die Taliban haben ihre Wurzeln in der paschtunischen Kultur und der fundamentalistischen Deobandischule des hanafitischen Islam, die Ende des 19. Jahrhunderts als Antwort auf den britischen Kolonialismus in Indien entstand. Sie stoßen deswegen auf eine gewisse Akzeptanz in der Bevölkerung. Ob sie in der Lage sind, das Land mit einer Neuaufgabe des Islamischen Emirats Afghanistan zu befrieden, darf jedoch bezweifelt werden. Bereits jetzt zeigte sich im Pandschir-Tal, dass ihre Macht von denen herausgefordert wird, die schon in der Vergangenheit bereit waren, für ihre eigenen Interessen mit Waffengewalt zu kämpfen. Ob die Taliban willens und in der Lage sind, der ethnischen Vielfalt politisch Rechnung zu tragen und die selbstbewussten Lokalherren einzubinden, ist mehr als ungewiss. Ein Wiederaufflammen bürgerkriegsähnlicher Zustände ist nicht ausgeschlossen.

Auch auf islamistischer Seite wird ihnen der Herrschaftsanspruch streitig gemacht. Bereits bei der Evakuierung der ausländischen Kräfte haben Selbstmordattentäter des IS gezeigt, dass sie jederzeit mitten in der Hauptstadt zuschlagen können. Taliban und IS unterscheiden sich hinsichtlich ihrer politischen Ziele. Während erstere eine nationale Organisation darstellt, der es um den Aufbau eines islamischen Staates Afghanistan geht, verfolgt der IS eine globale Agenda. Das Ziel seiner Kämpfer ist die weltweite Ausbreitung des radikalen Islam mit dem Mittel des Dschihad, des Krieges im Namen Allahs. Wenn es dem IS gelänge, Teile des Landes zu kontrollieren, würde dies dem internationalen Dschihadismus einen neuen Aufschwung verschaffen. Schon jetzt bedeutet der Sieg der Taliban eine Stärkung islamistischer Umtriebe in aller Welt und wird als Niederlage des Westens gefeiert. Von den Konsequenzen dürfte auch Deutschland betroffen sein. **Susanne Schröter**

**Den Taliban wird ihr Herrschaftsanspruch von verschiedenen Seiten streitig gemacht.**

Die Autorin leitet das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam an der Goethe-Universität Frankfurt.

## EDITORIAL

### Fahrlässiges Desinteresse

VON ALEXANDER WEINLEIN

Im November 2008 ermahnte der damalige Bundespräsident Horst Köhler die Bundesregierung, die deutsche Bevölkerung intensiver über die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu informieren und der Bevölkerung beschied er, dass „freundliches Desinteresse“ an der Streitkräfte allein nicht ausreichte. Wenige Monate zuvor hatte der ehemalige Kommandeur des deutschen KFOR-Kontingentes im Kosovo, General a.D. Klaus Reinhardt, die Bundestagsabgeordneten in einem Interview angehalten, ihrer Kontrollaufgabe über die Bundeswehr stärker nachzukommen und die Mandate für deren Auslandseinsätze nicht einfach nur „Jahr für Jahr“ durchzuwinkeln. Ansonsten werde der Begriff „Parlamentsarmee“ zur Phrase. Harte Worte.

Im Dezember vergangenen Jahres wiederholte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier während eines Gelübnisses in Schloss Bellevue anlässlich des 65. Jubiläums der Bundeswehr die Mahnungen inhaltsgleich, warnte vor der „Entfremdung zwischen Armee und Gesellschaft“, die seit Aussetzung der Wehrpflicht 2011 noch größer geworden sei. Angesichts des Debakels in Afghanistan müssen sich Regierung, Parlament und Öffentlichkeit derzeit fragen, ob sie diese Mahnungen beherzigt haben. Auch die Medien müssen sich diese Frage stellen. In den vergangenen Jahren galt das Augenmerk der Presse vornehmlich den Problemen der Bundeswehr mit Personalmangel, alter und unzureichender Ausrüstung, überteuerter und verspätet umgesetzter Rüstungsprojekte und Rechtsextremismus in der Truppe. Alles wichtige Themen. Die Auslandseinsätze gerieten aber aus dem Blick. Drückten sich die Journalisten in den ersten Jahren des Afghanistans-Einsatzes in Kundus, Masar-i-Sharif und Kabul noch gegenseitig die Klinke in die Hand, verschwand der Einsatz zunehmend aus der Berichterstattung. Ähnliches ist bei allen anderen Auslandsmissionen der Bundeswehr zu beobachten. Aktuell stellen Journalisten, Politiker und Bürger die Frage, warum der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr und des Westens insgesamt in einem solchen Chaos enden konnte. Darauf gibt es viele unterschiedliche Antworten. Doch eine davon lautet: Es ist die Folge eines fahrlässigen Desinteresses in Politik, Medien und der Öffentlichkeit.



Einkauf auf einem Basar in Kabul: Viele Frauen trauen sich nur noch vollverschleiert in Burka auf die Straße. **picture-alliance/d abaca** | Demirens Visual Media/ABACA

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





GASTKOMMENTARE

TALIBAN DIPLOMATISCH ANERKENNEN?

Hebel von außen

PRO



Hans Monath, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Für alle, die auf ein Signal der Öffnung und der Deeskalation von Seiten der Taliban gehofft hatten, ist die Namensliste der neuen afghanischen Regierung ein schwerer Schlag: Keine andere politische Kraft als die radikalislamische Miliz ist darauf vertreten, dafür besetzen Hardliner und im Westen als Terroristen gesuchte Führer zentrale Positionen. Trotz dieses Rückschlags für die Hoffnung, die ihnen zugefallene Verantwortung für das Land werde die Taliban zu Kompromissen zwingen, halten westliche Staaten weiter Hebel in der Hand, die Entwicklung Afghanistans zu beeinflussen. Denn sofern die neuen Herrscher in Kabul den Hunger nicht energisch bekämpfen und keinen Ausgleich zwischen den verschiedenen Volksgruppen schaffen, unterminieren sie ihre eigene Machtbasis. Für die Ernährung der Menschen und die Entwicklung des Landes aber brauchen sie weiter das viele Geld, das bislang aus dem Ausland kam.

Das bedeutet nicht, dass Deutschland die Taliban nun handstreichartig diplomatisch anerkennen sollte – schon gar nicht im Alleingang. Aber in Abstimmung mit möglichst vielen Partnern sollte sich die Bundesregierung auf einen Prozess einlassen, an dessen Ende die Anerkennung stehen kann. Dafür muss sie Bedingungen formulieren und Überprüfungsmechanismen fordern – die Einbindung anderer Gruppen in eine neue Regierung, die Einhaltung grundlegender Menschen- und Frauenrechte, die Reisefreiheit für ehemalige Ortskräfte und andere Bedrohte sowie die Garantie, dass Afghanistan keinen Terror mehr exportieren wird. Nichts davon ist derzeit garantiert, aber jedes einzelne Ziel ist es wert, auch von außen darum zu kämpfen. Ein kategorischer Ausschluss jeder Anerkennung wäre dabei nicht hilfreich.

Kein Lohn dem Terror

CONTRA



Richard Herzinger, freier Publizist

Mit der diplomatischen Anerkennung der Taliban würde eine totalitäre islamistische Terrorherrschaft aufgewertet und international salonfähig gemacht. Dass derartige überhaupt in Erwägung gezogen wird, zeigt, in welche Falle sich der Westen mit seinem kopflosen, fluchtartigen Rückzug aus Afghanistan manövriert hat. Denn nicht nur hat er das Land den Taliban ausgeliefert – er ist nun auch von ihrem Wohlwollen abhängig. Die Evakuierungsaktion am Kabuler Flughafen wäre ohne deren Duldung nicht möglich gewesen. Und um wenigstens einen Teil der zurückgelassenen örtlichen Helfer aus Afghanistan herauszuholen zu können, versuchen die westlichen Regierungen die islamistische Mörder- und Drogenhändlerbande weiter gnädig zu stimmen.

Große Teile der westlichen Öffentlichkeit malen sich diese Schandtat schön, indem sie von einer möglichen „Mäßigung“ der Taliban fabulieren und sich einreden, diese seien im Gegensatz zum IS nur an der Herrschaft über Afghanistan interessiert, nicht aber am Terrorexport nach Westen. Doch an der Zusammensetzung ihrer „Übergangsregierung“ zeigt sich, dass die Taliban ganz die alten sind. Und mit ihrer Machtergreifung kehrt ihr enger Verbündeter, Al-Qaida, nach Afghanistan zurück. In welcher Spielart auch immer der Islamismus auftritt – globaler Terror ist sein Lebenselixier. Der Triumph der Taliban stellt eine exemplarische Demütigung der freien Welt dar – und befeuert die Aggressionslust nicht nur der Islamisten weltweit, sondern aller autoritären und totalitären Feinde des Westens. Sie dafür auch noch mit diplomatischen Weihen zu belohnen wäre ein neuer Tiefpunkt westlicher Selbsterniedrigung.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 12. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Lindner, die Taliban geben sich seit ihrer erneuten Machtübernahme gemäßigt, haben den Bewohnern Afghanistans Sicherheit versprochen. Wie viel Glauben schenken Sie diesen Ankündigungen?

Ich bin sehr skeptisch. Zwar treten die Taliban nach außen moderat auf, weil sie das eigene Regime konsolidieren und international Anerkennung finden wollen. Sie sind angewiesen auf Hilfgelder und Kreditgeber. Ich zweifle aber daran, dass sie ihre Ideologie geändert haben. Was sich allerdings geändert hat, ist die afghanische Gesellschaft. Sie ist beeinflusst von den Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre, durch das Internet ist sie deutlich informierter und kann sich besser vernetzen. Das ist meine einzige Hoffnung, dass diese Taliban-Herrschaft anders verlaufen wird als in den 1990er Jahren.

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) denkt darüber nach, die deutsche Botschaft in Kabul wiederzueröffnen. Was halten Sie davon?

Das würde bedeuten, dass wir die Taliban-Regierung de facto anerkennen. Aber bevor wir vorausseilende Signale senden, müssen die Taliban überprüfbare Gegenleistungen erbringen. Sie müssen die Ausreise der Ortskräfte ermöglichen und die Sicherheit von Mädchen und Frauen, Menschenrechtsverteidigern und Mitgliedern der früheren Regierung garantieren. Gesprächskanäle gab es in Doha ja bereits. Momentan sollten wir mit den Taliban verhandeln wie mit Geiselnehmern, nicht wie mit einer Regierung.

Wie realistisch ist es, dass noch Ortskräfte und andere Schutzsuchende evakuiert werden können?

Es hängt viel davon ab, ob die Taliban wieder einen zivilen Flugbetrieb in Kabul zulassen. Afghanistan auf dem Landweg zu verlassen, ist ein schwieriges Unterfangen. Klar ist: Hätte die Bundesregierung sich eher um die Evakuierung der Ortskräfte gekümmert, wären wir nicht in dieser Situation. Dann hätten wir im Übrigen auch gründlicher überprüfen können, wen wir da rausholen; jetzt sind unter den Evakuierten ja 20 in Deutschland polizeibekannt Personen. Es wird dem 20. Deutschen Bundestag überlassen bleiben, aufzuklären, wie das alles passieren konnte.

Sie denken an einen Untersuchungsausschuss?

Nicht nur. Wir werden einen Untersuchungsausschuss brauchen, um zu erfahren, warum nach dem Abzugsbeschluss der USA vom 14. April so spät evakuiert wurde. Dafür brauchen wir Instrumente wie Zeugenbefragungen und Akteneinsicht. Darüber hinaus müssen wir aber auch den gesamten Afghanistan-Einsatz aufarbeiten, um Schlüsse für laufende und künftige Missionen zu ziehen. Das könnte zum Beispiel im Rahmen einer Enquete-Kommission zusammen mit Personen aus der Wissenschaft, der Bundeswehr, der Diplomatie und der Entwicklungszusammenarbeit passieren.

Was sollte aus Ihrer Sicht schon jetzt verändert werden?

Wenn wir künftig im Bundestag Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr beschließen oder verlängern, müssen wir klare Ziele definieren. Ohne sie können wir nicht überprüfen, ob der Einsatz erfolgreich ist. Afghanistan steht exemplarisch für das Versäumnis, einen Soll-Zustand zu definieren. Deshalb variieren auch die Einschätzungen darüber, ob die Mission erfolgreich war oder nicht. Wenn das Ziel war, Al-Qaida zu zerschlagen, kann man von einem Teilerfolg sprechen. Ging es darum, Staatsaufbau zu leisten, ist die Mission gescheitert.

»Keine übereilten Signale«

TOBIAS LINDNER Mit den Taliban sollten wir verhandeln wie mit Geiselnehmern, meint der Grünen-Verteidigungsexperte



© Deutscher Bundestag/Stella von Saldern

2001 war es die erste rot-grüne Bundesregierung, die den Afghanistan-Einsatz auf den Weg gebracht hat. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat die Entscheidung mit der Vertrauensfrage verknüpft. Ein Trauma für Ihre Partei?

Einfach war diese Entscheidung ganz sicher nicht. Und natürlich kam die Mehrheit im Bundestag auch unter dem Druck der Vertrauensfrage zustande. Aber in der Debatte ging es damals schon auch darum, Frauen und Mädchen, der gesamten afghanischen Gesellschaft, eine Zukunft zu geben. Da gab es die Idee, einem Staat auf die Beine zu helfen, in dem universelle Prinzipien wie Gewaltenteilung und Demokratie Gültigkeit haben. Dazu kamen die Eindrücke von den Terroranschlägen vom 11. September und der immense Zeitdruck, unter dem eine Entscheidung getroffen werden musste. Ein Dilemma für alle Abgeordneten. Aus meiner Sicht wurden die Fehler in Afghanistan allerdings auch weniger am Anfang gemacht, sondern später, zwischen 2005 und 2007.

nischen Gesellschaft, eine Zukunft zu geben. Da gab es die Idee, einem Staat auf die Beine zu helfen, in dem universelle Prinzipien wie Gewaltenteilung und Demokratie Gültigkeit haben. Dazu kamen die Eindrücke von den Terroranschlägen vom 11. September und der immense Zeitdruck, unter dem eine Entscheidung getroffen werden musste. Ein Dilemma für alle Abgeordneten. Aus meiner Sicht wurden die Fehler in Afghanistan allerdings auch weniger am Anfang gemacht, sondern später, zwischen 2005 und 2007.

2007 wurden mehr Soldaten an den Hindukusch geschickt. Was war daran falsch?

Damals haben wir erkannt, dass der Einsatz nicht schnell zu Ende sein wird. Die Fortschritte waren überschaubar, die Anschläge im Land nahmen zu und die Taliban schafften es, sich zu konsolidieren. Also wurde das Mandat robuster gemacht. Aber die grundsätzliche Frage blieb unbeantwortet: Was können wir dort erreichen und was nicht?

Sie haben den Mandatsverlängerungen trotzdem immer zugestimmt, während ein Großteil Ihrer Grünen-Kollegen sich enthalten hat. Warum?

Ich habe mich immer gefragt: Was passiert, wenn ich die Verlängerung für ein Jahr ablehne? Wird dieses Jahr mit oder ohne die internationale Truppenpräsenz besser und sicherer für die Menschen in Afghanistan? In persönlichen Erklärungen habe ich dabei immer auch die Notwendigkeit einer Abzugs-Perspektive betont. Es war klar, dass die Probleme des Landes nur politisch im Rahmen von vernünftigen Verhandlungen gelöst werden können. Jetzt sind die Truppen ohne eine politische Lösung abgezogen und die traurigen Folgen erleben wir aktuell.

Hat die Bundesregierung denn nach dem Abzugsbeschluss der Amerikaner eine Alternative zur Nato-Devisen »Gemeinsam rein, gemeinsam raus« geholt?

Nein, denn die militärischen Nebenbedingungen gelten natürlich – ohne die USA ist eine Militärpräsenz in Afghanistan faktisch nicht möglich. Aber es hätte unbedingt einen Konsultationsprozess innerhalb der Nato geben sollen, um zu klären, wie man diesen Einsatz gemeinsam beendet. Denn »Gemeinsam rein, gemeinsam raus« ersetzt ja kein politisches Konzept. Es sagt nichts darüber aus, wie und unter welchen Bedingungen man abziehen will. Das darf in Zukunft nicht mehr passieren.

Was haben die Nato-Staaten in Afghanistan aus Ihrer Sicht noch versäumt?

Erstens hat man zu spät erkannt, dass Militär allein nicht die Lösung ist, sondern nur einen Rahmen für eine politisch-zivile Lösung schaffen kann. Zweitens wurden die Themen gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung stiefmütterlich behandelt. Drittens haben wir den Zeitpunkt verpasst, an dem wir mit den Taliban zu einer Verhandlungslösung, die auf eine Teilung der Macht abzielt, hätten kommen können.

Als der frühere SPD-Vorsitzende Kurt Beck das 2007 vorgeschlagen hat, erntete er einen Sturm der Entrüstung.

Ja, das war damals unvorstellbar. Aber spätestens 2011/2012 hätten wir realisieren müssen, dass es ein Taliban-freies Afghanistan nicht geben wird. Dass wir nur Einfluss darauf haben, wie stark oder schwach sie sind. Ob das funktioniert hätte, kann heute natürlich niemand sagen. Aber es war ein schweres Versäumnis, das wir es nicht wenigstens versucht haben.

Das Gespräch führte Johanna Metz.

Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) sitzt seit 2011 im Bundestag und ist dort sicherheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Er ist Mitglied im Haushalts- und im Verteidigungsausschuss.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Friedensstreiter: Tobias Pflüger

Er surfte erstmal am Telefon. „Es ist grad viel los“, sagt Tobias Pflüger. Der Abgeordnete der Linken telefoniert viel herum, um Licht in eines der zahllosen Schicksale in Afghanistan zu bringen: „Eine ehemalige Ortskraft der Bundeswehr hat die Nachricht gekriegt, nicht ausgeflogen zu werden“, sagt er. „Nun versuche ich herauszufinden, wer der Absender ist und was das Ganze soll.“ Pflüger klingt bedrückt. Der 56-Jährige kommt aus der Friedensbewegung, in der er sich seit der Schulzeit engagiert. Dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan stand er von Anfang an kritisch gegenüber. Nach diesem desaströsen Ende, was fühlt er da? Genugtuung? „Nein, dafür ist die Situation zu schlimm. Es ist eine einzige Katastrophe.“

„Was in Afghanistan nun passierte, ist ein Versagen, das nicht völlig überraschend kam. Es gab eine Reihe von Hinweisen, dass die afghanischen Polizisten und Soldaten für diesen Staat nicht den Kopf hinhalten würden.“ Doch auch Pflüger sah den genauen Ablauf der Machtübernahme durch die Taliban nicht kommen. Eine Woche bevor sie in Kabul kampfflos einmarschierten, sah er das Land kurz vor einem Bürgerkrieg. „Zum damaligen Zeitpunkt sah es aus, dass noch gekämpft wird“, erklärt er.

Und wie geht es nun weiter? Möglichst viele Afghanen sollten jetzt in Deutschland aufgenommen werden. „Das Modell Kanadas mit 20.000 finde ich eine gute Idee.“ Und mit den Taliban müsse geredet werden, „es geht doch gar nicht anders, aber

ich verspreche mir nicht viel davon“. Wo zivilgesellschaftliche Strukturen in Afghanistan noch gefördert werden könnten, solle dies geschehen.

Für die Linke sitzt Pflüger im Verteidigungsausschuss. Allerdings ist seinem Engagement in der Partei eine lange Phase der Annäherung vorausgegangen. Pflüger, in Stuttgart geboren, ist Sohn eines Pfarrers und einer Katechetin. „Meine Eltern waren immer sehr aufgeschlossen.“ Der mittlerweile 92-jährige Vater



»Was in Afghanistan nun passierte, ist ein Versagen, das nicht völlig überraschend kam.«

habe sich im Lauf der Jahre politisch gewandelt, sei früher klar CDU gewesen, aber heute liberaler und offener. „Und meine Mutter war auch bei Eine-Welt-Läden aktiv. Aber links waren beide nie.“

Pflüger studierte Politikwissenschaft und empirische Kulturwissenschaft, arbeitete für eine Grünen-Abgeordnete im Stuttgarter Landtag und engagierte sich weiter in antimilitaristischen

Netzwerken. 1996 trat er bei den Grünen aus, „weil ich damals schrieb, die Grünen würden demnächst einem Krieg zustimmen“; was 1999 mit dem Kosovokrieg geschah. Er sieht sich aus den sozialen Bewegungen kommend. 2004 kandidierte er parteilos für die PDS und zog ins Europäische Parlament ein. 2008 trat er in die Linke ein, verpasste aber den Wiedereinzug in Straßburg knapp. Dann fragte man ihn, ob er nicht für den Bundesvorstand der Linken kandidieren wolle. Es gelang, „und ich bin dort interessanterweise immer noch“. Dabei sehe er sich mehr als Parlamentarier denn als Parteistrategie. „Ich setze mich lieber mit inhaltlichen Themen auseinander.“

2014 wurde er stellvertretender Vorsitzender, zog 2017 in den Bundestag ein; damals arbeitete Pflüger als Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung an seiner Dissertation, die er dann aufgab. „Zwei Drittel waren fertig, aber ich merkte: Während des Mandats geht das nicht.“

An zahlreichen Gründungen war Pflüger beteiligt, wie etwa der „Informationsstelle Militarisierung“. Und er beteiligte sich an der Gründung der „Antikapitalistischen Linken“, einer dem linken Flügel der Partei zugehörigen Strömung, was man beim Lebenslauf auf seiner Website indes nicht liest. „Das wurde mir zu heftig, ich merkte: Das ist nicht mehr meins“. In den nächsten Bundestag würde er gern wieder einziehen, aber es wird knapp: Pflüger steht auf der Landesliste auf Platz Sechs. „In den Umfragen reicht es mal einen Tag, mal reicht es nicht. Das ist nervenaufreibend.“

Jan Rübel

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos  
Stephan Roters

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss  
10. September 2021

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
Kurhessenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement  
FAZIT Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Deseenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail: [fazit-com@cover-services.de](mailto:fazit-com@cover-services.de)

Chefredakteur  
N. N.

Stellvertretender Chefredakteur  
Alexander Heinrich (ah) v.i.S.d.P.

Verantwortliche Redakteure  
Lisa Brübler (lbr)  
Claudia Heine (che)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Johanna Metz (joh)  
Sören Christian Reimer (scr) CvD  
Sandra Schmid (sas)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenscheite „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.





Gescheiterte Großmächte: 1989 zogen die sowjetischen Truppen nach zehn Jahren aus Afghanistan ab (links). Ebenso erfolglos hatte das britische Empire mehrfach versucht, das Land unter Kontrolle zu bringen.

© picture-alliance/dpa/Alexander Liskin/akg-images

# Friedhof der Weltmächte

**GESCHICHTE** Die Folgen der britischen und sowjetischen Interventionen sind bis heute spürbar

**A**ls im Herbst 2001 US-Präsident George W. Bush gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin die Bitte äußerte, gemeinsam in Afghanistan einzumarschieren, lehnte Putin „aus verständlichen Gründen“ ab. 20 Jahre später, am 24. August 2021, bekräftigte der Kreml-Herr seine Politik der Nichteinmischung: Die Sowjetunion habe ihre Erfahrungen in Afghanistan gemacht und „wir haben die notwendigen Lehren aus dem Aufenthalt in diesem Land gezogen“.

Rund 200 Jahre zuvor hatte eine andere Großmacht bereits die Hände nach Afghanistan ausgestreckt. Anfang des 19. Jahrhunderts sah das britische Empire die Expansion des russischen Zarenreichs in Zentralasien als eine Bedrohung seiner Herrschaft an. London fürchtete, Moskau erhalte über Afghanistan einen Zugang zum Indischen Ozean und damit die Kontrolle über wichtige Handelsrouten. Das „Great Game“ zwischen Briten und Russen hatte begonnen. Ende 1838 starteten die Briten ihren ersten Feldzug, um das Land am Hindukusch ihrer Kronkolonie Indien einzuverleiben. Zwei weitere blutige anglo-afghanische Kriege folgten 1839 bis 1842 und 1849. Doch alle Versuche, das Land unter Kontrolle zu bringen, endeten mit einer vernichtenden Niederlage der Briten. Ähnlich wie zuvor in Afrika setzten die Briten auf die Spaltung Afghanistans. So wurde 1893 das Siedlungsgebiet der Paschtunen entlang der sogenannten Durand-Linie geteilt, die bis heute die Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan bildet und für Spannungen sorgt.

**Unabhängigkeit** Ungeachtet eines britischen Vetos verkündete König Amanullah Khan am 28. Februar 1919 in der Kabuler Moschee die „volle Unabhängigkeit“ Afghanistans. Als einer der ersten Staaten erkannte die Sowjetunion die Unabhängigkeit an, lieferte Waffen und stellte dem König eine Million Goldrubel zur Verfügung. Großbritannien hingegen wollte ein unabhängiges Afghanistan nicht akzeptieren, intervenierte erneut militärisch und erlitt eine weitere Niederlage. Seitdem gilt die Region als „Graveyard of the Empires“ – als Friedhof der Großmächte. Anschließend erlebte Afghanistan fünfzig friedliche Jahre, die durch den Sturz des Königs am 17. Juli 1973 ihr Ende fanden. Ministerpräsident Muhammad Daud rief die Republik und sich selbst zum Präsidenten aus. Wenige Jahre später gelang es den kommunistischen Kräften mit Hilfe des sowjetischen Geheimdienstes KGB, Daud während der sozialistischen Saur (April) Revolution 1978 zu töten. Danach gründeten sie die „Demokratische Republik Afghanistan“ unter Führung des Schriftstellers Nur Mohammed Taraki. Die neuen Machthaber in Kabul, die weiterhin von Moskau unter-

stützt wurden, begannen einen radikalen Reformprozess: Sie wollten nicht nur die mittelalterlichen, patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen abschaffen, sondern auch das feudale Wirtschaftssystem. Sie erliefen den Bauern alle Schulden, um sie aus der Knechtschaft der Großgrundbesitzer und Wucherer zu befreien. Außerdem schafften sie das Brautgeld ab und verteilten Land an die besitzlosen Tagelöhner. Zugleich entmachteten die Kommunisten rund 250.000 Mullahs, die als Dorfvorsteher und moralische Autoritäten vor Ort das Sagen hatten. Die Frauen forderten sie auf, die Burka abzulegen und arbeiten zu gehen. Auch dem Analphabetismus sagten die Sozialisten den Kampf an und sorgten dafür, dass Mädchen und Jungen gemeinsam die Schule besuchten. Diese radikalen Reformen stießen schnell auf den Widerstand der Mullahs und

**Andropow wollte ein pro-amerikanisches Afghanistan verhindern.**

regionaler Führer, die schließlich den „Heiligen Krieg“ (Dschihad) gegen die kommunistische Machtelite ausriefen. Der breite Widerstand führte dazu, dass Soldaten der afghanischen Armee massenhaft desertierten und Stammesführer, konservative Studenten und Mullahs das neue Regime unisono als „anti-islamisch“ titulierte.

Gleichzeitig gründeten sie ethnisch geprägte islamische Parteien und bewaffnete Gruppierungen. Zu den bekannten Feldherren, die den Kampf gegen die „Gottlosen“ anführten, gehörten die Paschtunen Gulbuddin Hekmatjar, Pir Gailani und Haqqani, der Hasara Ismail Chan aus Herat sowie die Tadschiken Burhanuddin Rabbani und Ahmed Schah Massud aus dem Pandschir-Tal im Norden von Kabul.

**Bürgerkrieg** Das Land stürzte in einen blutigen Bürgerkrieg. Am 16. September 1979 wurde Taraki vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Hafizullah Amin ermordet. Amin wiederum wurde von der KGB-Spezialeinheit „Alpha“ getötet, als sie am 27. Dezember 1979 seinen Palast in Kabul stürmte und Babrak Karmal als Präsidenten installierte. In einer Radioansprache bat der Tadschike Karmal die Sowjetunion öffentlichkeitswirksam um Unterstützung „zur Rettung der Revolution“. Der einflussreiche KGB-Chef Juri Andropow betrachtete die Entwicklung am Hindukusch als eine Bedrohung der Sowjetunion. Er fürchtete eine „ideologische Sabotage“ wie in Ungarn 1956 oder in der Tschechoslowakei 1968. Um jeden Preis habe Andropow ein „proamerikanisches Afghanistan“ verhindern wollen, analysiert der britische Historiker Christopher Andrew. Im Kreml rechnete man damit, dass Washington nach der Islamischen Revolu-

tion im Iran einen Stützpunkt in Afghanistan gegen die Sowjetunion errichten würde. Generalsekretär Breschnew genehmigte daher den Einmarsch mit „einem begrenzten Militärkontingent“. Wie veröffentlichte Dokumente belegen, hatten KGB-Chef Andropow und Verteidigungsminister Dmitrij Ustinow Breschnew getäuscht, indem sie einen leicht zu lösenden Auftrag suggerierten und die Risiken herunterspielten. Am 24. Dezember 1979 lautete die Direktive des Verteidigungsministers an die Rote Armee, dass einige Kontingente der sowjetischen Truppen einmarschieren mit dem Ziel, „dem befreundeten afghanischen Volk internationale Hilfe zu leisten und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, mögliche anti-afghanische Aktionen seitens seiner Nachbarstaaten zu verhindern“. Einen Tag später marschierte die 40. Armee in Afghanistan ein. Sie bestand aus Reservisten aus den zentralasiatischen muslimischen Republiken, also aus Usbeken, Turkmenen und Tadschiken. Das „Begrenzte Kontingent der sowjetischen Truppen in Afghanistan“ (circa 110.000 Soldaten) wurde zunächst in Garnisonen stationiert mit dem Auftrag, Eigensicherung zu betreiben. Erst im März 1980 er-

hielten die Truppen den Befehl, die aufständischen Mudschaheddin militärisch zu besiegen, wie Generalleutnant Wladimir Bogdanow in seinen Erinnerungen über den „Afghanistan-Krieg 1979-1989“ festhält.

**Moskau Niederlage** Den Sieg über die Großmacht Sowjetunion verdankten die Mudschaheddin nicht allein ihrem Kampfeswillen, sondern der finanziellen und militärischen Unterstützung der USA. Zu den Waffenlieferungen in Höhe von mehr als sechs Milliarden US-Dollar gehörten Stinger-Luftabwehrraketen, die die sowjetische Armee in die Knie zwangen. Mit den über Pakistan gelieferten Stinger-Raketen gelang es den Mudschaheddin rund 100 sowjetische Flugzeuge und 300 Hubschrauber abzuschießen. Die sowjetischen Truppen erlitten enorme Verluste: Offiziell wurden 13.833 Soldaten getötet und mehr als 50.000 schwer verletzt. Der neue Generalsekretär Michail Gorbatschow nannte den Krieg „eine offene Wunde“ und entschied, die Truppen bis Februar 1989 abzuziehen. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen konnte sich die von Moskau gestützte Regierung unter

**Die USA lieferten Waffen im Wert von sechs Milliarden Dollar.**

Präsident Mohammed Nadschibullah nur noch drei Jahre bis zur Einnahme Kabuls 1992 durch die Mudschaheddin halten. Im September 1996 wurde Nadschibullah von den Taliban hingerichtet.

**Folgen des Krieges** Zu den Folgen der sowjetischen Aggression gehörten mehr als eine Million getötete Afghanen und mehr als fünf Millionen Flüchtlinge. Gleichzeitig erodierte die traditionelle Machtbalance weiter: Während des Widerstands gegen die Sowjetunion hatte sich eine neue Elite erzkonservativer Milizenführer gebildet, die jede Modernisierung des Landes verhinderten. Afghanistan schlitterte in einen erneuten Bürgerkrieg, der von Außen zusätzlich angeheizt wurde. Der deutsche UN-Sonderbotschafter Norbert Heinrich Holl beklagte denn auch die Ohnmacht der Vereinten Nationen und betonte, es habe ein „Stellvertreterkrieg“ begonnen, der das Land vollends spaltete: „Wieder stand in Afghanistan ein russisch-iranisch-indisches Zweckbündnis amerikanisch-pakistanischen Interessen in einem unerklärten Krieg gegenüber.“ Und der amerikanische Journalist George Crile wies darauf hin, wie schnell der US-Kongress sechs Milliarden Dollar für Waffenlieferungen bewilligt hatte, nach dem Abzug der Sowjetunion jedoch keinen Cent für den zivilen Aufbau in Afghanistan erübrigen wollte. *Aschot Manutscharjan*

## Die selbsternannten Gotteskrieger

**TALIBAN** Von Pakistan unterstützt errichteten sie in den 1990er Jahren ihre brutale Herrschaft. Für eine Mäßigung spricht wenig

Im Frühjahr 1994 machten sie im Süden Afghanistans erstmals von sich Reden – die Taliban. Unter Führung ihres Kommandeurs Mullah Omar wollten sie für Gerechtigkeit und Ordnung gemäß der islamischen Gesetze sorgen. Unterstützung erhielten die Taliban von Stammesfürsten der Paschtunen, die in ihnen eine willkommene Hilfe gegen Präsident Burhanuddin Rabbani, einen Tadschiken, sahen. Überraschend schnell eroberte Omars schlecht bewaffnete und militärisch unausgebildete paschtunische Truppe fast ganz Afghanistan, auch weil kriegserfahrene Feldkommandeure auf ihre Seite wechselten. Vor allem aber über die Rolle des pakistanischen Militärs nicht unterschätzt werden, betont einer der besten Kenner der Taliban, der pakistanische Journalist Ahmed Rashid. Allein dank der Hilfe aus Pakistan hätten die Koran-Schüler siegen können. Ihren Ursprung haben die Taliban in Koranschulen für afghanische Flüchtlinge in Pakistan. Als eigentliche Geburtshelfer der Taliban gelten der damalige pakistanische Innenminister, der Paschtune Nasirullah Babur, und der Militärgeheimdienst ISI. Die Regierung in Kabul hatte sich zuvor mit dem Iran und Indien verbündet. Aus Sicht Pakistans ein schwerer Fehler. Im September 1996 marschierten die Taliban schließlich in Kabul ein und etablier-

ten nahezu im ganzen Land ein Terror-Regime. Die tadschikischen und usbekischen Milizen verließen die Hauptstadt Richtung Norden, um weitere Opfer und Zerstörungen zu verhindern. Dort gründeten sie die sogenannte „Nordallianz“, die sich den Taliban widersetzte. „Die aktuelle Aggression, die Pakistan unter dem Decknamen ‚Talib‘ vorantreibt, wird in Kürze ihr Ende finden“, sagte der tadschikische Milizenführer Achmed Schah Massud noch im Oktober 1998 im Interview mit dem Autor: „Wir führen wieder einen Widerstandskrieg gegen die Aggression, dieses Mal geht es vom pakistanischen Militär aus. Es ist ihnen gelungen, die Afghanen im Süden unseres Staates zu täuschen. Mit Gottes Hilfe wird auch dieser Krieg vorübergehen, genauso wie die Aggression der Sowjetunion. Unsere Geschichte hat des Öfteren bewiesen, dass die Afghanen Interventionen von außen nicht dulden.“ Dessen ungeachtet rief Mullah Omar in Kandahar das „Islamische Emirat“ aus, sich selbst machte er zum zweiten „Kalifen“. Das „Paschtunwali“, der traditionelle Verhaltenskodex der Paschtunen, bestimmte seitdem das Zusammenleben in weiten Teilen des Landes. Es handelt sich um ein mittelalterliches Regelwerk, das Mädchen und Frauen massiv unterdrückt. Sie durf-

weder die Schule noch eine Universität besuchen, eine Berufstätigkeit war ausgeschlossen. Stattdessen mussten sie eine Burka tragen und aus dem öffentlichen Leben verschwinden. Unterhaltung und Kultur waren verboten und fanden nicht mehr statt. In Kabul hatten gerade mal drei Regierungsmitarbeiter Zugang zum Internet. Und über das Bildungsniveau der Taliban-Minister wusste Ahmed Rashid zu berichten, dass die „Intellektuellen“ unter ihnen immerhin drei Klassen einer Koranschule besucht hatten.

Mit kleinen mobilen Einheiten kontrollierten die Taliban das Land, unterstützt wurden sie von Mullahs und lokalen Feldkommandeuren. Finanziert wurde das Regime vor allem durch den Verkauf von Opium beziehungsweise Heroin. Augenzeugen berichteten von Massen-Hinrichtungen. Zu den Erziehungsmethoden der Taliban gehörte es, Kinder bei öffentlichen Hinrichtungen in der ersten Reihe zu platzieren. Die Männer mussten einen Bart tragen, ansonsten wurden sie ausgepeitscht. Die Brutalität der Steinzeit-Islamisten führte zu einer Fluchtwelle der im Lande noch verbliebenen Ärzte, Krankenschwestern und Lehrkräfte. International errang das Taliban-Regime traurige Berühmtheit im Frühjahr 2001, als es die 1.500 Jahre alten Buddha-Statuen von Bamian sprengte. Ungerührt verkündete Omar, die Muslime sollten stolz auf die Vernichtung der „unislamischen Götzenbilder“ sein.

jedoch verstummte der „Löwe aus dem Pandschir-Tal“. Massud wurde Opfer eines Anschlags. Nur zwei Tage danach erschütterten die Terroranschläge von 9/11 die Welt in ihren Grundfesten. Die sich anschließende Intervention der Amerikaner und der westlichen Welt in Afghanistan unter den Begriffen „humanitäre Intervention“ und „Nation Building“ konnte den Konflikt zwischen säkularen Kräften und religiösen Fundamentalisten nicht entschärfen. 20 Jahre später können die Taliban nach erprobten Mustern vorgehen: Sie inszenieren sich als Sieger über die fremden Besatzmächte und deren korrupte und gottlose Regierungen. Sie versprechen Ordnung und die Wiederherstellung islamischer Traditionen. Während sie sich offiziell hinter äußerst vagen Bekenntnissen zur Einhaltung der Menschenrechte verstecken, lassen Berichte von Menschenrechtsorganisationen das Gegenteil befürchten. Sicher ist: Die Frauen und Mädchen sind die ersten Opfer des Machtwechsels in Kabul. *manu*



Protest von Exil-Afghanen im kanadischen Edmonton im August dieses Jahres.

**Massuds Warnung** Noch im April 2001 warnte Achmed Schah Massud Europaer und Amerikaner davor, Pakistan weiter zu unterstützen und die Taliban zu dulden. Diese Politik werde es der Terrororganisation Al-Qaida, die in Afghanistan Stützpunkte unterhielt, ermöglichen, neue Terrorakte zu verüben. Am 9. September 2001

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





# Mission mit fatalen Schwächen

**NATO-EINSATZ** Trotz eines gewaltigen Aufwands scheiterte der Westen an Fehlentscheidungen und Korruption

Der Verbindungsbeamte des Bundeskriminalamts im „Provincial Reconstruction Team“ (PRT), das die Bundeswehr erst ein paar Monaten zuvor von den USA in der Stadt Kundus übernommen hatte, stapfte wutschnaubend durch das Lager. „Die richtigen Kontrollen absichtlich dort ein, wo keine Drogen transportiert werden“, schimpfte der Mann 2004 über seine Landsleute von der Bundeswehr, „wie soll das hier in Afghanistan je etwas werden, wenn die lieber wegsehen“. Die PRT-Pressestelle des Lagers reagierte achselzuckend: „Wir besitzen kein Mandat für Drogenfahndung.“ Die Schimäre des Friedenseinsatzes, wie Berlin die Mission der „International Security Assistance Force“ (ISAF) noch betitelte, als Afghanistan längst im Krieg lebte, bedeutete in der Praxis auch bei vielen der 30 Nato-Staaten, die Truppen an den Hindukusch entsendeten: Möglichst nicht anecken. „Wir besitzen Waffen, mit denen wir die Taliban einfach niedermähen könnten“, sagte Jahre nach dem Beginn von ISAF ein deutscher Militärexperte, „aber wir wollen sie bewusst nicht nutzen“.

Neben dieser Haltung gewann im Laufe der Jahre ein Dilemma an Gewicht, das der Reserveoffizier Olaf Kellerhoff so beschreibt: „Die Bevölkerung steht nicht hinter den Auslandseinsätzen. Abgeordnete üben Druck aus, da sie tote und verletzte Soldaten aus ihren Wahlkreisen fürchten. Dies führt bei militärischen Entscheidungsträgern mit Blick auf die eigene Karriere zu einem Vermeidungsverhalten in puncto Auftragsfüllung und entschlossenem Handeln.“ Kellerhoff diente 1993 beim ersten Bundeswehrauslandseinsatz in Somalia, war von 1999 bis 2001 dreimal im Kosovo stationiert, zwischen 2002 und 2006 dreimal in Afghanistan und 2008 im Libanon. Die Bilanz des Veterans: „Die Ziele einer Mission werden zur Nebensache.“

**Besiegt** Das Ergebnis ist alles andere als eine Nebensache: Nach zwei Jahrzehnten am Hindukusch besiegte erstmals eine radikalislamische Miliz das mächtige Militärbündnis Nato – ausgerechnet jene Truppe, die im November 2001 aus Kabul verschickt worden war. Die Nato trat nach den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001 am Hindukusch an, um auf den Al-Qaida-Terror

zu antworten und die Weltsicht des Westens als politisches Zukunftsideal zu präsentieren. Als ISAF 2003 seine Mission von Kabul auf ganz Afghanistan ausdehnte, gab es längst Meinungsverschiedenheiten. Kanada, bis dahin größter Truppensteller, wollte nicht außerhalb der Hauptstadt agieren und zog ab. Der damalige US-Präsident George W. Bush interessierte sich mehr für den Irak.

**Ohne Taliban** Der UN-Sonderbeauftragte Lakhdar Brahimi lud im Dezember 2001 prominente Vertreter Afghanistans auf den Petersberg bei Bonn ein. Möglichst viele wichtige Vertreter sollten unter dem Dach des neuen Afghanistans versammelt werden. Die Taliban, die im November 2001 aus Kabul in den Bergen der Grenzregion zu Pakistan versickert waren, standen nicht auf der Gästeliste. Schließlich hatten sie Al-Qaida Unterschlupf gewährt und nach den Attentaten vom 11. September Osama bin Ladens Auslieferung verweigert.

Die Ausgrenzung rächte sich. Pakistan schloss sich nach 9/11 zwar offiziell dem US-geführten Krieg gegen den Terror an. Gleichzeitig päppelte Islamabad, das vor 2001 den Siegeszug der Taliban massiv unterstützt hatte, die radikalislamischen Milizen wieder auf. Denn ohne Taliban war Pakistan ohne verlässlichen Partner am Hindukusch. Kaum minder verheerend für Afghanistans Zukunft war die Bildung der neuen Übergangsregierung. Hamid Karzai, der bei der Bonn-Konferenz als Übergangspräsident eingesetzt wurde, musste sich mit den Kriegsfürsten des Landes und deren Familiensippen arrangieren. Als gemäß der Petersberg-Vereinbarung Anfang 2004 eine Loya Jirga, eine Ratsversammlung von Stammesvertretern, eine neue Verfassung verabschieden sollte, bastelte Karzai gemeinsam mit Bushs Sonderbotschafter Zalmay Khalilzad ein Parlament ohne politische Parteien. Khalilzad sollte zwei Jahrzehnte später als Sonderbeauftragter von US-Präsident Donald Trump bei Gesprächen mit den Taliban dem Untergang des eigenen Projekts den Boden bereiten. Eine Folge des Karzai-Khalilzad-Deals: Von 2001 bis 2019, so ein Bericht an den US-Kongress, versickerten 19 Milliarden US-Dollar – knapp die Summe, die Deutschland in zwei Jahrzehnten am Hindukusch ausgab. Afghanistans Elite beraubte sich am westlichen Geldregen, die Taliban verstärkten ab 2006 ihre Aktionen und ISAF antwortete

mit mehr Truppen. Zwischen 2010 und 2012 waren rund 130.000 ausländische Soldaten auf etwa 400 Militärstützpunkten der insgesamt 700 Lager in ganz Afghanistan verteilt, berichtete die Zeitschrift „Foreign Policy in Focus“. Afghanistans Sicherheitskräfte lagen in den Jahren 2010 bis 2012 bei etwa 135.000 bis 140.000, die Taliban bei etwa 35.000.

**Entsender** Alle 30 Nato-Staaten entsandten Truppen an den Hindukusch. Soldaten der Mitgliedstaaten des Euro-Atlantic-Partnership Council (EAPC) wie die Ukraine oder Österreich schickten manchmal einen und manche 100 Soldaten. Australische und neu-



Bundeswehrsoldaten im Oktober 2011 bei einer gemeinsamen Patrouille mit Angehörigen der afghanischen Armee in Nordafghanistan.

© picture-alliance/JOKER/Timo Vogt/est&ost

seeländische Soldaten mischten mit bei der „Operation Enduring Freedom“ (OEF), die parallel zu ISAF den Terror bekämpfte. Selbst Soldaten aus Thailand, Singapur, Tonga und den Vereinigten Arabischen Emiraten sammelten Erfahrungen am Hindukusch.

**Opfer** Sie erlebten einen Krieg, der neben einer hohen Zahl ausländischer Soldaten – darunter allein fast 2.500 US-Amerikaner – zunehmend Opfer unter afghanischen Sicherheitskräften und Zivilisten forderte. Seit die Vereinten Nationen im Jahr 2009 begannen, die zivilen Opfer zu zählen, kamen 111.000 Afghanen ums Leben oder wurden verletzt.

Ende 2012 zeichnete sich ab, dass Afghanistan auf dem besten Weg war, seinem Ruf als „Friedhof der Imperien“ erneut alle Ehre zu erwiesen. Insiderattacken, bei denen westliche Ausbilder afghanischer Sicherheitskräfte getötet wurden, schürten Misstrauen zwischen den einheimischen Kräften und ihren westlichen Partnern. Ein australischer Nachrichtendienstler beschrieb vor drei Jahren die afghanische Realität so: „Wir sind isoliert. Wir sind fast nur auf gekaufte Informationen angewiesen. Ob sie zuverlässig sind, weiß keiner.“ Mit dem Abzug westlicher Kampftruppen vom Hindukusch, dem Ende der ISAF-Mission im Dezember 2014 und dem Beginn

der Mission „Resolute Support“ mit 13.000 Soldaten erlebte Afghanistan einen deutlichen wirtschaftlichen Einbruch. Die Afghanen erkannten die Zeichen der Zeit und flohen 2015 zu Hunderttausenden Richtung Europa. Vor die Wahl gestellt, bevorzugten die afghanischen Sicherheitskräfte dann im August 2021 einen Frieden unter der Knute der Taliban statt einer Fortsetzung des Krieges – sozusagen ein Ende mit Schrecken statt ein Schrecken ohne Ende.

Willi Germund

Der Autor hat als Südostasien-Korrespondent mit Sitz in Bangkok Afghanistan seit 1997 jährlich mehrfach besucht.

## AFGHANISTAN-MISSIONEN

### OEF – Operation Enduring Freedom (2001 – 2010)

Für die Anti-Terror-Operation der Nato stellte Deutschland 3.900 Soldaten bereit, darunter 100 Spezialkräfte. Ihre Einsatzgebiete waren Afghanistan und das Horn von Afrika.

### ISAF – International Security Assistance Force (2001 – 2014)

Zeitweise mehr als 5.000 deutsche Soldaten waren im Rahmen der Schutzmission in Afghanistan stationiert. Bei dem größten Einsatz in der Bundeswehrgeschichte verloren 57 Soldaten ihr Leben, Hunderte wurden verletzt. Insgesamt waren Truppen aus 51 Staaten beteiligt.

### RSM – Mission Resolute Support (2015 – 2021)

An der Ausbildungsmission nahmen 36 Nationen teil. Deutschland war zuletzt mit 1.300 Soldaten der zweitgrößte Truppensteller nach den USA. Zwei Bundeswehrsoldaten starben im Einsatz.

### Evakuierungsmission der Bundeswehr (16. – 26. 8. 2021)

Etwa 600 Soldaten waren daran beteiligt, deutsche Bürger und afghanische Ortskräfte per Luftbrücke zu evakuieren. Insgesamt 5.347 Menschen wurden ausgeflogen.

## Heldentat im Zeichen des Scheiterns

**BUNDESWEHR** Nach planmäßigem Abzug evakuierte sie Tausende aus dem Chaos

Das letzte Foto ist so gespenstisch wie der Vorgang, für den es steht: Ein Soldat in Kampfmontur an der Heckrampe eines Transportflugzeugs, von der Nachtsichtkamera in grünes Licht getaucht. Generalmajor Chris Donahue, Kommandeur der 82. Fallschirmjägerdivision, verlässt als letzter US-Soldat Afghanistan. Eine Supermacht gibt sich geschlagen.

Ihre Verbündeten mussten schon Tage vorher abbrechen. „Gemeinsam rein, gemeinsam raus“ war 20 Jahre lang die Losung für den Einsatz in Afghanistan. Im Nachhinein stößt sie auch vielen bitter auf, die die Mission stets verteidigt haben. Was ein geordneter Abzug werden sollte, endete im Chaos, mit Tod und Leid. Dabei konnte man erst den Eindruck haben, das Hauptproblem des deutschen Rückmarschs sei ein 27 Tonnen schwerer Stein. Der Findling stand im Ehrenhain des Camp Marmal für die 59 Tote der Bundeswehr. Das Gedenken an die Kameraden buchstäblich mit nach Hause zu nehmen, war vielen ein Anliegen, die in Kundus, Faisabad oder Masar-i-Scharif Dienst getan hatten.

Spezialpioniere schafften den Felsen nach Potsdam zum Ehrenhain im Einsatzführungskommando. Auch sonst verlief der Abzug planmäßig, obwohl er auf Drängen der USA deutlich vorgezogen werden musste. Am 7. Juni übergab der deutsche Kommandeur, Generalmajor Ansgar Meyer, das Lager Camp Marmal in einer feierlichen Zeremonie an die afghanische Armee. Ende des Monats flogen mit der letzten Maschine auch die Soldaten des Kommandos Spezialkräfte heim, die den Abbau sichern sollten. Sie mussten nicht eingreifen. Fünf Wochen danach fiel Kundus an die Taliban, eine Woche darauf Masar-e-Scharif, drei Tage später standen die Islamisten vor Kabul. Hals über Kopf flüchteten westliche Vertreter an den einzig sicheren Ort: Den Hamid-Karzai-Flughafen am Rand der

Millionenstadt, wo rund 6.000 US-Soldaten die Stellung hielten.

Er wurde in den folgenden Tagen für zehntausende Menschen zum letzten Tor in die Freiheit und für andere Zehntausende zum Ort der Verzweiflung. Die Bundeswehr flog eilends rund 200 Soldaten nach Kabul. Zehn Tage lang hielt die Truppe von Generalmajor Jens Arlt unter chaotischen Umständen einen Pendelverkehr mit A400M-Militärtransportern aufrecht. 5.347 Menschen konnten sie ins usbekische Taschkent bringen. In dem Moment, als die letzte deutsche Maschine am 26. August abhob, sprengten Attentäter des „Islamischen Staats“ 13 US-Soldaten und bis zu 170 wartende Afghanen in den Tod. Die Evakuierungsaktion war eine Heldentat und das Eingeständnis des Scheiterns zugleich. Die Bundesregierung musste schwere Fehleinschätzungen einräumen. Weder den Zusammenbruch der afghanischen Armee und Regierung noch den Blitzvormarsch der Taliban hatten Kanzlerin Angela Merkel, ihre Minister und der Bundesnachrichtendienst (BND) rechtzeitig erkannt.

Hinterher verteidigten sich alle damit, dass die USA und andere Verbündete genauso

blind waren. Doch nicht nur Politiker der Opposition warfen die Frage auf, ob das Debakel nicht mit Ansage kam. Der Vorwurf steht im Raum, dass bürokratische Korrektheit monatelang vor moralischer Verpflichtung denen gegenüber ging, die als Ortskräfte, Intellektuelle oder engagierte Frauen 20 Jahre lang Verbündete des Westens waren.

Mit der Frage nach der Verantwortung wird sich im neuen Bundestag möglicherweise ein Untersuchungsausschuss befassen. Doch das Desaster hat grundsätzlichere Fragen aufgeworfen. Im Parlament gibt es zwar weiterhin eine breite Mehrheit dafür, Militäreinsätze als äußerstes Mittel der Politik nicht auszuschließen. Aber zugleich herrscht breiter Konsens, dass Möglichkeiten und Grenzen solcher Interventionen nüchterner abgewogen werden müssen. Die Ziele bescheidener zu stecken, ist eine der Lehren aus dem Debakel. Wenn der Bundestag im Frühjahr über den Einsatz in Mali neu entscheiden muss, wird das bittere Ende der Mission am Hindukusch allen vor Augen stehen.

Robert Birnbaum

Der Autor ist Parlamentskorrespondent des Berliner „Tagesspiegel“.



Ein deutscher A400M landet Mitte August mit aus Kabul evakuierten Personen im usbekischen Taschkent.

© picture-alliance/dpa/Bundeswehr / Marc Tessensohn

## Kollision des Gewissens

**BUNDESTAG** Zerreißprobe beim ersten Afghanistan-Votum

20 Jahre lang hat der Bundestag mehrheitlich immer wieder grünes Licht für die Afghanistan-Einsätze der Bundeswehr gegeben, zuletzt vor fast drei Wochen für deren Evakuierungsmission in Kabul (siehe Beitrag links). Die Parlamentsarmee in bewaffnete Auslandseinsätze zu schicken, dürfte niemals leicht fallen, doch zeigt insbesondere die erste Entscheidung des Bundestags vom 16. November 2001 über das militärische Engagement in Afghanistan die Last der Verantwortung. Es war (neben dem Kosovo-Krieg 1999) die größte Zerreißprobe für die damalige rot-grüne Koalition, die nach nur drei Jahren mitsamt ihrer Reformprojekte in den Abgrund blickte. Die Anschläge vom 11. September lagen nur zwei Monate zurück; Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hatte den USA „uneingeschränkte Solidarität“ zugesichert, und als die Nato den Bündnisfall ausrief und der US-geführte Antiterror-Einsatz in Afghanistan begann, stellte sich für Deutschland die Frage der Beteiligung. Am 7. November stellte Schröder den Antrag zum „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte“ bei der „Operation Enduring Freedom“ (14/7296, 14/7447). „Erstmals zwingt uns die internationale Situation, zwingt uns die Kriegserklärung durch den Terrorismus dazu, Bundeswehreinheiten für einen Kampfeinsatz außerhalb des Nato-Vertragsgebietes bereitzustellen“, wird er in der Schlussdebatte über den Antrag dessen Bedeutung verdeutlichen.

In der ersten Plenarberatung am 8. November unterstützten auch die Oppositionsfraktionen von CDU/CSU und FDP den Regierungsantrag, anders als die PDS. Am 9. November teilten die Grünen indes dem Koalitionspartner mit, dass es aus ihren Reihen Gegenstimmen geben werde; am folgenden Wochenende begründeten acht Grünen-Abgeordnete in einem Positionspapier ihr Nein. Damit hätte Rot-Grün den Antrag im Bundestag nicht mehr mit

eigener Mehrheit durchbringen können. Auch in der SPD hatten sich nach einem damaligen Zeitungsbericht vier Abgeordnete auf eine Ablehnung festgelegt. Weitere Koalitionsabgeordnete schwankten noch. Am 13. November kündigte Schröder an, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Abstimmung mit einer Vertrauensfrage (14/7440) zu verbinden. Für den Regierungsantrag reichte die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen; um dem Kanzler das Vertrauen auszusprechen und so das Ende von Rot-Grün abzuwenden, brauchte es die Mehrheit aller Abgeordneten, also mindestens 334 Stimmen. Union und FDP kündigten an, trotz ihrer Unterstützung des Bundeswehreinsatzes die Vertrauensfrage mit Nein zu beantworten.

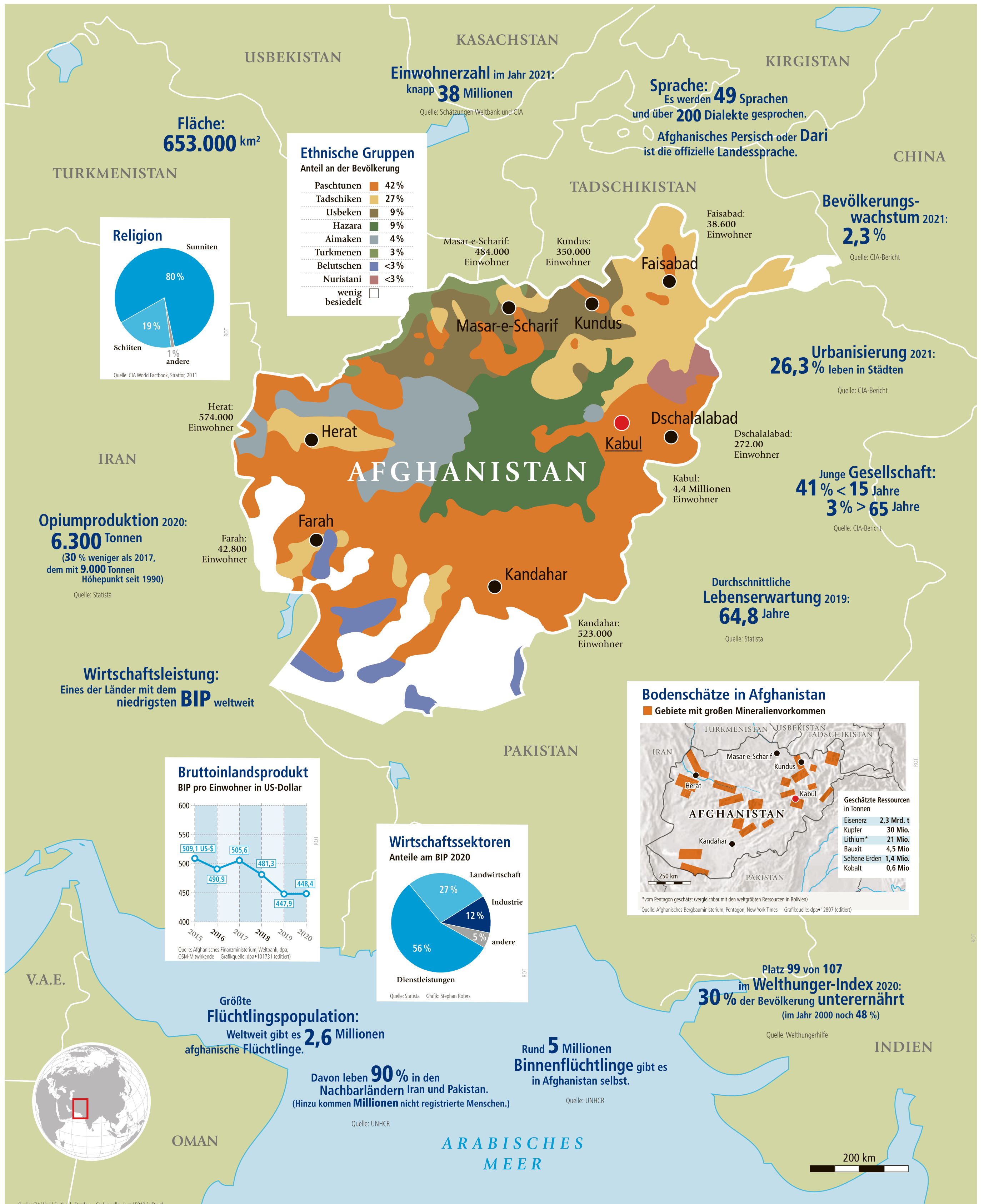
Einen Tag vor der Abstimmung verließ die SPD-Abgeordnete Christa Lörcher, eine Gegnerin des Einsatzes, ihre Fraktion. Die Koalition verfügte nur noch über 340 Stimmen; bei mehr als sechs Nein-Stimmen aus dem eigenen Lager wäre sie Geschichte. Was machen die acht Grünen-Abweichler? Fast im letzten Moment verständigten sie sich, dass nur vier von ihnen gegen die eigene Regierung stimmen: „Wir beantworten eine Machtfrage strategisch, indem wir Ja zum Fortbestand der Koalition und Nein zur Legitimation des Bundeswehrmandats sagen“, begründete Steffi Lemke, eine der vier, die nun mit Ja stimmte, in der Schlussdebatte das Vorgehen. Eine Reitere weiterer Koalitionsabgeordneter machte in Erklärungen deutlich, trotz grundsätzlicher Bedenken gegen den Einsatz für den Erhalt von Rot-Grün zu stimmen.

An Ende votierte die Koalition bis auf die Grünen-Parlamentarier Annelie Buntentbach, Winfried Hermann, Christian Simmert und Christian Ströbele geschlossen für die Regierungsvorlagen, mit 336 Ja- bei 326 Nein-Stimmen. Die Entscheidung für den Bundeswehr-Einsatz war gefallen, die Koalition gerettet. Helmut Stoltenberg





# Das Land im Faktencheck





# Die zerfallene Truppe

**ARMEE** Der Streitkräfte-Aufbau sollte den Bestand der »Islamischen Republik Afghanistan« sichern. Für die Kapitulation dieser Armee innerhalb von Wochen gibt es viele Gründe

Die Afghan National Army – kurz ANA – hat sich derart rasch unter der Taliban-Offensive aufgelöst, dass sich Beobachter verwundert die Augen reiben. Wo waren die Früchte vergangenen 20 Jahre geblieben, in denen diese Armee von den Nato-Staaten aufgebaut und gut ausgerüstet wurde? Im Jahr 2002 ins Leben gerufen, schaffte es die Nationalarmee nie, eine dauerhafte Raumkontrolle im Land zu behaupten. Die letzten offiziellen Zahlen vom April nennen eine Stärke von 182.000 Soldaten für Heer samt Luftwaffe, laut dem letzten Quartalsbericht des US-Sondergeneralinspektors für den Wiederaufbau Afghanistans John F. Sopko. Immerhin die Größenordnung der Bundeswehr inklusive Marine. Doch die Gefechtsberichte der letzten Monate zeigten: Die Truppenkörper der ANA – sieben Korps und eine Hauptstadt-Division – leisteten keinen ernsthaften Widerstand gegen die Taliban und zerfielen schnell. Lediglich die Teilstreitkräfte der Spezialkräfte blieb halbwegs intakt. Vor allem mit dieser versuchte die Mitte August kollabierte Kabuler Regierung, wenigstens noch die Wirtschaftszentren des Landes zu halten. Anfang August erklärte der inzwischen geflohene Präsident Ghani, die Stärke der Special Operations Forces solle von 20.000 auf 45.000 erhöht werden. Ein illusorisches Vorhaben; denn eine weitere Ausbildung solcher Kommando-Einheiten dauert Jahre. Zudem erfolgte deren Training durch die Nato-Armeen inzwischen im Ausland, etwa in der Türkei, was nur mit aufwendiger Logistik funktioniert. Die aus der Verzweiflung geborene

Strategie, diesen verbliebenen Leistungskern der ANA auf die urbanen Zentren zu konzentrieren, war nicht tragfähig. Wichtige Provinzstädte wie Kundus fielen zuletzt in Reihe, innerhalb weniger Tage.

**Feuerwehr im ganzen Land** Eine Überlastung der Speerspitze der Armee zeigte sich aber bereits davor. Spezialkräfte nebst Luftwaffe waren als Feuerwehr im ganzen Land unterwegs, um Taliban-Angriffe zu zerschlagen. Über Jahre gelang dies erfolgreich. Mit der erst 2008 gegründeten Luftwaffe wurde ein schlagkräftiger Einsatzverbund aufgebaut. Im letzten Quartal 2020 bestritten die Special Security Forces 94 Prozent ihrer Einsätze ohne Mentoren-Unterstützung, so ein Bericht des Sondergeneralinspektors. Doch solche Erfolge blieben Stückwert. Ein hohes Operationstempo bedeutet eine hohe Abnutzung der Einheiten. Laut dem Statusbericht des US-Verteidigungsministeriums zur ANA-Ausbildung vom Dezember 2020 machte sich ein Mangel an „konsistentem Training“ bei den Kommando-Einheiten bemerkbar. Die Vertreibung der Taliban durch die Spezialkräfte wurde zudem nie nachhaltig. Denn deren konventioneller Sockel – die Nationalarmee – scheiterte stets damit, immer wieder freigelegte Distrikte zu sichern. Ein Symbol dafür waren die laut US-Angaben circa 10.000 ANA-Checkpoints im Land. Mit nur 10 bis 20 Soldaten, ohne Führung durch einen Offizier vor Ort und logistische Unterstützung sind diese Posten leicht zu überrennen. Die US-amerikanischen Militärplaner wollten ihre Zahl schon seit Jahren verringern. Stattdessen sollten weniger, aber befestigte und



Einen Mangel an „konsistentem Training“ der afghanischen Armee diagnostizierte das US-Verteidigungsministerium im Dezember 2020.

© picture-alliance/Foto Up/Giuliano Keren

versorgte „Patrol Bases“ die Raumsicherung verbessern. Doch von Seiten der Afghanen gab es latenten Widerstand gegen den Abbau der Checkpoints. Es ist ein offenes Geheimnis, dass diese oft dazu dienten, informell Wezoll einzunehmen. Auch solche Auswüchse der Korruption bekamen die USA nie Zugriff. Auch wenn sie mit Vor-Ort-Kontrollen des Materials und dem Aufbau einer biometrischen Erfassung von Rekruten Unterschlagung und Betrug mit Geistersoldaten angingen. Der Streitkräfte-Aufbau war das zentrale Projekt der USA, um den Bestand der „Islamischen Republik Afghanistan“ zu sichern. Die internationale Staatengemeinschaft finanzierte auch den Aufbau einer Polizei. Die ANA war ein nahezu exklusives US-Vorhaben. Fast 89 Milliarden US-Dollar in-

## > STICHWORT

### Die afghanische Nationalarmee ANA

> **Kosten** Fast 89 Milliarden Dollar investierten die USA seit 2002 in den Aufbau der 182.000 Soldaten starken Armee.

> **Überlastung** Es gelang den USA und ihren Nato-Partnern nie, den Gefechtswert der ANA weiterzuentwickeln, da diese im Dauer-Kampf gegen Aufständische aufgegeben wurde.

> **Ausbildung** Die Grundausbildung sank von 14 auf 10 Wochen, um mehr Truppen ins Feld zu stellen. Die Erwartungen an die ANA stiegen aber ständig.

vestierten die Vereinigten Staaten bis zu ihrem Kollaps in die afghanischen Sicherheitskräfte, einen Großteil davon in die Armee. Das sind mehr als 60 Prozent der gesamten US-Hilfen für Afghanistan seit 2002. Vom Sold, über Kasernen bis zu Waffen und Gerät samt Instandhaltung finanzierten die Amerikaner alles. Das Mentoring der Nato-Partner wie der Bundeswehr nebst dem Nato Afghan National Army Trust Fonds mit bis dato 3,4 Milliarden US-Dollar Investitionen war bei Weitem. Doch den USA gelang es im Verbund mit der Nato nicht, den Gefechtswert der ANA weiterzuentwickeln. Die Kompanien der Hauptkampfeinheit, einem Bataillon, dem sogenannten „Kandak“, sollten eigentlich vier Monate Training erfahren, sechs Monate in Einsätze gehen, danach zwei Monate ruhen. Aber der Feinddruck durch Aufständische wie die Taliban war so groß, dass die Kandaks fast ständig kämpften. Das „Cost of War“-Projekt der Brown University in Boston schätzt die Zahl der Gefallenen von Nationalarmee und Polizei auf bis zu 69.000 Soldaten und Polizisten. Dabei fehlten die USA ständig am Konzept der ANA. Zuletzt versuchten sie, die reguläre Raumsicherung der Armee über eine Heimatschutz-Miliz wirksamer zu machen – die „Territorial Force“. Sie ersetzte die Lokalpolizei, die aufgelöst wurde. Deren Aufgabe war es, in den Dörfern und Gemeinden das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. Dabei versagte die Polizei jedoch völlig im Dauerkriegszustand. Von der Miliz sollte mehr Wirkung bei der Aufstandsbekämpfung ausgehen, da sie ins Militär eingebettet wurde. Zum Tragen kam dieser Ansatz nicht mehr.

Auch gelang nie der Aufbau einer wertigen Logistik und Instandsetzung für die ANA-Einheiten in der Fläche. Deren Versorgung am Boden wurde nicht belastbar. Die Konvois litten unter gesprengten Straßen und ständigen Attacken. Bei ihren Fahrzeugen am Boden schafften die afghanischen Streitkräfte lediglich 20 Prozent der Instandhaltung aus eigener Kompetenz, so das US-Militär zu Beginn dieses Jahres. Zur Versorgung aus der Luft hatte die ANA nur vier eigene C-130 Hercules Transport-Maschinen. Fluggerät musste zur Überholung stets in Vertragsdepots der Nato nach Europa oder die Golfstaaten.

**Hilfe über Zoom** Die Mini-Luftwaffe bot nach dem Abzug der Nato-Mächte nicht nur die einzig verlässliche Operationslogistik; auch die militärische Schlagkraft hing zunehmend an ihr, je mehr die USA Beistandseinsätze ihrer Luftstreitkräfte verringerten. Für die Erfolge eingeflogener ANA-Spezialkräfte gegen die Taliban war die Luftnahunterstützung entscheidend. Diese basierte vor allem auf einer Flotte von Kleinkampfflugzeugen. Hier hatten die USA 24 Propellermaschinen des brasilianischen Herstellers Embraer für die ANA angeschafft. Deren Wartung ging jedoch nur mit Hilfe eingekaufter Techniker. Noch zu Beginn vergangenen Jahres bezahlte das US-Verteidigungsministerium laut eigenen Angaben mehr als 18.000 „Contractors“ für Dienstleistungen, damit die afghanische Nationalarmee funktioniert. Der letzte Dienstleister-Bericht vom Juli verzeichnete noch fast 8.000. Laut Abzugsvereinbarung der USA mit den Taliban mussten die Dienstleister ebenfalls Afghanistan verlas-

sen. Zuletzt wollten die USA mit „Over-the-Horizon“ Hilfe afghanische Techniker vor Ort einweisen. Das heißt via Zoom-Meetings, koordiniert vom fernen Katar aus. Dort bauten die USA noch im Juni ein entsprechendes Zentrum auf, das künftig den Beistand für die ANA koordinieren sollte. Dazu wird es nun nicht mehr kommen. In seinem soeben erschienen „Lessons Learned“-Bericht zu 20 Jahren US-Engagement am Hindukusch beschreibt US-Sondergeneralinspektor Sopko zentrale Missgriffe der Vereinigten Staaten beim Aufbau der ANA. Deren Konzept wurde immer anspruchsvoller. Zunächst nur als leichte Infanterie ausgelegt, sollte die ANA ab 2007 zu einer vollwertigen Armee mit Teilstreitkräften reifen. Was den Druck zusätzlich erhöhte: Die Plangröße der ANA wurde stetig ausgeweitet. Im Ergebnis nahm die Qualität der Ausbildung für die Masse der Soldaten ab. Die Dauer der Grundausbildung sank von 14 auf 10 Wochen, um mehr Truppen ins Feld zu stellen. Den notwendigen immensen Personaleinsatz für das ambitionierte Streitkräfte-Projekt konnte das US-Militär samt Verbündeten nie aufbringen. Ein prägnantes Beispiel: Ab 2005 stiegen die US-Streitkräfte noch in die Ausbildung der afghanischen Polizei ein. Ihre Mentoren-Teams sollten nun Ordnungshüter sowie Soldaten ausbilden. Noch vier Jahre später stellten die US-Militärplaner fest, sie bräuchten 635 Teams dafür. Zum Einsatz bringen konnten sie jedoch nur 90.

Björn Müller

Der Autor ist freier Fachjournalist für Sicherheitspolitik in Berlin.

## Erschöpfte Nachbarländer und die Angst vor einem Déjà-vu

**FLUCHTWEGE** Anders als 2015 sind viele Grenzen auf der Route Richtung Europa versperrt. Die EU versucht mit Geldzusagen, die Fluchtwilligen in der Region zu halten

Dem Schock folgte die Angst. Kaum hatte sich der Westen verwundert die Augen gerieben, ob der schnellen Eroberung der afghanischen Hauptstadt Kabul durch die Taliban, da erklangen auch schon die ersten Warnungen. Was, wenn nicht nur die für die Deutschen tätigen Ortskräfte in die Bundesrepublik flüchten wollten (deren Rettung per Luftbrücke zumindest begonnen wurde, siehe Seite 8), sondern womöglich noch abertausende andere Afghanen? Was, wenn sich Szenarien wie 2015 wiederholen würden? Und so tauchte vor den Augen der wahlkämpfenden Parteien sechs Wochen vor der Bundestagswahl plötzlich die Angst vor einer neuen Flüchtlingsbewegung wie ein Gespenst wieder auf. Der Drang, es möglichst rasch wieder zu vertreiben, ist aber nicht nur in Deutschland sondern EU-weit ausgeprägt. Denn die Ereignisse von 2015 hatten nicht dafür gesorgt, dass sich die EU auf eine einheitliche Asylpolitik verständigen konnte.

Zweifellos ist die Vermutung, dass sich große Teile der afghanischen Bevölkerung aus Angst vor den Repressionen der Taliban lieber früher als später auf den Weg gen Westen machen würden, richtig. Aber die Bedingungen dafür sind ganz andere als vor sechs Jahren. Denn die Zeit der offenen Grenzen ist schon lange vorbei – nicht nur in Europa.

Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR sind Afghanen die größte Flüchtlingsgruppe weltweit: 2,6 Millionen Geflüchtete hat das UNHCR registriert, weitere rund vier Millionen Menschen leben ohne diesen Status in anderen Ländern. Und dies sind vor allem zwei: Iran und Pakistan, die jeweils eine mehr als 1.000 beziehungsweise 2.000 Kilometer lange Grenze mit Afghanistan verbindet, beherbergen 90 Prozent der afghanischen Diaspora. Länder also, die auch ohne Millionen Flüchtlinge mit Wirtschaftsproblemen und Armut kämpfen. In Pakistan sind rund 1,4 Millionen Afghanen als Flüchtlinge registriert, bis zu zwei Millionen Migranten ohne Flüchtlingsstatus kommen hinzu. Im Iran leben nach UNHCR-Statistiken rund 780.000 offiziell registrierte Afghanen und rund 2,5 Millionen ohne gültige Papiere.

In der Türkei, die schon Millionen syrische Geflüchtete beherbergt, leben ebenfalls rund 100.000 afghanische Asylbewerber, plus unzählige Menschen ohne Papiere.

**Mauern und Pufferzonen** Der Landweg von Afghanistan nach Europa ist nicht nur extrem lang und durch verschiedenste Gebirgsregionen extrem beschwerlich, gerade für Familien. Er ist mittlerweile an vielen Stellen, im Gegensatz zu 2015, auch verschlossen. Beispiel Iran: Das Land hat recht bald nach der Machtübernahme der Taliban seine Sympathien für die Entwicklung im Nachbarland deutlich geäußert, verbunden mit der Auffassung, dass es somit auch keinen Grund zur Flucht mehr gebe. Zur Aufnahme weiterer afghanischer Fluchtwilliger ist Iran demzufolge nicht bereit. An der Grenze zu Afghanistan wurden mehrere Pufferzonen mit Flüchtlingslagern errichtet, aus denen die Menschen schnellstmöglich wieder zurückgeschickt werden sollen. Beispiel Türkei, das nächste auf dem Landweg zu durchquerende Land: Im Frühsommer dieses Jahres versuchten täglich etwa 1.000 Menschen die Grenze zwischen Iran und der Türkei zu überwinden, fast ausschließlich Afghanen. Viele von ihnen sitzen nun in gefängnisartigen Ab-



Grenzmauer entlang der türkisch-iranischen Grenze.

© picture-alliance/dpa

schiebezentren im Osten der Türkei fest. Bereits Monate zuvor hatte die türkische Regierung nämlich begonnen, die Grenze zum Nachbarland Iran mit Mauer und Stacheldraht zu verschließen. Auch die Türkei ist nicht bereit, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Afghanen haben in der Türkei zudem keinerlei Schutzstatus wie etwa aus Syrien Geflüchtete. Von der Türkei aus nach Europa zu kommen, ist für Afghanen,

die es erst jetzt versuchen, also fast unmöglich. Beispiel Pakistan: Das Land liegt zwar nicht auf der Fluchtroute nach Europa, aber auch hierhin wollen viele Afghanen nach der erneuten Machtübernahme der Taliban auswandern. Zumal schon während der ersten Phase der Taliban-Herrschaft von 1996 bis 2001 Millionen Afghanen nach Pakistan geflohen sind, also viele Familienbande existieren. Doch Pakistan

hat der Aufnahme weiterer Flüchtlinge ebenfalls eine Absage erteilt. Und so wurde Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) Ende August auf eine fast aussichtslos wirkende Mission in die Region geschickt. Nicht nur die Bundesregierung, auch die EU-Innenminister wollen um jeden Preis vermeiden, „Anreize“ zur Flucht auszusenden. Über dieses Ziel hinaus hatten die Innenminister bei ihrem Treffen Ende August aber erneut keine gemeinsame Linie zum Umgang mit Migranten aus Afghanistan gefunden. So geht es derzeit vor allem darum, die Nachbarländer Afghanistans mit großen Summen zu bewegen, Fluchtwillige aufzunehmen. Pakistans Außenminister Qureshi entgegnete beim Besuch von Maas jedoch: „Es ist keine Frage des Geldes, es ist eine Frage der Kapazitäten.“ Im deutschen Wahlkampf wirkt das Thema wie ein heißes Eisen. Statt „refugees welcome“ heißt es diesmal „Ortskräfte welcome“, erweitert um bedrohte Frauenrechtlerinnen oder andere zivilgesellschaftliche Akteure. Am deutlichsten fordert noch die Linke die Aufnahme einer größeren Zahl Geflüchteter. Grünen-Spitzenfrau Annalena Baerbock hatte EU-weite Kontingente gefordert. Doch danach sieht es derzeit nicht aus.

Claudia Heine

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





**W**ir sind von der eigenen Regierung moralisch verletzt, und das ist beschämend.“ Es sind offene und harte Worte, die Marcus Grotian am 24. August dieses Jahres vor der Bundespressekonferenz in Berlin wählte. Der Vorsitzende des „Patenschaftsnetzwerkes Afghanische Ortskräfte“ macht keinen Hehl aus der tiefstehenden Frustration angesichts der chaotischen Situation in Afghanistan. Und er erhebt schwere Vorwürfe gegen die Bundesregierung: Sie habe wochenlang verhindert, dass afghanische Ortskräfte schnell und unbürokratisch gerettet werden können. Wäre Marcus Grotian Zivilist, dann würden seine scharfe Kritik niemanden verwundern. Aber Grotian ist Offizier, Hauptmann der Bundeswehr. Auch wenn er vor der Bundespressekonferenz keine Uniform trägt. Politische Statements von Soldaten der Bundeswehr sind streng reglementiert. Aber die Journalisten wissen um seinen Hintergrund. Und solch harte Kritik eines Bundeswehrosoldaten an der politischen Führung hat eine besondere Qualität.

**Soldatisches Ethos** Grotian war 2011 selbst im afghanischen Kundus stationiert und kennt die Lebenssituation jener Menschen, die „unter Einsatz ihres eigenen Lebens an unserer Seite versucht haben, die Sicherheit in Afghanistan zu erhöhen“. Dass diese Menschen nun zurückgelassen werden, trifft Veteranen des Afghanistan-Einsatzes nicht nur menschlich, sondern trifft auch ihr soldatisches Selbstverständnis. „Keiner wird zurückgelassen“ ist für Soldaten keine leere Floskel oder ein markiger Spruch aus einem Hollywood-Kriegsfilm, sondern Teil ihrer militärischen Ausbildung. Jeder Soldat der Bundeswehr bekommt ab Tag Eins seiner Grundausbildung dieses Kameradschafts-Ethos beigegeben. Es mag sich in erster Linie auf die Kameraden in Uniform beziehen, aber dass die Soldaten der Bundeswehr ihre Helfer in Afghanistan ebenfalls unter diesem Aspekt betrachten, sollte nicht verwundern.

In diesem Sinne äußerte sich auch der Vorsitzende des Bundes Deutscher Einsatzveteranen, Bernhard Drescher. Die Stimmung unter den Veteranen des Afghanistan-Einsatzes sei „grottenschlecht“. Angesichts der Bilder aus Kabul entstehe bei ihnen der Eindruck, dass ihre Arbeit zunichte gemacht werde. Schließlich ziehe man Schutzkräfte nicht ab, bevor nicht alles Schützenswerte in Sicherheit gebracht worden sei. Auch André Wüstner, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes, weist auf die „enorme Wut“ bei vielen Afghanistan-Veteranen und auch bei den Angehörigen gefallener und verwundeter Soldaten hin, die sich nun fragten, ob die erbrachten Opfer „umsonst“ seien. Es sei Vertrauen in die Politik verloren gegangen und dies sei für Streitkräfte in einer Demokratie nicht gut. Wüstner ist Oberstleutnant, war ebenfalls in Afghanistan im Einsatz, und kann seine Kritik an der politischen Führung als Vorsitzender der Interessenvertretung der Bundeswehrosoldaten auch in Uniform vortragen.

Die kritischen und frustrierten Stimmen aus der Truppe sollten im Verteidigungsministerium und im Bundestag ernst genommen werden. Soldaten, die das Vertrauen in die politische Führung verlieren oder gar am Sinn ihres Auftrages zweifeln, kann sich eine moderne Demokratie nicht leisten. Es waren und sind Mitglieder der Bundesregierung und Parlamentarier selbst, die darauf stets hinwiesen und hinweisen.

**Einsatzarmee** Der 20-jährige Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hat wie die Auslandseinsätze insgesamt das Selbstbild der Truppe und der Soldaten nachhaltig

# Frust der Krieger

**BUNDESWEHR** Afghanistan hat das Selbstverständnis der Truppe verändert



Die Trauer um gefallene Soldaten gehört für die Bundeswehr seit dem Afghanistan-Einsatz zur Realität einer Einsatzarmee.

© picture-alliance/dpa/Rainer Jensen

geändert. Seit der Aufstellung neuer deutscher Streitkräfte Mitte der 1950er Jahre galt die Erhaltung des Friedens in Europa für rund 50 Jahre als ihr Auftrag. Die Bundeswehr sollte nicht kämpfen, sondern Teil einer „gläubwürdigen konventionellen Abschreckung“ innerhalb der Nato gegenüber dem Warschauer Pakt sein. Begriffe wie Krieg, Tod, Verwundung, Traumatisierung, Gefallene und Veteranen waren in der Bundeswehr eher akademischer Natur, weil sie im soldatischen Alltag nicht vorkamen.

Dies hat sich seit Ende des Kalten Krieges und der Beteiligung an den Einsätzen der Bundeswehr weltweit dramatisch geändert. Im Kosovo-Krieg 1999 waren deutsche Soldaten dann erstmals seit Ende des Zweiten Weltkriegs in einen Kampfeinsatz involviert. 14 Tornado-Jets wurden während der Luftangriffe der Nato gegen Serbien für die Luftaufklärung und die Bekämpfung der serbischen Flugabwehr eingesetzt. Für die Bundeswehr stellt der 24. März 1999, an dem die Luftangriffe begannen, einen

Wendepunkt in ihrer Geschichte dar. Aus den rein auf Abschreckung und Verteidigung ausgelegten Streitkräften wurde eine „Einsatzarmee“. Schon drei Monate später rollten deutsche Kampfpanzer über die Straßen des Kosovo im Rahmen des internationalen KFOR-Einsatzes.

Kein Einsatz der Bundeswehr im Ausland sollte die neue Wirklichkeit in der Bundeswehr so nachhaltig verändern wie der in Afghanistan ab 2001 im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ (OEF), der

„International Security Assistance Force“ (ISAF) und der „Resolute Support“-Mission (RS). „Die Bundeswehr ist am Hindukusch erwachsen geworden“, resümiert der Militärgeschichtler Sönke Neitzel in seinem aktuellen Buch „Deutsche Krieger“, in dem er die Geschichte des deutschen Militärs vom Kaiserreich bis heute nachzeichnet. Erstmals in ihrer Geschichte sei die Bundeswehr damit konfrontiert worden, „den Krieg nicht nur zu spielen, sondern auch zu führen“. In den ersten „Friedensmissionen“ nach Ende des Kalten Krieges „schieben die Streitkräfte eine Aufgabe gefunden zu haben, die außenpolitisch nützlich und zugleich gesellschaftlich vermittelbar war“, schreibt Neitzel. „Doch dann lief Afghanistan aus dem Ruder, und man musste lernen, mit Tod und Verwundung umzugehen, auch die psychischen Langzeitfolgen zu bewältigen.“ Doch die Bundeswehr habe sich diesem Einsatz gewachsen gezeigt. „Sie bewies, dass sie zu kämpfen verstand und die Taliban zwischen 2009 und 2011 in den wichtigsten Regionen Nordafghanistans zurückzudrängen vermochte.“ Obwohl nur eine Minderheit der deutschen Soldaten in Gefechte verwickelt gewesen sei, habe das „Kriegshandwerk“ in den „tribal cultures“ der Bundeswehr offenbar überlebt, befindet Neitzel.

**Krieg und Krieger** Solche Befunde werden in der mehrheitlich pazifistisch gesinnten Gesellschaft der Bundesrepublik nicht so gerne gehört. Soldatische Tugenden, zu denen das Kämpfen qua Job-Beschreibung dazugehört, sind nach den katastrophalen Folgen des deutschen Militarismus im Kaiserreich und im Nationalsozialismus verpönt. Als Oberstleutnant Hans-Otto Budde noch vor seiner Beförderung zum Inspektors des Heeres im Frühjahr 2004 davon sprach, die Bundeswehr brauche „den archaischen Kämpfer, und den, der den High-Tech-Krieg führen kann“, rief dies viel Kritik und heftige Diskussionen hervor. Ob die Bundeswehr „archaische“ Krieger braucht, sei dahingestellt, zumindest war Buddes Aussage ein ganzes Stück ehrlicher und realistischer, als all die Euphemismen, hinter denen sich führende deutsche Politiker lange verschützten.

Trotz des offenkundigen Gefahrenpotenzials, das die Bundeswehr in Afghanistan erwartete, versuchte die unterschiedlichen Bundesregierungen seit 2001 das militärische Engagement am Hindukusch in der Bevölkerung lange als „Stabilisierungsmision“ zu verkaufen. Bezeichnungen wie „Kampfeinsatz“ wurden möglichst vermieden oder mit der Bezeichnung „robustes Mandat“ umschrieben. Das Erwachen für die deutsche Öffentlichkeit über den wahren Charakter des Einsatzes am Hindukusch war dann um so schmerzlicher. Als im „Karfreitagsgefecht“ des Jahres 2010 drei deutsche Soldaten während eines neunstündigen Kampfes mit den radikalislamistischen Taliban getötet wurden, ließ sich die Realität auch im politischen Berlin nicht länger ausblenden. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) sprach Klartext: „Auch wenn es nicht jedem gefällt, so kann man angesichts dessen, was sich in Teilen Afghanistans abspielt, umgangssprachlich von Krieg reden.“ Die Soldaten wussten das längst.

**Verantwortung der Politik** Das 20-jährige militärische Engagement in Afghanistan hat sich tief in das Bewusstsein der Bundeswehr eingegraben. Im Verteidigungsministerium im Bendlerblock in Berlin erinnert das Ehrenmal an die rund 3.200 militärischen und zivilen Bundeswehrangehörigen, die seit der Gründung der Bundeswehr in Ausübung ihres Dienstes gestorben sind. Unter ihnen finden sich auch die Namen der 59 Soldaten, die nicht lebend vom Hindukusch zurückgekehrt sind, 35 starben in Gefechten oder wurden Opfer von Minen und Bombenattentaten. Insgesamt waren rund 150.000 Soldaten in Afghanistan im Einsatz. Viele von ihnen werden in den kommenden Wochen genau hinschauen, wie die Politik den Afghanistan-Einsatz aufarbeiten wird und welche Konsequenzen aus Fehlern gezogen werden. Darauf haben sie einen berechtigten Anspruch. *Alexander Weinlein*

## »Propagandaerfolg der Taliban«

**BOMBARDIERUNG** Der Luftangriff von Kundus wurde zum politischen Menetekel des Afghanistan-Einsatzes

Es ist bemerkenswerter Schritt den Ulrich Hermann, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof (BGH), und sein Richter-Kollege Harald Reiter Anfang August dieses Jahres machten. In einem Leserbrief an die renommierte Fachzeitschrift „Neue Juristische Wochenschrift (NJW)“ rollten sie den Fall des Luftangriffs von Kundus auf zwei von Taliban-Kämpfern entführte Tanklastzüge im Jahr 2009 noch einmal auf. Leider habe „sich in der Öffentlichkeit das Bild festgesetzt, auf Anordnung des deutschen örtlichen Kommandeurs sei ohne Vorwarnung in eine Menschenmenge bombardiert worden, wobei über 100 Personen ums Leben gekommen seien, darunter viele Zivilisten und insbesondere Kinder“, schreiben die beiden BGH-Richter. Und fügen an: „Diese Darstellung ist hinsichtlich der Opferzahl und -eigenschaft sowie der angeblich unterbliebenen Warnung schlicht falsch und beruht wohl auf einem Propagandaerfolg der Taliban“. Die Tatsache, dass der Luftangriff auch noch zwölf Jahre danach die Gemüter bewegt, zeugt davon, welch einschneidendes Ereignis er während des Bundeswehr-Einsatzes darstellte und welch gewaltiges politisches Erdbeben er auslöste.

Am 3. September 2009 hatten Taliban-Kämpfer zwei Tanklastzüge mit Kraftstoff

etwa acht Kilometer vom Bundeswehr-Camp bei Kundus entfernt. Beim Versuch, den Fluss Kundus zu überqueren, blieben die Tanklasten in einer Furt manövrierunfähig liegen und wurden von Drohnen der ISAF-Truppen aufgespürt. Diese Luftaufklärung meldete dutzende Taliban-Kämpfer in unmittelbarer Nähe der Tanklasten. Der Kommandeur des deutschen Kontingents, Oberst Georg Klein, forderte daraufhin Luftunterstützung bei den amerikanischen Verbündeten an.

Inzwischen hatten die Taliban offenbar Zivilisten aus umliegenden Dörfern zu den Tanklasten gelockt. Gegen 1:08 erreichten zwei F15-Kampffluggeschosse den Luftraum über dem Geschehen und lieferten den Deutschen Luftaufnahmen. In der deutschen Kommandozone waren zudem Berichte eingegangen, bei den Tankern befänden sich mehrere Taliban-Kommandeure. In den Tagen und Wochen vor den Ereignissen war die Lage um Kundus extrem angespannt. ISAF-Truppen waren mehrfach in Gefechte verwickelt worden und Oberst Klein lagen Warnungen vor, nach denen Fahrzeuge gefüllt mit Treibstoff, für einen Anschlag auf das Lager in Kundus eingesetzt werden sollten. Klein gab den amerikanischen Piloten den Befehl zur gezielten Bombardierung der Personen bei den

Tanklastern. Das mehrfache Angebot der US-Piloten, die Personen durch Tiefflüge zu vertreiben, wurde von deutscher Seite abgelehnt. Um 1:49 lösten die Kampfflugzeuge zwei Bomben aus und meldeten nach mehreren Überflügen 56 Tote und elf bis 14 fliehende Überlebende.

Was genau in der Nacht vom 3. auf den 4. September geschehen ist, wer wann welchen Befehl erteilt hat, wie viele Personen durch den Angriff getötet wurden, ob und wie viele Zivilisten sich unter den Toten befanden, beschäftigte in den kommenden Wochen und die deutsche Öffentlichkeit, die Medien und die Politik. Unterschiedlichste Versionen der Geschehnisse machten aufgrund unterschiedlichster Untersuchungen die Runde. Vor allem aber stand eine Frage im Raum: War der deutsche Kommandeur berechtigt, die Bombardierung zu befehlen und war sie nach den geltenden Einsatzregeln für die ISAF-Truppen militärisch „angemessen“ oder „nicht angemessen“?

**Politisches Erdbeben** Im Verlauf der Kundus-Affäre trat Bundesarbeitsminister Franz Josef Jung (CDU) Ende November von seinem Amt zurück, weil er zum Zeitpunkt des Angriffs als Verteidigungsminister Öffentlichkeit und Parlament erst zögerlich

und dann falsch unterrichtet hatte. Sein Amtsnachfolger Theodor zu Guttenberg (CSU) wiederum entließ den Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, und Staatssekretär Peter Wichert mit der Begründung, sie hätten ihm Informationen zu dem Angriff vorenthalten. Im Januar 2010 konstituierte sich schließlich der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss, um Licht in die Geschehnisse zu bringen. Und in der deutschen Öffentlichkeit verfestigte sich der Eindruck, dass der Afghanistan-Einsatz in eine völlig andere Richtung läuft, als von der Politik ursprünglich versprochen. Auch juristisch fand der Luftangriff eine ganze Reihe von Nachspielen, wurde unter anderem vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, dem Bundesgerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht verhandelt. In seinem Urteil vom Oktober 2016 wies der BGH Schadensersatzansprüche von Afghanen für den Tod ihrer Angehörigen zurück. *aw*

Anzeige

### Antisemitismus in der AfD

Die Bedeutung des Falls Wolfgang Gedeon für die Gesamtpartei

Paula Tuschling  
**Antisemitismus in der AfD**  
Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Falls Wolfgang Gedeon  
Mit einem Geleitwort von Meron Mendel  
2021, 176 S., brosch., 48,- €  
ISBN 978-3-8288-4674-6  
E-Book (PDF) 978-3-8288-7753-5  
E-Book (ePub) 978-3-8288-7754-2  
(Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag: Politikwissenschaft, Bd. 94)

Paula Tuschling schließt mit dieser Studie eine Forschungslücke, indem sie das Verhältnis der AfD zum Antisemitismus im Allgemeinen sowie anhand des Falls Wolfgang Gedeon im Besonderen untersucht. Dabei spielen Verschwörungsideologien und die historische Kontinuität des Antisemitismus eine zentrale Rolle.

Portofreie Buch-Bestellungen unter [tectum-shop.de](https://www.tectum-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**





# Nackte Angst

**ORTSKRÄFTE** Viele ehemalige Helfer deutscher Behörden und Firmen müssen sich in Afghanistan vor den Taliban verstecken

Der junge Mann, der aus der Notunterkunft für Flüchtlinge in Radolfzell am Bodensee schlendert, hat es geschafft. Der ehemalige Bundeswehr-Dolmetscher ist einer der wenigen Ortskräfte, die die Bundesregierung, zusammen mit Ehefrau und zwei Kindern, bereits im Juli aus Afghanistan herausgeholt hat. Der Mann hat von 2011 bis 2012 für die Berater der Bundeswehr gedolmetscht. Ab 2017 arbeitete er erneut in Kabul für die Bundeswehr. Er sei vor allem als Dolmetscher beim Schießtraining eingesetzt worden, erzählt er, sowie bei Gesprächen mit Dorfältesten. Nachdem der Abzug der Bundeswehr beschlossen war, ging in seinem Fall alles glatt: „Ich musste meinen Pass, meine Heiratsurkunde und meinen Personalausweis vorlegen, dann bekam ich das Visum.“ Zusammen mit der Aufenthaltserlaubnis erhielt er auch eine Arbeitserlaubnis. Ihm ist somit auch gestattet, innerhalb des Kreises Konstanz eine eigene Wohnung zu suchen.

**Dramatische Flucht** Wie die chaotischen Szenen von Flughäfen in Kabul andeuten, hatten nicht alle afghanischen Helfer so viel Glück. Manche, berichtet der 31-jährige, hätten keine Pässe gehabt, bisweilen nicht einmal Personalausweise. Sie wurden ebenso abgelehnt wie jene Dolmetscher-Kollegen, die für Subunternehmen arbeiteten, statt direkt für die Bundeswehr. Inzwischen steht das Schicksal der Ortskräfte im Zentrum der Afghanistan-Debatte, und die Kritik an der Bundesregie-

rung reißt nicht ab. Denn in Berlin war man offensichtlich noch Anfang August der Meinung, über ausreichend Zeit zu verfügen. Mit der Eroberung Kabuls durch die Taliban Mitte August wurde jedoch plötzlich klar, dass kaum jemand auf eine solche Katastrophe vorbereitet und imstande war, schnell jenen zu helfen, die zwei Jahrzehnte lang dem Westen in Afghanistan geholfen hatten. Empörung brandete auf, der Druck auf die Bundesregierung stieg. Es hagelte Vorwürfe, doch die Mehrheit der Ortskräfte wartet bis heute verzweifelt auf Hilfe.

**Unklarer Begriff** Während sich die westlichen Partner in den beiden Wochen, als der Flughafen in Kabul noch genutzt werden konnte, um schnelle Hilfe bemühten, entstand der Eindruck, dass sich die deutsche Regierung selbst im Wege stand. Offiziell heißt es, die Bundesregierung werde den Ortskräften und anderen gefährdeten Menschen helfen. Tatsächlich aber haben zahllose Ortskräfte bis heute keinerlei Hinweise erhalten, wie das geschehen soll.

Längst ist klar, dass das Problem auch aus einer unklaren Lesart des Begriffes Ortskräfte herrührt. In der Bundesregierung gab es zunächst die Auffassung, dass Ortskräfte diejenigen seien, die offiziell der Bundeswehr oder staatlichen deutschen Organisationen dienen. Nur sie seien potenziell bedroht und damit berechtigt, in

Deutschland Schutz zu finden. Es sollten zudem nur diejenigen berücksichtigt werden, die nach 2019 für ihre deutschen Arbeitgeber tätig waren. Erst nach dramatischen Entwicklungen am Hindukusch wurde der zu berücksichtigende Zeitraum von 2013 bis heute erweitert. Dabei sind diese amtlichen deutschen Kriterien jenen herzlich egal, die nun das Land am Hindukusch erneut mit Terror und Angst beherrschen. Im Weltbild der Taliban sind Landsleute, die mit dem Westen kooperiert haben, Verräter. Sie unterscheiden nicht, ob jemand mit oder ohne Arbeitsvertrag, bei einer Hilfsorganisation, der Bundeswehr oder einem Subunternehmen sein Brot verdient. In den Augen der Taliban sind selbst jene Afghanen Kollaborateure, die Fremden, seien sie Uniformträger, Zivilisten oder Journalisten, Essen lieferten, für sie recherchierten, dolmetschten oder Auto fuhren.

Zum Beispiel Menschen wie Nilofar (Name geändert). Als junge Uniabsolventin arbeitete sie 2017 ein Jahr für eine deutsche Organisation, die mit Geldern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Kabul im Bereich Demokratieförderung tätig war. Kurz vor 2019 entschied sich die Organisation, das Büro angesichts der sich verschlechternden Lage in Afghanistan zu verkleinern und entließ Nilofar. Sie arbeitete anschließend für afghanische

Medien und engagierte sich in der Frauenbewegung. Auf die Evakuierungsliste jener deutschen Organisation kam und kommt sie daher nicht. Seitdem die Taliban Kabul besetzt haben, versteckt sich Nilofar und schickt per WhatsApp flehentliche Bittgesuche an alle erdenklichen Kontakte und offiziellen Adressen. „Bitte helfen Sie mir, sie sind meine letzte Hoffnung“ schreibt sie aus ihrem Versteck. Sie ist eine junge, unverheiratete Frau, ihre Familie lebt nicht in Kabul. Noch dazu ist sie eine Hazara, Angehörige einer schiitischen Minderheit, die von den sunnitisch-paschtunischen Taliban verfolgt wird. Ohne schnelle Hilfe muss die junge Frau mit Zwangsheirat und Misshandlung rechnen.

**Helfer für Medien** Gewalt und Strafen könnte es von den Taliban auch für Mustafa und Wakil (Namen geändert) geben. Beide arbeiten für deutsche Medienvertreter, Mustafa für einen freien Journalisten, Wakil für das öffentlich-rechtliche deutsche Fernsehen. Bereits vor Jahren, während sie für die deutschen Journalisten arbeiteten, wurden sie und ihre Familien von den Taliban bedroht. Die Islamisten entführten schließlich Wakils Bruder und hielten ihn monatelang gefangen, bis er flüchten konnte. Nach dem Fall Kabuls wandten sich beide verzweifelt an ihre einstigen Arbeitgeber, die Journalisten. Diese sammelten die be-

nötigten Informationen ein, auf die das Auswärtige Amt in diesen Fällen besteht. Doch es reichte nicht, denn sie hatten ihre Unterlagen aus Angst vor den Taliban vernichtet. Es fehlte ein offizielles Dokument zum Nachweis, dass sie für deutsche Medien gearbeitet hatten. Mustafa und Wakil warten bislang vergebens auf Hilfe und verstecken sich irgendwo in Kabuls Häusermeer vor den Taliban. Sie haben Angst, denn die Taliban sind gründlich. Von ihren einstigen Nachbarn hören sie, dass Taliban-Kämpfer alle paar Tage ihre alten Wohnungen durchsuchen und nach ihnen fragen. Dass sie zwei unter Tausenden sind, tröstet sie nicht. Selbst der gut vernetzten Journalisten-Hilfsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ ist es bislang nicht gelungen, Medienschaffende, Stringer und Reporter wie sie auf eine Evakuierungsliste der Bundesregierung zu setzen. Dabei hätte kaum eine Organisation ihre Arbeit ohne einheimische Fahrer, Wächter, Köchinnen, Büromanager und Fachkräfte sinnvoll erledigen können. Es ist daher bittere Ironie, dass die Bundesregierung wertvolle Wochen benötigte, um ihre enge Ortskräfte-Definition zu überdenken.

**Bürokratische Kategorie** Auch die zahlreichen afghanischen Mitarbeiter deutscher und internationaler Firmen, die im Auftrag der Bundesregierung, der EU oder

der Entwicklungsbanken arbeiteten, sind in Lebensgefahr, schaffen es aber eher nicht in die bürokratische Kategorie Ortskräfte. So versucht der Leiter des Kabuler Büros einer Stuttgarter Firma, die im Auftrag der GIZ und der KfW-Bank im Energiebereich tätig war, seit Wochen vergeblich, seine acht ehemaligen Kabuler Ingenieure zu retten. Frustriert berichtet er, der selbst deutsch-afghanischer Ingenieur ist, dass er sich mehrfach an deutsche Behörden und Bundestagsabgeordnete gewandt habe. Niemand habe helfen können.

**Debatte über Flüchtlinge** Niemand kann derzeit sagen, ob sich das Fluchtfenster für die Helfer endgültig geschlossen hat. Die bevorstehende Bundestagswahl habe, mutmaßen Beobachter, dazu beigetragen, dass sich die deutschen Ministerien gegenseitig behinderten, als es noch Handlungsspielraum gab. Während die Helfer in Afghanistan noch auf ihre Rettung warten, wird in Deutschland die Flüchtlingsfrage diskutiert. Wahlkämpfer fordern, dass sich „2015 nicht wiederholen darf“, als die Flüchtlingswelle aus Syrien kam. Dabei meinen aber viele Menschen, dass Deutschland es „geschafft“ habe.

Auch führen manche Parteien, statt Evakuierungspläne zu diskutieren, eine erhitzte Debatte über einen möglichen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Afghanistan-Krise. Ehemaligen afghanischen Kollegen und Mitarbeitern wie Nilofar, Mustafa und Wakil ist, so viel steht fest, damit nicht geholfen. Cem Sey

**Der Autor ist freier Journalist.**



Belege der Zusammenarbeit mit deutschen Stellen sind für Ortskräfte einerseits wichtig, andererseits ein Risiko, wenn die Taliban sie finden.

© picture-alliance/Uli Deck

**Kaum jemand war auf eine solche Katastrophe vorbereitet.**

**Ehemalige Helfer haben Unterlagen aus Angst vor den Taliban vernichtet.**

## Krieg im Kopf

**TRAUMATA** Viele Soldaten werden im Einsatz mit schrecklichen Erlebnissen konfrontiert, die lange nachwirken und die Psyche schwer schädigen können

Die Wand, hinter der sich Kriegstraumata verbergen, ist dick. Soldaten, die im Einsatz furchtbare Dinge erlebt haben, ziehen sich oft zurück und versuchen, den Schrecken selbst zu verarbeiten, bevor ihnen klar wird, dass sie professionelle Hilfe brauchen. Viele Betroffene sind nicht in der Lage, die extreme Belastungssituation richtig einzuordnen. Sie durchleben ein Gefühlschaos, Ängste, Panik, Aggressionen, Vermeidungsverhalten, aber sie brauchen mitunter lange, um die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

**Schwere Gefechte** Seit Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt wurden, häuften sich Berichte über die extremste Form der psychischen Verwundung, die sogenannte Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS). Der Reservistenverband wie auch der Bund Deutscher Einsatzveteranen (BDV) kennen etliche Schicksale von Soldaten, die mit schweren psychischen Schäden aus dem Einsatz zurückgekommen

sind und noch Jahre nach den Vorfällen oder gar weit nach ihrer Dienstzeit mit den Folgen zu kämpfen haben.

Der Reservistenverband berichtet beispielhaft von dem 26 Jahre alten Militärpolizisten, der 2010 in der Nähe von Kundus in Afghanistan Wache hält und in ein Scharmützel mit den Taliban verwickelt wird. Raketen verfehlen ihn knapp, mehrere Kameraden werden getötet oder verletzt. Der junge Feldweibel muss auch einen Zwischenfall untersuchen, bei dem ein Armeefahrzeug versehentlich mit schwerem Geschütz beschossen wurde. „Faustgroße Löcher im Blech und Hackfleisch im Innern“, so erinnert er sich an diese Aufgabe. Insgesamt 130 Tage verbringt der Soldat im Kampfgebiet, bedroht von Sprengsätzen, Überfällen und Hinterhalten.

**Angst und Wut** Psychisch völlig aufgerieben kommt der Mann nach Deutschland zurück und verkriecht sich zu Hause, aber die Kriegsbilder wird er nicht mehr los. Er leidet an Ängsten, schläft schlecht, ist gereizt, erlebt Wutausbrüche und Zitteranfälle und bringt sich selbst ernste Verletzungen bei. Bei der Befragung durch einen Militärpsychologen bricht er schließlich zusammen und beginnt eine Therapie. Der Fall steht exemplarisch für viele andere, die

ähnlich gelagert sind und in eine Diagnose PTBS münden. Nach Einschätzung des Veteranenverbandes ist das, was Soldaten in Afghanistan erlebt haben, Krieg, egal wie die Einsätze in der Politik offiziell genannt wurden. Viele Soldaten seien krank zurückgekommen, manche benötigten langjährige Therapien, um sich in der Gesellschaft wieder zurechtzufinden. Auch die Gefahr der „moralischen Verwundung“ steige mit der Intensität der Einsätze.

**Flashbacks** Psychotherapeuten unterscheiden akute Belastungsreaktionen (ABR), die meistens nach einiger Zeit wieder abklingen, von einer PTBS, die über lange Zeit bestehen kann. Zu den ABR-Symptomen gehören Gefühlsschwankungen, Alpträume, Angstzustände, Herzrasen, übermäßiges Schwitzen, Unruhe oder Erinnerungen in Form von Flashbacks.

Auch bei der PTBS werden die Erinnerungen an die traumatische Situation intensiv nacherlebt und durch Schlüsselreize ausgelöst, etwa Bilder, Menschen, auch Gerüche oder Geräusche. Neben Flashbacks kommt es bisweilen zu Erinnerungslücken, die problematische Situation wird ausgeblendet. Betroffene vermeiden ferner bestimmte Aktivitäten oder Situationen, die an das Trauma erinnern könnten und bei ihnen

Stress auslösen. Hinzu kommen Schuldgefühle und Verzweiflung.

Bei der PTBS wird häufig ein sozialer Rückzug beobachtet, der durch Stimmungsschwankungen verstärkt werden kann. Betroffene zeigen ein geringes Interesse an sozialen Aktivitäten, fühlen sich bedroht und verunsichert. Eine PTBS kann lange Zeit andauern oder auch erst nach Jahren auftreten. Die Wahrscheinlichkeit für die Aus-



Im Einsatz sind Gefahren allgegenwärtig.

bildung einer PTBS hängt wesentlich mit der Art des traumatischen Ereignisses zusammen: So entstehen PTBS nach Kriegserlebnissen deutlich häufiger als etwa nach Unfällen oder Naturkatastrophen. Das Suizidrisiko bei diesen Patienten ist erhöht.

**Hilfe durch Spezialisten** Bei der Bundeswehr ist die PTBS als ernstzunehmende Problematik längst angekommen. Spezialisten kümmern sich um betroffene Soldaten und bieten professionelle Hilfe an, ambulant und stationär. Mit der Prävention und Behandlung von psychischen Einsatzfolgen beschäftigt sich seit 2010 ein spezialisiertes „Zentrum für Psychiatrie und Psychotraumatologie / Psychotraumazentrum“ am Bundeswehrkrankenhaus in Berlin. Mit dem deutschen Engagement in Afghanistan hat der Beratungs- und Behandlungsbedarf deutlich zugenommen.

Soldaten sind nach Einschätzung der Bundeswehr einer komplexen Belastungssituation ausgesetzt. Dabei werden nicht nur die Kampfhandlungen als persönliche Bedrohung wahrgenommen, auch moralisch belastende Situationen können prägend sein, wenn Soldaten im Einsatz zum Beispiel Armut, Bürgerkrieg, oder Gräueltaten erleben. Bei der Psychotraumatologie von Soldaten besteht nach Ansicht der Bundes-

wehr noch erheblicher wissenschaftlicher Forschungsbedarf. Wer aus einem problematischen Einsatz kommt und an sich veränderte Verhaltensweisen wahrnimmt, kann zunächst einmal einen unverbindlichen Online-Test auf PTBS absolvieren. Schäden aus einem Einsatz, ob physisch oder psychisch, gelten als Wehrdienstbeschädigungen. Wer mit gesundheitlichen Schäden aus dem Einsatz zurückkommt, hat gegebenenfalls Anspruch auf Entschädigung oder Ausgleichleistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz. Seit 2011 erfasst die Bundeswehr die Zahl der einsatzbedingten psychischen Erkrankungen von Soldaten in einer Statistik. Demnach wurden 2020 insgesamt 301 Fälle registriert, darunter 213 PTBS sowie 88 andere Erkrankungen.

Laut einer Studie sei davon auszugehen, dass etwa drei Prozent aller Soldaten im Einsatz eine PTBS erlitten, aber nur die Hälfte auch diagnostiziert werde, heißt es in der Statistik der Bundeswehr zu psychischen Erkrankungen. Die Dunkelziffer ist hoch, zudem haben viele Fälle von PTBS eine lange Vorlaufzeit zwischen dem prägenden Ereignis und der Diagnose. Mit Aufklärung und Hilfsangeboten sollen die teils dramatischen Einsatzfolgen abgemildert werden. Claus Peter Kosfeld





# »Es bricht mir das Herz«

**INTERVIEW** Die afghanische Menschenrechtsaktivistin Shaharzarad Akbar über ihre gefährliche Arbeit in Kabul, die Flucht nach Istanbul und die Versäumnisse der internationalen Gemeinschaft

**Frau Akbar, Sie sind Vorsitzende der größten Menschenrechtsorganisation in Afghanistan. Am 15. August haben die Taliban auch Kabul übernommen. Wie geht es nun mit Ihrer Arbeit weiter?**  
Das ist schwer zu sagen. Es ist gut möglich, dass es die Kommission in einer Taliban-Regierung nicht mehr geben wird. Und das bricht mir das Herz. Seit 19 Jahren haben Menschen für diese Institution gekämpft. Über die Jahre haben wir neun Kolleginnen und Kollegen verloren, die aufgrund der Gewalt ums Leben gekommen sind. Viele weitere Mitarbeiter haben ihr Leben riskiert. Das jetzt der Kampf für Menschenrechte aufs Spiel gesetzt wird, ist ein großer Verlust für Afghanistan.

**Wo halten Sie sich gerade auf?**  
Ich bin jetzt in Istanbul und habe keinen konkreten Plan, wie es weitergehen soll. Ich versuche weiterhin, meine Arbeit zu machen – da geht es jetzt besonders darum, Kollegen und Kolleginnen, die noch in Afghanistan sind, in Sicherheit zu bringen. Aber ich weiß nicht, was die Zukunft bringt. Ich bin bestürzt, verbringe viel Zeit mit meiner Familie und traure ununterbrochen.

**Wie konnten Sie Afghanistan verlassen?**  
Ich bin tatsächlich noch am Morgen des 15. August, dem Tag, an dem die Taliban Kabul übernahmen, mit einem Linienflug ausgeflogen. Mir war bereits klar, dass die Situation jeden Moment eskalieren könnte. Als ich gelandet bin, hat sich dies bestätigt.

**Wie haben Sie sich bei der Abreise gefühlt?**  
Es war sehr schwer und emotional. Ich musste versuchen, mein ganzes Leben in einen Koffer zu packen, und Menschen, die mir lieb sind, zurücklassen. Aber es gab kaum eine andere Wahl, besonders für meinen Sohn. Natürlich kann ich meine Reise nicht mit den Menschen vergleichen, die tatsächlich mit einem Evakuierungsflug das Land verlassen mussten – eine traumatische Situation.

**Die Taliban haben bereits angekündigt, dass Frauen die Arbeit in hohen Regierungspositionen nicht gewährt werden soll. Wie gehen Sie damit persönlich um?**  
Ich mache mir um die Zukunft der afghanischen Frauen große Sorgen, denn es ist wahrscheinlich, dass die Taliban unsere Rechte und Ambitionen einschränken werden. Trotzdem will und kann ich nicht aufgeben, denn ich sehe auch Hoffnung: besonders in dem Widerstand, den die Frauen bereits leisten. Viele gehen in verschiedenen Städten Afghanistans auf die Straße und protestieren; sie lassen sich nicht unterkriegen.

**Was war für Sie persönlich der bedeutendste berufliche Erfolg?**  
In den vergangenen Jahren gab es eine Krise nach der anderen zu bewältigen. Der Konflikt wurde immer schlimmer, beson-

ders seit Beginn der Verhandlungen mit den Taliban und dem von US-Präsident Donald Trump unterzeichneten Deal. Trotz allem haben wir es geschafft, eine Koalition von Menschenrechtlern aufzubauen, in der jeder seine persönlichen Fähigkeiten und Kräfte eingebracht hat. Wir haben uns vor allem für Kriegsoffer eingesetzt und deren Erlebnisse dokumentiert, damit sie eines Tages Gerechtigkeit erfahren dürfen. Darauf bin ich stolz.

**Sie haben immer wieder Morddrohungen bekommen. Warum haben Sie trotzdem weitergemacht?**  
Ich hatte mir das Ziel gesetzt, so lange wei-

**„Natürlich müssen auch wir Afghanen über unser Handeln nachdenken. Aber zu sehen, wie die Welt nun wegschaut und sich metaphorisch die Hände wäscht – das ist peinlich und beschämend.“**

Shaharzarad Akbar

terzumachen, wie es geht. Weil ich fest daran glaube, dass Afghanen ihre Rechte verdienen. Das sehe ich als eine Art Verantwortung gegenüber meinem Land. Inspiriert haben mich dabei immer die afghanischen Frauen und ihre Zielstrebigkeit und Widerstandskraft, die sie sich auch unter den schwersten Bedingungen und größten Herausforderungen bewahrt haben.

**Sie haben einen dreijährigen Sohn. Wie ging das zusammen – die Familie und Ihre gefährliche Arbeit?**  
Mein Sohn ist ein Lichtblick in meinem Leben. In Kabul hatte ich sehr viel Unterstützung. Meine Mutter und meine Geschwister lebten in demselben Wohnblock und haben oft auf meinen Sohn aufgepasst. Heute sind wir – meine Mutter und meine Geschwister – nicht einmal mehr im gleichen Land. Wir sind über mehrere Kontinente zerstreut. Mein Mann und ich verbringen nun viel Zeit mit unserem Sohn, arbeiten aber gleichzeitig weiter.

**Wie haben sich die konkreten Bedrohungen auf Ihr Familienleben ausgewirkt?**  
Das war ganz schwer. Ich habe mir immer schlimme Sorgen um die Sicherheit meines Sohnes gemacht und darum, dass ihm in Afghanistan Schaden zukommen könnte. Dies ging sogar soweit, dass ich mich in der Öffentlichkeit nicht mit meinem Kind gezeigt habe: Ich wollte nicht, dass er mit mir gesehen wird und dadurch eventuell gefährdet ist. Ein Kind in einem Konfliktland großzuziehen, ist eine riesige und ge-



Shaharzarad Akbar

© Afghanistan Independent Human Rights Commission

fährliche Herausforderung. Ich hatte viele schlaflose Nächte aus Angst, dass Übeltäter in mein Haus einbrechen und mir und meinem Kind Schaden zufügen könnten.

**Wie blicken Sie jetzt nach dem Truppenabzug auf die internationale Gemeinschaft und die Beziehungen zu den USA und anderen Nato-Staaten?**  
Wir müssen die Beziehungen zu anderen Ländern überdenken, besonders in Bezug auf deren Versagen und Scheitern in Afghanistan. Die Konsequenzen werden jetzt von mehr als 35 Millionen Afghanen getragen; die meisten von diesen sind jung.

**Welche Fehler haben die USA und ihre Verbündeten denn Ihrer Meinung nach gemacht?**  
Die Nato-Staaten hatten in Afghanistan viel Macht und Einfluss. Aber das Thema Gerechtigkeit und Menschenrechte haben sie von Anfang an nicht ernst genug genommen. Sie haben Menschen unterstützt, die in Gräueltaten verwickelt wa-

ren, und das hat eine ganz klare Botschaft an uns Afghanen gesendet. Es wurde oft versucht, eine Abkürzung zu finden, um die Situation in unserem Land zu verbessern, doch dies geschah immer auf Kosten der Gerechtigkeit und der Menschenrechte. Daher würde ich mir jetzt mehr Demut von der internationalen Gemeinschaft wünschen.

**Wie meinen Sie das?**  
Natürlich müssen auch wir Afghanen über unser Handeln nachdenken, aber zu sehen, wie die Welt nun wegschaut und sich metaphorisch die Hände wäscht – das ist peinlich und beschämend.

**Sehen Sie gar keine Erfolge?**  
Natürlich hat die internationale Gemeinschaft auch sehr viel für Afghanistan getan. Vor allem hat sie Türen für Frauen geöffnet und einen institutionellen Rahmen geschaffen, um Gerechtigkeit und Gleichheit für alle zu unterstützen. Es wurde auch stark in das Bildungs- und Gesundheitswe-

sen investiert – wengleich viel mehr in den Sicherheitsapparat. Das hat Millionen von Afghanen geholfen und besonders auch Frauen, die in den vergangenen 20 Jahren deutlich mehr Chancen und Rechte hatten. Die Hilfe der internationalen Gemeinschaft war nicht perfekt, aber es ging uns sicher viel besser als zu Zeiten der Taliban.

**Die Bundesregierung will mit den Taliban verhandeln, um weiter Menschen aus Afghanistan zu evakuieren und humanitäre Hilfe leisten zu können. Halten Sie das für richtig?**  
Es ist klar, dass weitere internationale Kooperationen notwendig sind. Doch eine Zusammenarbeit mit der Taliban-Regierung sollte es auf keinen Fall ohne Gegenleistungen geben. Die Taliban müssen dafür zwingend die Rechte aller Menschen garantieren.

**Was können Menschen in Deutschland jetzt für Afghanen tun?**

## ZUR PERSON

Shaharzarad Akbar leitet seit Juli 2019 die unabhängige Menschenrechtskommission Afghanistans (AIHRC). Vorher war die 34-Jährige Beraterin von Präsident Ashraf Ghani für Entwicklungsfragen. Als erste Afghanin machte sie in Oxford ihren Master in Anthropologie und Entwicklungsstudien. Bis vor kurzem lebte sie mit ihrem Mann und dem dreijährigen Sohn in Kabul, wenige Stunden vor der Machtübernahme der Taliban konnte sie aus ihrer Heimat fliehen. Derzeit hält sie sich in Istanbul auf.

Ganz besonders wichtig ist es jetzt, die neuen Flüchtlinge zu unterstützen. Denn vor ihnen liegt eine schwierige Zeit voller Ungewissheiten. Hunderttausende – wenn nicht sogar Millionen – Menschen haben ihre Heimat verlassen, ihre Familien und ihre Habseligkeiten verloren. Sie müssen nun in einem fremden Land, einer fremden Kultur leben und von Neuem beginnen. Dafür brauchen sie Hilfe, ganz praktisch, aber besonders auch emotional.

**Haben Sie auch Erwartungen an die Bundesregierung?**  
Sie sollte Menschenrechtsverteidiger gerade jetzt intensiv unterstützen. Hier ist konkretes Engagement nötig. Den Menschen sollte ein vorübergehender sowie langfristiger Aufenthalt in einem sicheren Land wie Deutschland ermöglicht werden. Wir sind in großer Sorge, besonders um die vielen Frauen, die noch in Afghanistan sind.

**Glauben Sie, dass diejenigen, die Afghanistan in den vergangenen Wochen verlassen haben, irgendwann heimkehren werden?**  
Afghanen lieben ihre Heimat! Deshalb bin ich mir sicher: Sobald es die Situation zulässt und wir wieder sicher in unserem Land leben können, werden viele Menschen heimkehren. Dafür muss aber viel geschehen. Ihnen muss Sicherheit garantiert werden und es muss Rechte geben, besonders für Frauen, die aktiv Teil der Zivilgesellschaft sein wollen.

**Haben Sie selbst auch vor zurückkehren?**  
Ich selbst liebe es zu reisen, doch ich hätte mir niemals vorstellen können, dass ich eines Tages meine Heimat verlassen muss. Es bricht mir das Herz, dass ich nicht weiß, wann ich zurückkehren kann und werde.

**Was wünschen Sie sich für die weitere Entwicklung Afghanistans?**  
Ein erster Schritt wäre, Menschen in einen politischen Dialog einzubeziehen und sie an freien und ehrlichen Wahlen teilhaben zu lassen. Dafür braucht es starke Führungskräfte, die Afghanistan politisch, wirtschaftlich und intellektuell vorantreiben können. Konflikte und Korruption müssen enden.

**Ist das realisierbar angesichts der jüngsten Entwicklungen?**  
Bis Anfang des Jahres dachte ich das noch. Aber nun haben wir einen langen Weg vor uns.

Das Gespräch führte Stefanie Glinski

Die Autorin ist freie Journalistin in Kabul.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der zivile Wiederaufbau war von Anfang an fester Bestandteil des deutschen Engagements in Afghanistan. Dennoch blieb er – sowohl was die finanziellen Ressourcen, als auch was die öffentliche Wahrnehmung anging –, oft im Hintergrund. Zwei Drittel der Gesamtausgaben von etwa 20 Milliarden Euro wurden für den Bundeswehreinsatz aufgewendet, deutlich mehr als für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Mittel, die im regionalen und internationalen Vergleich durchaus beträchtlich waren. Doch die Ziele, Erfolge und Misserfolge des Engagements wurden vor allem im Kontext der jährlichen Verlängerung des Mandats für den Einsatz der Bundeswehr diskutiert, eine breite öffentliche Debatte blieb aus. Nun, da das militärische Engagement in Afghanistan beendet ist, rücken zivile Instrumente stärker in den Fokus.

**Fragile Strukturen** Afghanistan ist eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Nach zwei Jahrzehnten des internationalen Engagements befindet sich der Staat weiterhin in einer Phase des Aufbaus, viele staatliche Strukturen sind fragil und – wie im Gesundheitssektor – teilweise nur mit aktiver und massiver internationaler Hilfe leistungsfähig. Der Bürgerkrieg in den 1990er Jahren und die anschließende Taliban-Herrschaft hatten bis 2001 die legale afghanische Wirtschaft nahezu vollständig zerstört. Doch aufgrund der traditionellen Ausrichtung der Gesellschaft, vor allem aber durch die anhaltende Gewalt erfüllten sich die – sicher nicht realistischen – Hoffnungen auf ein schnelles und vor allem nachhaltiges Wirtschaftswachstum nicht. Daher und wegen der weit verbreiteten Korruption gelang es der afghanischen Regierung selbst mit massiven Hilfen nicht, die grassierende Armut effektiv zu bekämpfen und den Menschen im Land echte Perspektiven zu bieten. Diese unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der Regierung von Präsident Ashraf Ghani düstere Bilanz sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Tat Erfolge erzielt werden konnten. Investitionen in Bildungseinrichtungen, Infrastruktur und Gesundheitswesen haben zu einer deutlichen Reduzierung der Analphabetenrate und Kindersterblichkeit, aber auch einer Steigerung der allgemeinen Lebenserwartung geführt. Diese graduelle Verbesserung der Lebensverhältnisse hat – wenn auch in vielen Bereichen nur in kleinen Schritten – mehr Teilhabe von Frauen und Minderheiten in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Justiz, Medien bewirkt, auch außerhalb der Hauptstadt Kabul.

**Enorme Herausforderungen** Die jüngsten Entwicklungen stellen die Zukunft des internationalen und deutschen Entwicklungspolitischen Engagements in Afghanistan vor enorme Herausforderungen. Ziel des im Herbst 2020 begonnenen Verhandlungsprozesses in Doha zwischen Vertretern der Republik und einer Delegation der Taliban war es auch aus Sicht der internationalen Gemeinschaft gewesen, eine Machtteilung oder sogar einen Machtwechsel zu Gunsten der Taliban, ohne einen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung, vorzustatten gehen zu lassen. Dies sollte, begleitet durch Gespräche mit den Taliban über Grundprinzipien und Konditionen der Gebergemeinschaft, eine Fortsetzung der Entwicklungszusammenarbeit als stabilisierender Faktor in Afghanistan ermöglichen – und auch für Organisationen der humanitären Hilfe Rechtssicherheit schaffen, die sich im ländlichen Raum bereits seit Jahren sowohl mit der Kabuler Regierung als auch den Schattenstrukturen der Taliban arrangieren mussten.

## Gotteskrieger in Bedrängnis

**INNENPOLITIK** Auf breite Unterstützung können die Taliban nicht zählen. Lokale Gruppierungen und die junge Zivilbevölkerung sind ein Hindernis für ihre Herrschaft

Mit ihrer gerade vorgestellten Regierung haben die Taliban ihre Gegner nicht enttäuscht: Als erstes haben sie das Frauenministerium abgeschafft. Stattdessen gibt es jetzt ein Ministerium für Tugend und gegen das Laster. Der bisherige Staat hingegen hat sich in Windeseile aufgelöst – was allerdings nicht überraschend ist. Denn das politische System, das 2001 nach dem Einmarsch der US-Truppen unter massivem Einfluss der USA aufgebaut wurde, stand mit den Traditionen und politischen Realitäten der afghanischen Stammesgesellschaft kaum im Einklang. Weil der Präsidentschaftsamt nach US-Vorbild früh Schwächen aufwies rekurrierte der damalige Präsident Hamid Karzai zusätzlich auf eine traditionell afghanische Institution, die Loya Jirga, die Große Versammlung. Denn weitreichende Entscheidungen ließen sich nicht ohne die Zustimmung der traditionellen Machtzentren, also den Stammesführern und politischen Figuren der verschiedenen Volksgruppen, umsetzen.

# Ausgebremst

**ZIVILER AUFBAU** Die staatliche Strukturen sind fragil und ohne Hilfe von Außen kaum leistungsfähig. Nach dem Ende der Ghani-Regierung sind nun auch die Errungenschaften der vergangenen Jahre in Gefahr



Dass Jungen und Mädchen zusammen lernen, ist in Afghanistan eine Ausnahme. Vier Millionen Kinder haben keinen Zugang zu Bildung, in einigen Regionen besuchen nur zehn Prozent der Mädchen eine Schule.

Statt einem „Weiter so unter veränderten Vorzeichen“ hat die Implosion der Regierung Ghani einen dramatischen Wendepunkt herbeigeführt. Eine tatsächliche Übergabe der Macht hat aufgrund der Flucht des Präsidenten nicht stattfinden können. Sie zwang auch den Rest der Regierung dazu, das Land entweder zu verlassen, sich den Taliban anzuschließen, oder im Panshir-Tal zu verschanzen und, von dort aus – schließlich erfolglos – bewaffneten Widerstand zu leisten. Die Taliban, als faktische Machthaber, haben bisher keine Regierung gebildet und stehen unter internationalen Sanktionen. Aufgrund dieser Unsicherheit hat die Bundesregierung Mitte August die staatliche Entwicklungshilfe für das Land bis auf weiteres ausgesetzt. Mindestens genauso folgenreich für die Zukunft der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan sind jedoch die gesellschaftlichen Konsequenzen der vergangenen Wochen. Denn dem Ende der Kampfhandlungen in vielen Teilen des Landes, die viele Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte massiv bedrohen,

steht die bereits benannte Auswanderung oder gar Flucht derjenigen gegenüber, die diese Errungenschaften erst möglich gemacht haben. Neben Fachkräften in Verwaltung, an Bildungseinrichtungen und in der Zivilgesellschaft haben auch viele Mitarbeiter internationaler Organisationen Afghanistan verlassen oder haben vor, aus Angst vor Vergeltungsschlägen der Taliban, dies zumindest vorübergehend zu tun. Für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilisierung Afghanistans müssen bestehende Gesprächskanäle mit den Taliban genutzt werden, ohne jedoch mit einer vorschnellen Anerkennung einer von ihnen gebildeten Regierung dem Prozess der innerafghanischen Versöhnung vorzugreifen. Nur so kann eine Verengung auf rein sicherheitspolitische Instrumente, etwa im Kampf gegen irreguläre Migration oder die Terrormiliz „Islamischer Staat“, und eine Wiederholung der Geschichte verhindert werden.

Die Autorin ist Landesdirektorin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Afghanistan.

**> STICHWORT**

**Wiederaufbau seit 2001**

**> Mittel** Laut OECD betrug die Gesamtsumme der von Deutschland in Afghanistan verausgabten Mittel der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) von 2001 bis 2019 rund 5,7 Milliarden Euro.

**> Erfolge** Die Zahl der Schulkinder hat sich seither laut Bundesregierung verzehnfacht, die Lebenserwartung ist um neun Jahre gestiegen. Das Pro-Kopf-Einkommen ist viermal höher, 87 Prozent haben Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen (2001: acht Prozent).

**> Soforthilfe** Im August hat die Bundesregierung hundert Millionen Euro Soforthilfe für Flüchtlinge aus Afghanistan zur Verfügung gestellt. Mit weiteren 500 Millionen Euro will sie die Nachbarstaaten unterstützen.

## Im Drogenrausch

**OPIUM** Afghanistans Geschäft mit dem Schlafmohn

Kein Land der Welt produziert mehr Opium als Afghanistan. 2020 lag die geschätzte Menge bei rund 6.300 Tonnen und machte laut UN-Welt drogenbericht 85 Prozent des weltweiten Bestands aus. Opium wird aus den Samenkapseln des Schlafmohns gewonnen und durch chemische Weiterverarbeitung zu Heroin. Der Anbau von Schlafmohn sowie Handel und Export von Opium und Heroin haben in Afghanistan einen Wirtschaftszweig entstehen lassen, von dem auch die Taliban profitieren.

Laut einem Bericht des UN-Sicherheitsrats sollen die Taliban allein zwischen 2018 und 2019 durch Besteuerung und Zölle rund 400 Millionen US-Dollar an der Drogenökonomie des Landes mitverdient haben. „Anders als die Regierung haben die Taliban den Handel mit Opium nicht kriminalisiert, sondern behandeln Opium als ein normales landwirtschaftliches Produkt“, erklärt Afghanistan-Experte Jan Koehler, Forscher an der Freien Universität Berlin. Trotz selektiver Kriminalisierung konnten auch die Regierung und die internationalen Truppen das Drogengeschäft nicht unterbinden. Schmuggelzahlungen und die Sorge, dass die Zerstörung von Schlafmohnfeldern den Unmut der Bevölkerung weckt und diese in die Hände der Taliban treibt, sind nur zwei Gründe, weshalb der Anbau immer weiter florierte. Im Jahr 2020 wuchs er dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) zufolge um weitere 37 Prozent auf eine Fläche von 224.000 Hektar. Wie es für das Geschäft mit dem Rauschmittel nach der Machtübernahme durch die Taliban weitergeht, hängt laut Koehler stark davon ab, in welcher finanziellen Lage sich das Land bald befinden werde. In einer ersten Pressekonferenz nach dem Einmarsch in Kabul erklärte ein Taliban-Sprecher, dass Afghanistan zukünftig drogenfrei werde. Koehler allerdings bezweifelt diese Aussage: „Besonders dann, wenn die Taliban weiter in die Isolation geraten sollten, werden sie aus finanzieller Not heraus den Drogenhandel weiter fördern.“ Bereits jetzt gibt es in zwei Provinzen wieder offene Drogenbasare – unter den Augen der Taliban.

Ähnlich bewertet Günther Maihold, stellvertretender Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, die Lage: „In dem Maße, in dem wir jetzt kurzfristig entschieden haben, die Entwicklungshilfe und andere Unterstützungen einzustellen, steigt der Druck, im Drogensektor Einnahmen zu erzielen.“

**Florierende Drogenökonomie** Afghanistans Wirtschaft ist schon jetzt im großen Maße von dem Rauschgift abhängig. Anbau, Handel und Export von Opium generieren laut UNODC im Jahr 2019 zwischen 1,2 und 2,1 Milliarden US-Dollar, was sieben bis elf Prozent des Bruttoinlandsproduktes des Landes entspricht. Die Existenz vieler Kleinbauern fußt auf den Erträgen des Schlafmohns, 120.000 Arbeitsplätze für Erntehelfer schafft das Geschäft mit den Drogen. Programme zur al-

ternativen Produktion konnten die wirtschaftliche Ausrichtung des Landes bisher nicht nachhaltig verändern. Schlafmohn ist rezistent, benötigt wenig Wasser und bringt im Vergleich zu Tomaten oder Kartoffeln lukrative Gewinne. Darüber hinaus „gibt es keine geeigneten Sicherheitsbedingungen, keine ausgebaute Infrastruktur, keine sicheren Märkte für Alternativprodukte und keine einigermaßen stabile Einkommenssituation für die Bauern“, sagt Maihold. Zwar sank der Ab-Hof-Wert für Rohopium 2020 auf seinen niedrigsten Wert seit 2009, dennoch haben auch 2019 Schlafmohn-Bauern laut UNODC mehr Einkommen generiert als Erzeuger anderer Produkte.

Die großen Gewinne machen allerdings andere. „Je weiter entfernt vom Ursprungsland das Heroin verkauft wird, umso größer ist die Gewinnspanne, von der die lokalen Bauern am wenigsten profitieren“, sagt Maihold. Laut BKA-Bundeslagebericht zur Rauschgiftkriminalität 2020 gelangt der Großteil des Heroins in Lkws aus Afghanistan, Pakistan und dem Iran über die Balkanroute und die nördliche Schwarzmeerroute nach Westeuropa. Doch auch der Seeweg gewinnt zunehmend an Bedeutung. Besonders in Zeiten von Corona mit seinen geschlossenen Grenzen seien Schiffscontainer eine zuverlässige Alternative, berichtet Maihold. Nur circa zwei Prozent aller Container in europäischen Häfen würden kontrolliert. Sollten die Taliban das Drogengeschäft weiter ausbauen, dann werde dies „spürbare Auswirkungen“ auf den internationalen Drogenmarkt und Deutschland haben, erklärt die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Daniela Ludwig (CSU) dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND).

**Starke Abhängigkeit** In Afghanistan kämpft die Bevölkerung schon jetzt mit den Konsequenzen der Drogenökonomie. Denn sie ist nicht mehr nur Produzent, sondern auch Konsument des Opiums. Schätzungen gehen von 1,5 bis drei Millionen Drogenabhängigen in Afghanistan aus, darunter rund 60.000 Kinder unter 15 Jahren. Perspektivlosigkeit und Traumata durch Krieg und Vertreibung führen in die Abhängigkeit. Doch obwohl das Geschäft mit Opium weit verbreitet ist, werden Drogenabhängige von der Gesellschaft stigmatisiert.

„Viele sähen es dort lieber, wenn internationale NGOs sich um gesunde Menschen kümmern würden“, erklärt Stefan Recker, Büroleiter von Caritas International in Kabul. Die Hilfsorganisation unterstützt mit Nejat eines der wenigen Hilfszentren für Drogenabhängige in Afghanistan. „Wir haben leider nur eine begrenzte Kapazität in der Einrichtung und sehr viel Andrang“, sagt Recker. Wer von den Drogen wegkommen möchte, kann bei Nejat einen Entzug machen und wird danach weiter betreut. 60 Prozent schaffen den Weg aus der Abhängigkeit. Wie es mit Projekten wie Nejat unter Talibanherrschaft weitergehen wird, ist ungewiss. Recker befürchtet, „dass die Taliban diese Art von Projekt zukünftig unterbinden könnten.“

**»Die Taliban haben den Handel mit Opium in ihren Gebieten nicht kriminalisiert.«**

Jan Koehler, Freie Universität Berlin

**»Es gibt keine sicheren Märkte für Alternativprodukte.«**

Günther Maihold, Stiftung Wissenschaft und Politik



Mit dem Slogan »Keine Regierung kann ohne die Unterstützung von Frauen überleben« demonstrieren Frauen in Herat für ihre Rechte.

dschiken verkomplizieren die Lage. Hinzu kommen noch zahlreiche weitere Volksgruppen, darunter die von Mongolen abstammenden, schiitischen Hazaras sowie Usbeken und Turkmenen, zwei Turkvölker. Sie alle gliedern sich auf in miteinander rivalisierende Stämme. Die Parteienlandschaft spiegelt diese Komplexität wider. Die Taliban genießen keineswegs die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung. Denn außer den selbster-

nannten Gotteskriegern gibt es die alten Eliten – die oft Monarchisten sind-, die Muslimbrüder – die eine der stärksten politischen Parteien, die Hisb-i Islami von Gulbuddin Hekmetyar, kontrollieren -, und Dschamiat-i Islami des ehemaligen Präsidenten Burhanuddin Rabbani, die von Tadschiken dominiert wird. Hinzu kommen die Pandschiris, gemäßigtere Konservative, die heute vom Achmad Massoud, dem Sohn des gleichnamigen Helden des

afghanischen Widerstandes gegen die Sowjets geführt werden, aber lokal begrenzt im Pandschirtal wirken. Außerdem die Dschünbisch-i Islami des usbekischen Warlords Abdurrahid Dostum und Hisb-i Wachdat des Hazara-Warlords Hadschi Mohammad Mohaqiq. Selbst Sozialisten existieren noch. Und natürlich gibt es die von den USA eingesetzten Technokraten um den ehemaligen Präsidenten Ashraf Ghani, obwohl sie zunächst einmal kaltgestellt sind und um ihr Leben fürchten müssen, falls sie das Land nicht verlassen haben. In kleinen Enklaven regiert auch die Terrororganisation „Islamischer Staat“.

**Großer Mangel** Die Taliban stehen vor einer schweren Krise, die sie mit ihrer brutalen Kriegsführung selbst verursacht haben. Zwar rufen sie die ehemaligen Staatsbediensteten auf, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Diese haben jedoch Angst, weil die Taliban sie bis vor einigen Wochen für dieselbe Arbeit an die Wand gestellt hätten. Die Gotteskämpfer haben in ihren Reihen genug Fußvolk, um einen brutalen Krieg zu führen, aber zu wenig gut ausgebildete Fachkräfte, um einen Staat vernünftig zu lenken. Außerdem sind lokale bewaffnete Gruppen ein Hindernis für die Taliban-Herrschaft.

Diese bleiben weiterhin dem einen oder dem anderen ehemaligen Warlord treu und erheben den Anspruch, die lokalen Interessen zu vertreten. In der nun vorgestellten Regierung der Taliban sitzen ausschließlich Taliban-Führer – die meisten sind Extremisten, wie Siradshuddin Haqqani, der Tausende unschuldige afghanische Zivilisten in Attentaten umbringen ließ. Findet das Land angesichts des Machtvakuum nach 20 Jahren westlicher Einmischung rapide zu seiner „Werkseinstellung“ zurück? Wohl nicht ganz. Denn die vergangenen zwei Jahrzehnte haben das Land geprägt. Die trotz massiver Gewaltdrohungen seitens der Taliban stets unerwartet hohe Wahlbeteiligung bei Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen ist ein Zeichen dafür, dass die Bevölkerung sich demokratischere Verhältnisse wünscht. Auch gibt es erste Signale dafür, dass die Besiegten eine Widerstandsbewegung aufbauen wollen. Aus allen Städten Afghanistans werden Protestdemonstrationen gemeldet. Wer auch immer künftig die Macht in Afghanistan ergattert wird, wird mit den Bestrebungen nach mehr Modernität und Mitsprache umgehen müssen.

Der Autor ist freier Journalist.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Nachbarn in Unruhe

**NEUE FÜHRUNG** Wie die Region auf die Machtübernahme durch die Taliban reagiert

Die Schockwellen, die der Zusammenbruch der afghanischen Regierung aussendete, reichten bis nach Europa und in die USA. Dort lösten sie Debatten über die Fehler der westlichen Afghanistan-Politik aus (siehe auch Text unten). Unmittelbarer zu spüren sind die Auswirkungen des Herrschaftswechsels aber in Afghanistans Nachbarschaft. Die umliegenden Länder sind direkt mit den Folgen der Machtübernahme durch die Taliban konfrontiert, seien es Flüchtlingsströme, ein Aufleben terroristischer Gruppen oder sich verändernde Allianzen. Zugleich bieten sich mit dem Wegfall der Militärmacht der Vereinigten Staaten neue Möglichkeiten. In der öffentlichen Wahrnehmung wird das Interesse der Nachbarländer daran bisweilen jedoch überschätzt. Was Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, China, Pakistan und Iran eint, ist weniger die Hoffnung auf wirtschaftliche und geopolitische Vorteile, sondern eher die Besorgnis über neue Instabilität. Das gilt selbst für Pakistan, den wichtigsten Förderer der Taliban. Der Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI) hatte schon den Taliban-Gründer Mullah Omar in den 1980er Jahren für den Kampf gegen die sowjetische Invasion ausgebildet und später die Taliban gefördert. Auch deren Siegeszug seit dem Frühsommer 2021 soll von jenseits der Grenze unterstützt worden sein. Die pakistanische Regierung hat dies jedoch stets bestritten.

Daher erregte es einiges Aufsehen, als ISI-Direktor General Faiz Hameed den neuen Herrschern in Kabul Anfang September in aller Öffentlichkeit einen Besuch abstattete. Man habe Aspekte des Grenzmanagements besprochen und sicherzustellen, dass Spoiler und terroristische Organisationen die Situation nicht auszunutzen“, hieß es anschließend aus Islamabad. Ebenfalls diskutiert wurde, dass im Zuge der Eroberung Kabuls Hunderte inhaftierte pakistanische Islamisten der Gruppe Tehreek-e-Taliban (TTP) freigegeben waren.

**Islamabads Alptraum** Damit waren mehrere Themen angesprochen, die das pakistanische Militär umtreiben. Die TTP – die sogenannten pakistanischen Taliban – hat vor allem zwischen 2007 und 2014 zahlreiche Terroranschläge verübt, bevor das pakistanische Militär sie in einer großangelegten Offensive zurückdrängte. In jüngster Zeit haben die Dschihadisten ihre Angriffe wieder verstärkt. Mit den afghanischen Taliban sind sie lose verbündet. Die Vorstellung, dass TTP-Mitglieder sichere Rückzugsgebiete auf afghanischem Territorium haben oder sogar von den neuen Machthabern dort unterstützt werden, ist für Islamabad ein Alptraum. Dies umso mehr, als die TTP und andere militante Gruppen zuletzt auch Anschläge auf chinesische Infrastrukturprojekte in Pakistan verübte, was auf den Verbündeten in Peking abschreckend wirken könnte. Daneben fürchtet die Führung in Islamabad auch, dass weitere Flüchtlingswellen Pakis-



China und die Taliban sind im Gespräch: Ende Juli traf der chinesische Außenminister Wang Yi (rechts) in Nord-China auf den Vize-Chef der neuen Machthaber, Mullah Abdul Ghani Baradar.

tan erreichen – schon jetzt leben dort mehr als vier Millionen Afghanen. Aus diesen Gründen ist Pakistan auf die Zusammenarbeit mit den Taliban angewiesen. Denn auch wenn der ISI Einfluss auf die Gruppe hat, ist dieser nicht grenzenlos. Islamabad hofft, weiter auf dem schmalen Grat zwischen Unterstützung der Taliban und ihrer Einhegung balancieren zu können. Das grundsätzliche Interesse ist dabei vor allem geopolitischer Natur: Pakistan will verhindern, dass der Rivalen Indien in Afghanistan Einfluss gewinnt und Pakistan von zwei Seiten bedrängen könnte. Dass die Regierung von Präsident Aschraf Ghani gute Beziehungen nach Delhi unterhielt, hatte den mächtigen Militärs in Islamabad stets Kopfschmerzen bereitet; das Verhältnis von Ministerpräsident Imran Khan zu Ghani galt ebenfalls als belastet. Auch aus diesem Grund wurde die Machtübernahme der Taliban von Khan und anderen in Pakistan begrüßt. Hinzu kommen wirtschaftliche Erwägungen: Mit und über Afghanistan könnte der Handel mit Zentralasien ausgebaut werden. Hier fallen die Interessen Pakistans mit denen Usbekistans zusammen.

**Peking wartet ab** Die Erschließung neuer Märkte und der Zugriff auf Bodenschätze spielen auch in der chinesischen Außenpolitik eine große Rolle. Manche Kommentatoren spekulierten nach der Machtübernahme der Taliban gleich über eine Eingliederung Afghanistans in Chinas „neue Seidenstraße“ – immerhin hatte die Führung in Peking sich schon seit einiger Zeit

den Islamisten gegenüber offen gezeigt. China werde, zusammen mit Russland, das von den Amerikanern hinterlassene Vakuum rasch füllen und seinen geopolitischen Einfluss ausbauen. Allerdings deuteten erste Signale darauf hin, dass China sich abwartend verhält. Ähnlich wie im Falle Pakistans stehen auch für Peking sicherheitspolitische Erwägungen an erster Stelle, wenn es um Afghanistan geht. Schon als Außenminister Wang Yi im Juli mehrere ranghohe Mitglieder der Taliban in Tianjin empfing, unter ihnen Mullah Abdul Ghani Baradar, versicherte dieser dem Gastgeber, dass von Afghanistan keine Gefahr für China ausgehen werde. Die gemeinsame Grenze ist zwar nur rund 90 Kilometer lang. Dennoch ist Peking besorgt, dass die uigurische Terrorgruppe „Islamische Partei Turkestan“ durch den Regimewechsel im Nachbarland Auftrieb erhalten könnte. Die Erwartungen an die Ausbeutung von Bodenschätzen sind demgegenüber eher niedrig. Schon 2008 hat China sich beispielsweise die Schürfrechte der Kupfermine Aynak gesichert. Obwohl dort die drittgrößten Vorkommen der Welt vermutet werden, ist bis heute kaum etwas passiert. Afghanistan ist in mehrfacher Hinsicht schwieriges Terrain. Es ist noch nicht einmal sicher, ob die Taliban sich an der

Macht halten werden. Aus diesem Grund beobachtet Peking die Entwicklungen und versucht, sich alle Optionen offen zu halten. Zugleich bemüht sich die Propagandamaschine der Kommunistischen Partei, den Rückzug des Westens aus Afghanistan als Beleg für den Niedergang der USA darzustellen und das chinesische Gegenmodell zu propagieren, das sich – vermeintlich – nicht in die inneren Belange anderer Länder einmischte. Bei dem Treffen mit Wang Yi sagte dieser chinesischen Angaben zufolge den Taliban, der hastige Rückzug der ausländischen Truppen „markiert das Scheitern der US-Politik gegenüber Afghanistan“. Tatsächlich sieht Peking wie andere regionale Akteure den amerikanischen Rückzug wohl mit gemischten Gefühlen. Ein Sicherheitsvakuum in Afghanistan wäre aus ihrer Sicht eine große Bedrohung, und sollte ein Bürgerkrieg ausbrechen, würde dieser direkt oder indirekt die Region betreffen. Das gilt selbst für Iran. Die schiitische Islamische Republik, einst mit den sunnitischen Taliban verfeindet, hat die Islamisten seit etwa 2015 unterstützt – rhetorisch und zuletzt wohl auch durch die Lieferung leichter Waffen. Als die vom Westen unterstützte Regierung in Kabul Mitte August zerfiel, herrschte in Teheran Schadenfreude.

**Die Nachbarn sind direkt mit den Folgen der Machtübernahme durch die Taliban konfrontiert.**

de. Zugleich aber gab es kritische Äußerungen darüber, wie der Truppenabzug ablief. Schon zuvor hatte Iran einen Balanceakt geübt und Kontakte sowohl zur Regierung in Kabul als auch zu den Taliban unterhalten. Wie andere Nachbarländer fürchtet Iran um die Sicherheit an der Grenze, auch mit Blick auf potenzielle separatistische Bestrebungen unter sunnitischen Minderheiten. Hinzu kommen weitere iranische Interessen: die Sicherheit der schiitischen afghanischen Bevölkerungsgruppe der Hazara; Schutz vor dem afghanischen Ableger der Terrorgruppe „Islamischer Staat“; die Bändigung des Drogenschmuggels aus Afghanistan sowie des Zustroms von Flüchtlingen, die auch Iran in Millionenzahl herbergt; die Lösung grenzüberschreitender Wasserkonflikte.

**Hoffnung auf Stabilität** Das Regime in Teheran hofft daher auf Stabilität und Ruhe im Nachbarland. Diese sähe es wohl am ehesten verwirklicht, wenn die Taliban nicht allein die Macht in Händen hätten. Ähnlich positioniert sich das Regime in Tadschikistan. Machthaber Emomali Rahmon hat sogar offen gefordert, dass auch die tadschikische sowie weitere Bevölkerungsgruppen repräsentiert werden müssten. So offen wie in Tadschikistan wurde der Monopolisierung der Macht durch die Taliban bislang in keinem anderen Nachbarland Afghanistans widersprochen.

Christian Meier |

Der Autor ist Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

## Ende einer Ära

**STAATSAUFBAU** Beim »State and Nation Building« fehlt es oft an Strategie, verlässlichen Partnern und Geduld

US-Präsident Joe Biden hat mit dem Abzug aus Afghanistan nicht nur einen unpopulären Krieg beendet, sondern nach eigenem Bekunden gleich eine ganze Ära abgeschlossen. Die Epoche des großformatigen „Nation Building“ sei für die USA angesichts der bescheidenen und häufig enttäuschenden Ergebnisse vorbei. Stattdessen werde sich seine Regierung nunmehr dem „Nation Building“ in den USA widmen. Ohne die Intentionen des US-Präsidenten genau zu kennen, ist es wahrscheinlich, dass er eigentlich das Ende des „State and Nation Building“ ankündigt wollte, bei dem es im engeren Sinne um den Aufbau staatlicher Institutionen in anderen Ländern geht, häufig nach dem Vorbild westlicher Demokratien und basierend auf deren normativen Prinzipien wie beispielsweise Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Unter „Nation Building“ wird eher der damit häufig verbundene Prozess einer politischen Entwicklung verstanden, der aus locker oder auch strittig verbundenen Gemeinschaften eine gemeinsame Gesellschaft mit einem entsprechenden Staat entwickelt.

**Eindeutige Botschaft** Aber abgekoppelt von den changierenden Begriffen ist die Botschaft des amerikanischen Präsidenten

eindeutig: Amerika beziehungsweise der Westen sei in den vergangenen Jahrzehnten unter verschiedenen Umständen mit dem Versuch gescheitert, ein Land zu einer liberalen Demokratie umzubauen, so zum Beispiel im Irak, in Afghanistan oder in Somalia. Auch wenn die europäischen Regierungen sich verhaltener äußern, teilen auch Politiker diesseits des Atlantiks die Einschätzung Bidens.

Trotz vieler Unterschiede im Detail lassen sich vier Probleme identifizieren, die allen militärischen Einsätzen zum „State and Nation Building“ gemein sind und dauerhafte Erfolge erschwert beziehungsweise verhindert haben:

Da diese Operationen in der Regel durch eine multinationale Koalition durchgeführt werden, ist erstens auf der Seite der Interventionsländer nicht nur eine große Akteursvielfalt, sondern vor allem eine große Bandbreite von Zielen anzutreffen, sich an derartigen Militäreinsätzen zu beteiligen. So nahmen manche Länder an der Afghanistan-Mission der Nato vor allem teil, um ihre Solidarität mit den USA nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auszudrücken. Manche setzten ihren Schwerpunkt auf die Bekämpfung dschihadistischer Gruppen. Wieder andere sahen



Konkreter Staatsaufbau: Ein Schild weist auf eine mit deutscher Hilfe errichtete Straße in Kundus hin.

ihre Aufgabe vornehmlich im Aufbau staatlicher Institutionen. So war es schwer, eine Gesamtstrategie zu entwickeln, um das Handeln aller nationalen Kontingente kohärent auszurichten. Eine solche Strategie hätte es erlaubt, Fortschritte bei der Mission zu messen sowie einen Abzug der internationalen Gemeinschaft vorzubereiten. Zweitens verfügen westliche Regierungen selten über politische Partner im Land,

die für Einfluss in ihrem Sinne offen sind. Häufig handelt es sich um Regierungen, deren Legitimation fraglich ist, die nur einen Teil der Bevölkerung repräsentieren und lediglich in begrenztem Umfang staatliche Dienstleistungen anbieten. Zudem erschweren sie es, das internationale Engagement zu beenden. Die Aufrechterhaltung des Status quo bietet ihnen die Möglichkeit, weitere Unterstützung durch

die internationale Gemeinschaft zu erhalten. So widersetzte sich auch die Regierung von Präsident Ghani amerikanischen Bemühungen um eine Regierungsbeteiligung der Taliban, da sie glaubte, aufgrund ihrer Wahl 2019 über ausreichend internationale diplomatische Anerkennung und nicht endende politische wie finanzielle Unterstützung des Westens zu verfügen.

**Schwache Hebel** Drittens besitzen die intervenierenden Staaten nur schwache Hebel auf die Akteure im Land und noch schwächere auf regionale Anrainer. Zwar ist in solchen Kontexten häufig von Konditionalität die Rede, Fortschrittsberichte und Erfolgskriterien suggerieren bürokratische Effizienz. Aber politische Erfolgsvorgaben machen diese zumeist zu einem stumpfen Schwert. Dass zum Beispiel die afghanischen Streitkräfte nur bedingt selbstständig einsatzbereit gewesen sind und die Nato weit von einem erfolgreichen Abschluss der Mission entfernt war, afghanische Sicherheitskräfte aufzubauen, die auf dem gesamten Territorium Afghanistans für Sicherheit sorgen könnten, war kein Geheimnis. Aber Sanktionen gegen die afghanische Regierung und eine akti-

vere Vermischung hätten den Anschein lokaler „ownership“ zerstört und den Einsatz kariert, der aus politischen Gründen erfolgreich zu enden hatte.

Viertens verfügen Demokratien nicht über die ausreichende Geduld, einen solchen Einsatz zeitlich und materiell unbegrenzt fortzuführen. Wechselnde außenpolitische Schwerpunkte verhindern häufig eine kontinuierliche Priorisierung. Die notwendige politische Zustimmung erodiert. Dies ist einer der Gründe, warum sich zahlreiche westliche Staaten bereits vor Jahren aus der Afghanistan-Mission zurückgezogen haben. Nach dem Fall Kabuls und der Machtübernahme der Taliban werden aller Voraussicht nach weder die Nato noch die EU bereit sein, vergleichbare Einsätze zukünftig zu schultern.

Markus Kaim |

Der Autor leitet die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





# Abzug mit Folgen

**USA** Den chaotischen Rückzug der Truppen aus Afghanistan versuchen Präsident Bidens Gegner nun für sich zu nutzen. Er könnte auch ein parlamentarisches Nachspiel haben

W er vor zwei Monaten prophezeit hätte, dass Joe Biden bald mit einem Mann über Sicherheitsfragen und Anti-Terror-Maßnahmen verhandeln muss, für dessen Ergreifung die amerikanische Bundespolizei FBI zehn Millionen Dollar Kopfgeld ausgelobt hat, der wäre vermutlich für verrückt erklärt worden. Seit Amerika auf Bidens einsames Geheiß Afghanistan von heute auf morgen den Taliban überlassen hat, ist der bizarre Fall Wirklichkeit geworden. Mit Siradschuddin Hakkani haben die Radikalislamisten den Chef des blutrünstigen und hochkriminellen Hakkani-Netzwerks zum Innenminister gemacht. Die Gruppe, der enge Verbindungen zum pakistanischen Militärgeschehen ISI nachgesagt werden, war in den vergangenen Jahren für Dutzende Anschläge mit Hunderten von Toten in Afghanistan verantwortlich und pflegt immer noch Kontakte zur Terrorgruppe Al-Qaida. Und das ist ein Problem. Biden hatte seine weltweit auf Kritik gestoßene Entscheidung für den Holter-die-Polter-Abzug der restlichen 2.500 US-Soldaten bis Ende August mit der Zusage an das amerikanische Wahlvolk verbunden, von Afghanistan werde nie wieder eine Terrorbedrohung für das US-Festland ausgehen. Wie der Präsident dieses Versprechen halten will, erscheint ausgerechnet 20 Jahre nach den in Afghanistan „geborenen“ Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington

rätselhaft. Aber an Gesprächen mit Hakkani und dem Rest der Taliban-Übergangsregierung, so Experten in Washingtoner Denkfabriken, „führt mit hoher Wahrscheinlichkeit nichts vorbei“. Ersten US-Geheimdienstberichten zufolge hat die Rückeroberung des Landes durch die Taliban Magnetwirkung bei Gotteskriegerern aller Schattierungen hinterlassen. Tausende sollen in den vergangenen Wochen nach Afghanistan gekommen sein oder sich auf den Weg dorthin machen. Was sie dort tun, wird sich nach dem Abgang der US-Truppen und nachgeordneter Spionageringe der Beurteilung der Vereinigten Staaten weitgehend entziehen, sagte bereits vor Wochen der neue CIA-Chef William Burns. Mike Morell, in den Obama-Jahren die Nummer zwei im Auslandsgeheimdienst, ist überzeugt davon, dass die Taliban Al-Qaida abermals „Asyl“ gewähren werden, damit die Terrorgruppe, die in Konkurrenz zu anderen Gruppen wie dem Islamischen Staat steht, wieder erstarben kann, um den Westen und damit die Vereinigten Staaten erneut anzugreifen.

**Erheblicher Schaden** An diesen Befund, der in Militär und Sicherheitsapparat weitgehend Konsens findet, knüpft sich die These an, dass die Art und Weise wie Biden den Afghanistan-Krieg beenden ließ, mittel- und langfristig erheblichen Schaden auslösen könnte. Tenor: Eigenter mit Zeitverzögerung. Ehemalige US-Militärs und Veteranenverbände versteifen sich darauf, dass der Abzug, der durch die chaotischen

Szenen am Kabuler Flughafen in die Geschichtsbücher einziehen wird, und der damit verbundene Turbo-Kollaps der weithin ungeliebten Regierung von Ex-Präsident Ashraf Ghani vermeidbar gewesen wäre. So meint der frühere US-Oberbefehlshaber General David Petraeus, ein Kontingent von 3.000 US-Soldaten und der intensive Einsatz von Drohnen hätten den afghanischen Truppen den Rücken stärken und die Einnahme Kabuls verhindern können. Andere, dazu zählt Donald Trumps ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater H.R. McMaster, sind der Überzeugung, dass sich Amerika in Afghanistan – ähnlich wie in Korea – ein Kontingent von Soldaten auf



Verteidigt den Abzug gegen Kritik: US-Präsident Joe Biden im Weißen Haus

unbegrenzte Zeit hätte leisten müssen, um dauerhaft für Stabilität zu sorgen. Unter den prominenten Generälen des Afghanistan-Einsatzes hält vor allem der frühere Generalstabschef Mike Mullen dagegen.

**Fehleinschätzung** Unter den Präsidenten Bush und Obama war er ein Verfechter des „Nation Building“-Konzepts, das Biden gerade rückstandslos als großen Irrtum bezeichnet hat. Heute sagt Mullen: „Wir hätten unsere Soldaten vor zehn Jahren abziehen sollen, kurz nachdem Osama Bin Laden 2011 getötet wurde. Joe Biden hat die richtige Entscheidung getroffen.“ Hat er? Die Art und Weise des Abzugs wird von vielen Amerikanern als Demütigung empfunden. Biden habe sich dem Diktat der Taliban untergeordnet, heißt es allenthalben. Es ist absehbar, dass der verunglückte Abzug samt den blutigen Begleiterscheinungen der Evakuierungsaktion in Kabul ein parlamentarisches Nachspiel haben wird. Im Repräsentantenhaus wie im Senat wurden überparteilich Stimmen laut, die mehrere Kernfragen erläutern wollen: Wie kam es zu der kolossalen Fehleinschätzung über die angeblich hervorragende Verteidigungsbereitschaft der mit Milliarden-Aufwand vom Westen ausgebildeten afghanischen Armee? Warum hat Biden den Rat höchster Militärs nicht befolgt, die nachhaltig vor einem Hauruck-Abgang gewarnt hatten? Warum wurden die Ausreisemodalitäten und Visa für gefährdete Helfer, die seit 2001 den USA dienen, nicht viel früher geklärt? Gesondertes Interesse besteht an der künftigen Strategie des Weißen Hau-

ses im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Anstatt „boots on the ground“ werde Amerika künftig den hoch umstrittenen Einsatz von Drohnen ausweiten, um in Afghanistan und andernorts den jeweiligen dschihadistischen Bewegungen einflussreiche Köpfe zu nehmen, erwarten Experten. Weil aus den Jahren unter Obama hohe zivile Opferzahlen überliefert sind, gilt die Methode jedoch als riskant und kontraproduktiv. Die oppositionellen Republikaner, informell immer noch von Donald Trump dirigiert, unternehmen unterdessen alles, um Biden 14 Monate vor den strategisch wichtigen Zwischenwahlen im Kongress als Verlierer abzustempeln, der es den Taliban gestattet, Amerika nach 20 Jahren Präsenz am Hindukusch eine Fußtritt zu versetzen. Dass Trump den Deal mit den Taliban eingefädelt hatte, wird bewusst ausgeblendet. Dabei täuscht der Versuch, Biden als impulsives Irrlicht und amtsunfähig darzustellen: Der Präsident forderte seit zwölf Jahren kontinuierlich „Raus aus Afghanistan“. Als Vize unter Obama wurde er mit diesem Ansinnen abgeschmettert. Als Präsidentschaftskandidat 2019 erklärte er die Beendigung des längsten US-Krieges für das dominierende außenpolitische Ziel. Umfragen unterstützen gleichwohl vorläufig die These, dass die Art

und Weise, in der Biden den Abzug handhaben ließ, dem 78-jährigen einen nennenswerten Ansehensverlust eingebracht hat. Rückgänge von zehn Prozentpunkten bei der Zufriedenheit mit dem Präsidenten in wenigen Wochen sind heikel – auch, weil die Zustimmung zur Bewältigung von Corona-Pandemie und Flüchtlingskrise an der Grenze zu Mexiko abnimmt.

Biden auf der Verliererstraße zu verorten, erscheint trotzdem zu früh. Bleiben Terroranschläge gegen den Westen aus und zivilisatorische Ererbschaften in Afghanistan erhalten, etwa der Schulbesuch für afghanische Mädchen, könnte sich der Unmut nach Einschätzungen von Demoskopern wieder legen. Denn Bidens Kernargument – „Es geht darum, eine Ära großer Militäroperationen zur Umgestaltung anderer Länder zu beenden“ – ist parteiübergreifend immer noch mehrheitsfähig in einem Land, das nach den teuren Interventionskriegen in Afghanistan und Irak kriegsmüde ist.

Womit so gut wie feststeht: Wenn nicht unmittelbar eigene Interessen tangiert sind, werden sich die USA auf lange Sicht nicht mehr in militärische Abenteuer mit ungewissem Ausgang stürzen. **Dirk Hautkapp** ■

Der Autor ist Korrespondent der Funke-Mediengruppe in Washington.

## Kopf-an-Kopf-Rennen im tschechischen Wahlkampf

**PARLAMENTSWAHL** Umfragen sehen Piratenpartei und ein konservatives Parteienbündnis gleichauf. ANO-Bewegung von Premier Andrej Babis mit Vorsprung

Es ist ein Kopf-an-Kopf-Rennen der stärksten politischen Kräfte, das sich in Tschechien vor der Parlamentswahl am 8. und 9. Oktober abzeichnet: Während Premierminister Andrej Babis mit seiner populistischen Bewegung ANO eine zweite Amtszeit anstrebt und nach jüngsten Meinungsumfragen auch erreichen könnte, stellen einige seiner größten Rivalen gemeinsame Kandidatenlisten auf, um so ihre Chance auf einen Wahlsieg zu erhöhen. In Umfragen lag lange Zeit die liberal-konservative Wahlkoalition aus Piratenpartei und der Partei der Bürgermeister (STAN) vorn. Als aussichtsreich gilt ebenfalls der Zusammenschluss der drei größten konservativen Parteien: ODS, TOP 09 und KDU-CSL. Die Sozialdemokraten, der Juniorpartner in der bisherigen Regierung, bangen hingegen um den Wiedereinzug ins Parlament, ebenso die Kommunistische Partei. „Das Hauptziel der Oppositionsparteien ist es, Andrej Babis zu stürzen“, sagt der Politologe Petr Just von der Prager Karls-Uni-

versität. Dass sich mehrere Parteien zusammenschließen, um einen Regierungschef abzusetzen, hat es in der Geschichte des Landes noch nicht gegeben. Die Opposition wirft dem Premierminister unter anderem Versagen in der Corona-Pandemie vor. Tschechien zählt europaweit zu den Ländern mit den meisten Todesopfern. Es geht aber auch um den Interessenkonflikt, in dem sich Babis auch nach Auffassung der EU-Kommission befindet: Der von ihm aufgebaute Konzern Agrofert zählt wegen seines starken Engagements im Bereich von Lebensmitteln und Landwirtschaft zu den größten privaten Empfängern von EU-Subventionen in der gesamten Union. Babis bestreitet einen Interessenkonflikt, weil er tschechischen Gesetzen folgend den Konzern an einen Treuhandfonds übergeben habe. Die tschechische Parteienlandschaft ist stark zersplittert. Derzeit teilen sich neun Parteien die 200 Sitze im Abgeordnetenhaus. Bei der bevorstehenden Wahl liegen viele von ihnen nach Meinungsumfragen nahe an der Fünf-Prozent-Hürde. Dass die

Sozialdemokraten und die Kommunisten ihr historisch schlechtestes Ergebnis erzielen könnten, liegt nach Auffassung von Politologen an Babis, dessen ANO-Bewegung zuletzt klassisch linke Themen besetzt hat und damit die Wähler der traditionellen Parteien an sich bindet. „Bei der ersten Wahl 2013 bekamen sie Stimmen aus dem konservativen Lager, 2017 dann vor allem von links. Im EU-Parlament gehören sie zwar zur liberalen Fraktion Renew Europe, aber das ist eine rein pragmatische Überlegung. ANO bekennt sich zu keiner Ideologie“, so Politologe Just. An Protestwähler, die in Tschechien eine große Rolle spielen, richten sich vor allem zwei Parteien: die rechtsnationale Gruppierung „Freiheit und direkte Demokratie“, die bei der zurückliegenden Wahl auf mehr als zehn Prozent kam, und die Bewegung „Prisaha“ („Schwur“), die der frühere Elitopolizist Robert Slachta gegründet und als Anti-Korruptions-Bewegung positioniert hat. Amtsinhaber Babis kann nach derzeitigen Meinungsumfragen vor allem auf die Stim-



Regierungschef Andrej Babis bei der Vorstellung der Wahlkampagne der von ihm geführten ANO-Bewegung.

men von Rentnern hoffen. Er wirbt mit dem Verweis auf die zuletzt gestiegenen Durchschnittslöhne und Renten sowie auf die gute Wirtschaftslage in Tschechien. Tatsächlich hat das Land die niedrigste Arbeitslosigkeit in der EU. Die Piratenpartei, deren 41-jähriger Vorsitzender Ivan Bartos

als aussichtsreicher Gegenkandidat für das Amt des Premierministers gilt, wirbt mit Blick auf den 67-jährigen Regierungschef Babis und den 76-jährigen Staatspräsidenten Milos Zeman mit einer jüngeren Politik. „Geben wir unserem Land die Zukunft zurück“, lautet der zentrale Slogan der Pi-

raten, die bei der letzten Wahl mit fast elf Prozent erstmals ins Parlament einziehen konnten.

**Schwierige Verhandlungen** Die konservative Liste wird angeführt durch den Vorsitzenden der in Tschechien lange maßgeblichen Bürgerdemokratischen Partei ODS, Petr Fiala. Der Professor für Politikwissenschaften hat es geschafft, die von Skandalen gebeutelte Partei personell zu erneuern und eine Einigung mit den kleineren konservativen Parteien – Top 09 und KDU-CSL – zu erzielen. Bei der Wahl treten sie nun mit dem Versprechen an, sich nur gemeinsam an einer Regierung zu beteiligen oder aber gemeinsam in die Opposition zu gehen. Als Parteien bleiben sie allerdings eigenständig: Im Abgeordnetenhaus wollen sie jeweils eigene Fraktionen bilden. Beobachter erwarten nach der Wahl schwierige Koalitionsverhandlungen. Präsident Milos Zeman, der nach der tschechischen Verfassung unabhängig vom Wahlergebnis den Auftrag zu einer Regierungsbildung vergeben kann, hat bereits seine Unterstützung für Andrej Babis durchblicken lassen. **Kilian Kirchgöner** ■

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Tschechien.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





In zwei Wochen wird Deutschland gewählt haben, und die Prognosen, Hochrechnungen und Ergebnisse werden feststehen. Fraglich dürfte aber sein, ob dann klar ist, wer Deutschland künftig regieren wird. Denn aktuelle Umfragen und Debatten versprechen spannende Sondierungen und Verhandlungen. Der demoskopische Höhenflug der SPD und der Absturz der Union lassen Raum für politische Farbenspiele.

Das zeigte sich vergangene Woche auch im Bundestag. Das Hohe Haus trat vor der Wahl noch einmal zusammen, um die heiße Phase des Wahlkampfes ins Plenum zu tragen – mit entsprechenden politischen Schwergewichten am Pult. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die Kanzlerkandidaten Armin Laschet (CDU), Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) sowie die Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel (AfD), Christian Lindner (FDP) und Dietmar Bartsch (Die Linke) eröffneten die Debatte unter dem Titel „Situation in Deutschland“.

Inhaltlich gab es wenig Überraschendes. Von Seiten der Opposition gab es heftige Kritik an der Bundesregierung. Weidel bilanzierte Merkels letzte Amtszeit als „Periode des beschleunigten Abstiegs“. Deutschland sei ein „Sanierungsfall“ und das „Versagen in der Asyl- und Migrationspolitik“ werde als „größte Fehlleistung“ Merkels in die Geschichtsbücher eingehen.

FDP-Fraktionschef Christian Lindner zollte der Kanzlerin zwar Respekt für ihren Dienst am Land. Allerdings hinterlasse sie das Land nicht in einer Verfassung, „die unseren Ansprüchen genügt“. Kontinuität wäre daher das größte Risiko. „So wie es ist, darf es nicht bleiben“, sagte Lindner. Bartsch ging ebenfalls hart mit Merkel ins Gericht: „Das Land ist heute sozial, kulturell, politisch tiefer gespalten als zu Beginn Ihrer Kanzlerschaft. Sie hinterlassen ein Land im Krisenzustand.“ Ein Regierungswechsel sei dringend geboten.

Baerbock kritisierte, die große Koalition habe die guten finanziellen Rahmenbedingungen der vergangenen acht Jahre nicht genutzt. „Sie haben es auf gut Deutsch vermasselt, den Weg zur Klimaneutralität endlich zu beschreiten“, sagte Baerbock. Nun sei es an der Zeit, endlich Veränderungen anzugehen.

Merkel stellte es naturgemäß anders dar. Sie lobte die Erfolge der Koalition beim Klimaschutz – Stichworte: CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Klimaschutzgesetz – sowie bei der Digitalisierung. Auch bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse – zwischen Ost und West sowie zwischen Stadt und Land – bilanzierte sie Fortschritte. Laschet zog ebenfalls ein positives Resümee – und zwar gleich der ganzen Amtszeit der Bundeskanzlerin. Zuletzt habe man 16 gute Jahre für Deutschland erlebt, sagte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, der auf der Bundesratsbank im Plenum Platz genommen hatte.

Vize-Kanzler Olaf Scholz lobte die Zusammenarbeit der Regierung in der Corona-Krise, ging aber – wie auch Laschet – vor allem daraus ein, was er als Kanzler erreichen wollen würde. „Ein Aufbruch ist möglich“, sagte Scholz.

**Bekennnis gefordert** Nur mit wem er den Aufbruch angehen würde, sagte Scholz zum Unmut der Union – aber auch der Linken – nicht. Außenpolitisch betonte der Sozialdemokrat allerdings – in Abgrenzung zu den Linken – die Notwendigkeit „eines starken, souveränen Europas“, der transatlantischen Zusammenarbeit und der Nato. Auch Auslandseinsätze der Bundeswehr werde es weiter geben, so Scholz. Laschet genügt das nicht: Die Bürger hätten ein Recht darauf, zu erfahren, ob Scholz mit der Linken, die unter anderem

# Wer mit wem

**RECHENSPIELE** Die Union macht gegen Rot-Rot-Grün mobil, die Linke wirbt intensiv darum. FDP-Chef Lindner zieht historische Vergleiche



Keine kalten Füße: Mut zum politischen Farbenmix ist nach der Wahl am 26. September gefragt.

© picture-alliance/Winfried Rothermel

aus der Nato austreten und den Verfassungsschutz auflösen wolle, ein Bündnis eingehen wolle. „Es ist nicht so schwer, Nein zu sagen“, sagte der Christdemokrat. Er könne jedenfalls eine Koalition mit der Linken ausschließen, was sowohl bei der Unions- als auch Links-Fraktion auf Zustimmung stieß. „Wir werden alles tun, dass es nicht zu einem rot-rot-grünen Bündnis in Deutschland kommt. Das können wir Ihnen versprechen“, schloss Laschet.

Auch die Bundeskanzlerin stellte sich klar gegen Rot-Rot-Grün: „Es ist nicht egal, wer dieses Land regiert.“ Die Wahl in diesen schwierigen Zeiten sei eine „Richtungsentscheidung“. Es gehe nicht nur um Nato und Außenpolitik, sondern auch um wirtschafts- und steuerpolitische Fragen. „Der beste Weg für unser Land ist eine CDU/

CSU-geführte Bundesregierung mit Armin Laschet als Bundeskanzler“, sagte Merkel. Linken-Fraktionsvorsitzender Bartsch warb hingegen offensiv für ein rot-rot-grünes Bündnis als Alternative zur ebenfalls im Raum stehenden Ampel aus SPD, Grünen und FDP. Das Land brauche einen Politikwechsel, eine „soziale Regierung“. „Es ist besser, gut mit der Linken zu regieren, als falsch mit Lindner zu regieren“, sagte Bartsch in Anlehnung an einen viel zitierten Satz des FDP-Vorsitzenden.

**Totentanz** Auch der Linken-Abgeordnete Jan-Korte forderte SPD und Grüne auf, zu sagen, mit wem sie ihre Ziele umsetzen wollten. „Das können Sie doch nicht allen Ernstes mit Christian Lindner und den neoliberalen Hardcorefreunden oder mit der runtergerockten CDU/CSU

machen“, meinte Korte. Die Warnungen vor Rot-Rot-Grün seitens der Union – „ein Totentanz der politisch Untoten, der hier stattfindet, mit roten Socken und so“ – gefalle ihm, sagte er in Richtung Unions-Fraktionschef Ralph Brinkhaus. „Das zwingt SPD und Grüne immerhin, sich zu bekennen, mit wem man dieses Land fort-schrittlich und gerecht gestalten kann.“ FDP-Chef Lindner zeigte sich gegenüber der SPD distanzierter. Er befand, man könne Scholz eine „gewisse Siegesgewissheit“ nicht absprechen. Allerdings müsse man auch Wahlen gewinnen und nicht nur Umfragen. Zudem machte der mögliche Königsmacher eine bedeutungsschwangere historische Andeutung zur möglichen Rolle seiner Partei: „1976 hat Helmut Kohl sogar die Erfahrung machen müssen, dass man Wahlen gewinnen kann und danach trotzdem keine Koalition hat.“ Damals hatte sich die FDP entschieden, ihre Koalition mit der SPD fortzusetzen und Kohl blieb nur die Opposition.

Sören Christian Reimer

**»Ein Totentanz der politisch Untoten, der hier stattfindet, mit roten Socken und so.«**

Jan Korte  
(Die Linke)

## Koalition gegen Afghanistan-Debatte

**OHNE MEHRHEIT** Grüne fordern Löschmoratorium, FDP will EU-Sondergipfel

Der Bundestag hat zu Beginn der Plenarsitzung vergangene Woche Anträge der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Tagesordnung abgelehnt. Die beiden Fraktionen hatten beantragt, am gleichen Tag eine einstündige Afghanistan-Debatte auf die Tagesordnung zu setzen. Grundlage sollten der Antrag der FDP-Fraktion mit dem Titel „EU-Sondergipfel für eine gemeinsame europäische Afghanistanpolitik einberufen“ (19/32313) und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Löschstopp jetzt – Alle Dateien, Akten und Datenträger mit Bezug zu Afghanistan müssen gesichert werden“ (19/32308) sein. Die Oppositionsfraktionen stimmten geschlossen für die Geschäftsordnungsanträge, die Koalitionsmehrheit lehnte sie ab.

**Aufarbeitung gefordert** In der Aussprache unterstrich die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Britta Haßelmann, es gebe ausreichend Gründe, um darüber zu debattieren, wie es in Afghanistan weitergeht und wie die „Aufarbeitung dieses Desasters“ stattdessen stattfinden. Haßelmann verwies auf den Antrag ihrer Fraktion, in dem ein „Löschstopp“ aller Daten, Akten und Datenträger mit Bezug zu Afghanistan gefordert wird. Eine Aussprache im Rah-

men der vorgesehenen Debatte zur Situation in Deutschland reiche nicht aus. Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Alexander Graf Lambsdorff sagte, Union und SPD hätten Angst vor einer Afghanistan-Debatte und wollten diese verhindern. Der Regierung sei es nicht gelungen, die Mehrheit der afghanischen Ortskräfte der Bundeswehr außer Landes zu bringen. Es müsse debattiert werden, weshalb die Bundesregierung Warnungen nicht beachtet habe.

Dagegen hielt der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Fraktion, Michael Grosse-Brömer, die Geschäftsordnungsanträge für unbegründet. Erst am 25. August habe der Bundestag 90 Minuten lang über Afghanistan debattiert. Die Opposition habe in der dreistündigen Deutschland-Debatte (siehe Text oben) ausreichend Gelegenheit, alles anzusprechen. „Wir brauchen kein Löschmoratorium“, sagte Grosse-Brömer, denn es gebe in der Bundesregierung klare Regeln für den Umgang mit Akten. Unterstützung erhielten FDP und Grüne vom Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Bernd Baumann. Baumann bezeichnete den Bundeswehrein-satz in Afghanistan als „größtes militärisches und außenpolitisches Versagen“ in

der Geschichte der Bundesrepublik. Nie zuvor hätten Minister so fundamental versagt: „Wir werden von Dilettanten und Scheidern regiert.“ Die Gründe für das Scheitern müssten umfassend aufgearbeitet werden:

**Enquete-Kommission** Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Nils Schmid, bot der Opposition an, in der nächsten Wahlperiode über die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Thema und über weitere Schritte zur Aufarbeitung zu reden. Was die Löschstopp-Forderungen angehe, seien die Rechtsgrundlagen für die Aktenführung in Bundesbehörden klar. Er gehe davon aus, dass sich die Bundesregierung an geltendes Recht hält. Auch der von der FDP geforderte EU-Sondergipfel würde keine neuen Erkenntnisse bringen.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Linken-Fraktion, Jan Korte, warf der Koalition vor, sich einen „schlanken Fuß“ zu machen. Immerhin habe das Verteidigungsministerium im Gegensatz zum Auswärtigen Amt ein Löschmoratorium erlassen. Die Linke unterstütze die Anträge von FDP und Grünen. Zu fragen sei, was das „Desaster“ in Afghanistan für laufende Bundeswehrein-sätze wie in Mali bedeute, sagte Korte.

vom

## Hilfsgelder für den Wiederaufbau

**FLUTHILFE** Sondervermögen mit 30 Milliarden Euro

Die Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfe 2021“ zur Bewältigung der durch das Juli-Hochwasser insbesondere in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen entstandenen Schäden trifft bei allen Fraktionen auf Zustimmung. 30 Milliarden Euro stellen Bund und Länder zum Wiederaufbau zur Verfügung. Der Bund geht dabei in Vorleistung – wie schon bei der Bewältigung der Flutfolgen im Jahre 2013. Die Länder stottern ihren Anteil ab, indem sie bis zum Jahr 2050 Anteile am Umsatzsteueraufkommen an den Bund abtreten.

Angesichts der breiten Zustimmung folgerichtig stimmten alle Fraktionen – bei Enthaltung der AfD – in dritter Lesung für den von Union und SPD vorgelegten Gesetzentwurf (19/32039, 19/32275). Von Harmonie und Eintracht war jedoch bei der voraussichtlich letzten Bundestagsdebatte der 19. Wahlperiode vergangenen Dienstag nichts zu spüren. Grund dafür: Die Koalition

hatte dem Gesetzentwurf zur Fluthilfe einige Änderungen des Infektionsschutzgesetzes beigelegt, die der Opposition gar nicht schmecken. Auf Antrag von AfD, FDP, Linken und Grünen wurde dann auch die Abstimmung in zweiter Lesung aufgedrösel-t: Dem Gesetzesteil zur Fluthilfe stimmten alle Fraktionen zu. Die Änderungen des Infektionsschutzgesetzes lehnte die Opposi-tion geschlossen ab.

**Verantwortung** Mit Rüdiger Lucassen (AfD) und Markus Herbrand (FDP) äußerten sich zwei persönlich von der Flut betroffene Parlamentarier während der Debatte. Die Schäden in seinem Heimatort Gemünd seien „apokalyptisch“, sagte Herbrand. Dass es nun Unterstützung von Bund und Ländern gebe, sei zu begrüßen. Besser wäre es gewesen, früher eine Bundestags-Sondersitzung einzuberufen, wie von der FDP gefordert.

Lucassen, wohnhaft in der Altstadt von Bad Münster-eifel, direkt an der Erft, sagte, die Opfer der Flut hätten einen Anspruch auf die Beantwortung der Frage nach der Verantwortung. In Nordrhein-Westfalen habe die Flut ein Staatsversagen offengelegt. Warnungen seien ignoriert, Sirenen nicht aktiviert worden. Zu kritisieren sei aber auch der „okkulte Reflex der Politik“, dieses Versagen auf den Klimawandel zu schieben, befand Lucassen.

Für Andreas Jung (CDU) liegt der Zusammenhang klar auf der Hand. „Es gibt einen menschengemachten Klimawandel, der zu einer Häufung von Extremereignissen führt“, sagte er. Es brauche also mehr Tempo beim Klimaschutz. Dazu seien in dieser Legislaturperiode gesetzlich verbindliche Klimaziele festgeschrieben worden. Dementsprechend müsse aber auch gehandelt werden, forderte Oliver Krischer (Grüne). Im Klimaschutzgesetz sei für den Energiesektor für 2030 ein Emissionsbudget enthalten, „nach dem in Deutschland kein einziges Kohlekraftwerk mehr laufen darf“, sagte er. Sowohl Armin Laschet (CDU) als auch Olaf Scholz (SPD) – beide

Kanzlerkandidaten ihrer Parteien wollten aber am Kohleausstieg bis 2038 festhalten, kritisierte Krischer.

Gesine Löttsch (Linke) unterstützte ebenfalls die Aufbauhilfen. „Wir wollen vor der Wahl wissen, wer die Rechnung bezahlen soll“, fügte sie hinzu und kam auf der Vorhabung ihrer Fraktion zu sprechen, „die 119 deutschen Milliarden zur Kasse zu bitten“. Auf die Aussetzung der Insolvenzanztragspflicht wies Johannes Fechner (SPD) hin. Wer Hab und Gut verloren hat, solle sich nicht noch Sorgen um seinen Arbeitsplatz oder seinen Betrieb machen müssen.

Seine Fraktionskollegin Sabine Dittmar hatte zuvor – ebenso wie Stephan Stracke (CSU) – die Änderungen im Infektionsschutzgesetz verteidigt. Mitarbeiter in Kitas, Schulen und Pflegeheimen sind nun ihren Arbeitgebern auskunftspflichtig über den Impfstatus. Außerdem hat der Inzidenzwert als alleiniger Maßstab für die Verhän-

gung von Corona-Schutzmaßnahmen ausgedient. Kriterien, an denen die einzelnen Länder ihre Maßnahmen orientieren sollen, sind nun neben der Anzahl der Corona-Patienten in Krankenhäusern, eine nach Altersgruppen aufgeschlüsselte Sieben-Tage-Inzidenz, die verfügbaren Intensivbetten und die Entwicklung der Impfrate.

**Überstürzt** Kitas und Schulen mit einzubeziehen sei das Gebot der Stunde, befand Dittmar. Nur wenn der Impfstatus bekannt sei, könne der Infektionsschutz im Betrieb sowohl für Beschäftigte als auch für die Betreuenden optimal sichergestellt werden. Neu sei ein „Auskunftsrecht des Arbeitgebers“ nicht, befand CSU-Mann Stracke. Das Infektionsschutzgesetz sehe schon jetzt in Krankenhäusern, Rehaeinrichtungen und Arztpraxen die Möglichkeit vor, den Impfstatus von Beschäftigten abzufragen.

Aus Sicht von Gesine Löttsch will hingegen die Bundesregierung „völlig überstürzt“ die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern über den Haufen werfen. Arbeitsrecht und Datenschutz seien aber „nichts für schönes Wetter“, sagte die Linken-Abgeordnete. Gerade in Krisen müsse damit sorgfältig umgegangen werden.

Wolfgang Kubicki (FDP) sagte, die Regierung lasse im Dunkeln, wann und unter welchen Bedingungen der Ausnahmezustand beendet und die Normalität wiederhergestellt werde. „Nach unserer Auffassung lassen sich weitere massive Grundrechtseinschränkungen nicht mehr begründen“, befand er. Für Sven-Christian Kindler (Grüne) ist es ein „Uding“, dass Fluthilfe und Änderungen im Infektionsschutzgesetz verbunden wurden.

Detlev Spangenberg (AfD) bemängelte, in das zustimmungsfähige Fluthilfe-Gesetz seien „schikanöse, grundrechtsfeindliche Änderungen des Infektionsschutzgesetzes“ eingefügt worden. Es sei unläuter, auf diese Weise die Opposition zu zwingen, „Dinge anzunehmen, die sie gar nicht annehmen will“.

Götz Hausding

## Ganztagsanspruch kommt

**BILDUNG** Vermittlungsausschuss erzielt Einigung

Ab dem Schuljahr 2026/2027 haben Grundschüler einen gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Das beschlossen Bundestag und Bundesrat vergangene Woche, nachdem sie sich im Vermittlungsausschuss über noch strittige Finanzierungsfragen geeinigt hatten. Im Bundestag stimmten bei Enthaltung der AfD-Fraktion alle übrigen Fraktionen der Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses (19/32280) zum Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz) zu. Der Bundestag hatte den ursprünglichen Gesetzentwurf von Union und SPD (19/29764) am 11. Juni in geänderter Fassung (19/30512, 19/30529) beschlossen. Der Bundesrat hatte daraufhin am 25. Juni den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat angerufen (19/31286).

**Finanzierung** Die Länder hatten eine Reihe von Änderungen an dem Gesetz gefordert, die die Finanzierung des einzuführenden Anspruches auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern betreffen. Der Kompromiss sieht unter anderem vor, dass Finanzhilfen des Bundes auch für die Erhaltung bereits bestehender Betreuungsplätze und nicht nur für die Schaffung neuer Plätze gewährt werden. Außerdem beteiligt sich der

Bund mit einer Quote von bis zu 70 Prozent am Finanzierungsanteil der Investitionskosten und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, nur bis zu 50 Prozent. Neu vorgesehen sind zudem Evaluationen der Investitionskosten und Betriebskosten in den Jahren 2027 und 2030, nach denen Mehr- und Minderbelastungen der Länder angemessen ausgeglichen werden.

Kern des Gesetzes ist die Einführung eines bedarfsunabhängigen Anspruchs auf Förderung in einer Tageseinrichtung von mindestens acht Stunden. Dieser soll für jedes Kind ab der ersten Klassenstufe bis zum Beginn der fünften Klassenstufe gelten. Anspruchsberechtigt sind Kinder, die ab dem Schuljahr 2026/2027 die erste Klassenstufe besuchen. Der Anspruch soll dann schrittweise auf die folgenden Klassenstufen ausgeweitet werden, sodass ab dem Schuljahr 2029/2030 allen Schulkindern der ersten bis vierten Klassenstufe mindestens acht Stunden täglich Förderung in einer Tageseinrichtung zustehen.

vom

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
fazit-com@cover-services.de  
Telefon 089-8585 3832





**AUFGEKEHRT**

**Morgensonne am Hindukusch**

Mit Sorgen ist es wie mit Nudeln – man macht sich immer zu viele. Beispiel: Die Taliban. Der Schrecken des Hindukusch entpuppt sich als freundlicher Herr mit Bart in Schlappen. Wir haben den Krieg in Afghanistan verloren? Interpretationsache! Wir haben neue Freunde gewonnen, und nicht nur Kölner singen jetzt begeistert mit: „Echte Fründe ston zesamme“. Haben wir uns nicht auch vor der CSU immer gefürchtet? Raketen-Strauß, Fallbeil-Stoiber, Ego-Söder. Völlig zu Unrecht, denn die CSU ist, wie der aktuelle Wahlkampf zeigt, doch mehr Zwerghamster als Löwe, die darf man sogar streicheln, vorsichtig. Die Taliban sind auch nicht mehr wie früher. Gut, streicheln ist vielleicht verfrüht, aber die Wirtschaft! Die FDP hat schon vor Jahren die Chancen des Teppichhandels in Afghanistan erkundet. Dort liegt auch der Lapis rum wie bei uns die Kippen, was gleich noch den Absatzmarkt für Lastenräder der Grünen enorm erweitert. Die herrlichen Mohnfelder bieten unendlichen Nachschub für unsere Apotheken, die demnächst den staatlichen Drogenhandel organisieren. Die Schreihälse von Zalando könnten mit einem Mudschahidin-Look ganz neue Käuferschichten in Berlin-Neukölln ansprechen. Und warum den Chinesen die Seidenstraße überlassen? Siemens ist schon scharf auf die Elektrifizierung des Pandschirtals. Projektname: Tali-Bahn. Die religiösen Gräben sind auch weniger tief als befürchtet. Über ein kirchliches Kontaktprogramm könnten wir unsere prähistorischen Priester endlich an zeitgemäße Formen der Missionierung heranführen. Die Umwertung aller Werte ist kein Manko, sondern Beleg für eine situationselastische Politik. *Claus Peter Kosfeld*

**VOR 20 JAHREN...**

**Reaktion auf 9/11**

**12.9.2001: Nato vor erstem Verteidigungsfall.** Auch zwanzig Jahre danach wissen viele noch ganz genau, was sie am 11. September 2001 gemacht haben. Der Tag, an dem die von Islamisten gesteuerten Flugzeuge ins World Trade Center und das Pentagon krachten, war nicht nur ein trauriger, er war auch historischer Tag: eine Zäsur in der globalen Sicherheitspolitik. Entsprechend fielen



NATO-Generalsekretär George Robertson erklärt in Brüssel den Bündnisfall.

die Reaktionen aus, zum Beispiel bei der Nato. Bereits am 12. September betrachtete sie die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten von Amerika als Angriff auf das gesamte Bündnis – sofern sie im Ausland eingeleitet worden waren. Es wäre der erste kollektive Verteidigungsfall seit Bestehen des Militärbündnisses. Am 2. Oktober erklärte die Nato offiziell den Bündnisfall. „Alle Spuren weisen auf El Kaida“, erklärte Nato-Generalsekretär George Robertson. Das Terrornetzwerk wurde damals von Osama bin Laden von Afghanistan aus geleitet. Damit sei erwiesen, dass die Anschläge von außen gesteuert wurden, so Robertson. „Artikel fünf ist jetzt voll in Kraft.“ Dieser verpflichtet alle Nato-Staaten zum Beistand für ein angegriffenes Land. Deutschland hatte den Vereinigten Staaten schon kurz nach den Anschlägen seine Unterstützung zugesagt, jedoch noch nicht erklärt, wie diese aussehen wird. „Über Inhalt und Ausmaß eines möglichen deutschen Beistandsbeitrags“ werde man noch zu entscheiden haben, erklärte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD). Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) ergänzte: „Wir stehen nicht vor einem Krieg, wir stehen vor der Frage, was ist eine angemessene Antwort.“ *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: DER WALD DER ERINNERUNG**



Im Wald der Erinnerung bei Potsdam gedenken Namensstelen (rechts) und die wiedererrichteten Ehrenhaine an die im Zuge des Auslandseinsatzes gestorbenen Soldaten. Der Gedenkstein aus Camp Marmal im Afghanistan (oben) wurde bereits Ende Mai nach Potsdam überführt. *© Bundeswehr/Bienert/Sorge/Tessensohn*

**Wenn ein Kamerad sein Leben verliert**

Nicht jeder Soldat kehrt lebend aus dem Auslandseinsatz zurück. Allein die Mission der Bundeswehr in Afghanistan kostete 59 Soldaten das Leben. Ihnen und allen bisher im Auslandseinsatz zu Tode gekommenen Soldaten ist der Wald der Erinnerung auf dem Gelände des Einsatzführungskommandos bei Potsdam gewidmet. Entlang eines ansteigenden Weges, der die Beschwerlichkeiten des Auslandseinsatzes verdeutlichen soll, stellen sich den Besuchern gleich zu Beginn der Gedenkstätte acht Stelen mit Namensbändern in den Weg, die an die verstorbenen Soldaten im Auslandseinsatz erinnern; 115 sind es heute. „Wir verzichten bei den Namensstelen bewusst auf Unterscheidungen wie Dienstgrade, um zu zeigen, dass hinter jeder Uniform ein Mensch steckt“, sagt Stabsfeldwebel Michael Eichstaedt, der selbst fünf Auslandseinsätze hinter sich hat und regelmäßig Besucher durch den Wald der Erinnerung führt.

Im Fokus der Gedenkstätte steht das persönliche Gedenken. Hinterbliebene und Soldaten wirkten maßgeblich an der Konzeption der Stätte mit. Seit seiner Einweihung im November 2014 zählt der Wald der Erinnerung jährlich bis zu 11.000 Besucher. Neben ehemaligen Kameraden, Hinterbliebenen sowie Offiziers- und Unteroffiziersanwärter begrüßt die Gedenkstätte auch regelmäßig weitere zivile Gäste. „Dadurch zeigt sich, dass die Gedenkstätte angenommen wird, obwohl sie in einer militärischen Einrichtung untergebracht ist“, sagt Eichstaedt. Zentraler Bestandteil der Gedenkstätte sind die in den Auslandseinsätzen errichteten Ehrenhaine. „Wenn man als Soldat im Auslandseinsatz ist und ein Kamerad sein Leben verliert, dann haben auch wir als Soldaten den Wunsch, einen Ort des Gedenkens und Erinnerns zu haben“, erklärt Eichstaedt die Funktion der Ehrenhaine.

Meist sind sie aus einfachen Dingen wie Holz oder Findlingen gestaltet. Im Wald der Erinnerung werden die Ehrenhaine mit diesen Originalornamenten neu errichtet. Mit höchstmöglichem Wiedererkennungswert für die im Einsatz gewesen Soldaten und die Hinterbliebenen entsteht so ein Ort, der an die Verstorbenen erinnert. Insgesamt sechs Ehrenhaine für Einsätze in Afghanistan, Bosnien-Herzegowina und Kosovo umfasst die Gedenkstätte. Bald wird ein weiterer hinzukommen. Bereits Ende Mai hat die Bundeswehr den 27 Tonnen schweren Gedenkstein aus Camp Marmal, ihrem letzten Lager in Afghanistan, ausgeflogen. Aktuell wird er für die hiesigen Witterungsverhältnisse präpariert. Eine Fertigstellung ist für Ende 2022 geplant. Als steinernes Ehrenmal wird es zukünftig an den Einsatz und seinen Preis erinnern. *Denise Schwarz*

**PERSONALIA**

**>Jürgen Timm**  
Bundestagsabgeordneter 1980-1983, 1987-1994, FDP

Am 15. September wird Jürgen Timm 85 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Stuhr/Kreis Diepholz trat 1972 der FDP bei. Er stand von 1980 bis 1986 an der Spitze des Bezirksverbands Osnabrück und gehörte von 1976 bis 1994 dem FDP-Landesvorstand in Niedersachsen an. Seit 1972 ist er Mitglied des Gemeinderats Stuhr und gehörte, mit fünfjähriger Unterbrechung, von 1974 bis 2011 den Kreistagen Grafschaft Hoya beziehungsweise Diepholz an. Im Bundestag engagierte sich Timm im Ausschuss für Forschung und Technologie sowie im Ausschuss für Post und Telekommunikation.

**>Barbara Weiler**  
Bundestagsabgeordnete 1987-1994, SPD

Barbara Weiler wird am 17. September 75 Jahre alt. Die kaufmännische Angestellte aus Fulda schloss sich 1970 der SPD an und gehörte von 1991 bis 1995 dem hessischen Landesvorstand an. Von 1975 bis 1985 war sie Stadtverordnete in Willich/Kreis Viersen. Weiler wirkte im Bundestag im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit. Von 1994 bis 2013 war sie Mitglied des Europäischen Parlaments.

**>Peter Zumkley**  
Bundestagsabgeordneter 1987-1991, 1994-2002, SPD

Peter Zumkley vollendet am 17. September sein 85. Lebensjahr. Der Oberst der Bundeswehr aus Hamburg, SPD-Mitglied seit 1969 und von 1987 bis 1994 Mitglied des dortigen Landesvorstands, gehörte 1993/94 der Bürgerschaft an und war von 1991 bis 1993 Senator und Bevollmächtigter Hamburgs beim Bund. Im Bundestag betätigte sich der verteidigungspolitische Sprecher seiner Fraktion von 1998 bis 2002 im gleichnamigen Ausschuss. Zumkley gehörte zudem der Nordatlantischen Versammlung an.

**>Cornelia Behm**  
Bundestagsabgeordnete 2002-2013, Bündnis 90/Die Grünen

Cornelia Behm wird am 20. September 70 Jahre alt. Die Diplom-Agraringenieurin aus Kleinmachnow/Kreis Potsdam-Mittelmark schloss sich 1989 in der DDR der Bürgerrechtsbewegung „Demokratie jetzt“ an und trat 1993 Bündnis 90/Die Grünen bei. Von 1990 bis 2002 war sie Gemeinderätin in Kleinmachnow. Im Bundestag wirkte Behm im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft mit. Sie war Sprecherin ihrer Fraktion für ländliche Entwicklung und für Waldpolitik. *bmh*

**Halle feiert Tag der Deutschen Einheit**

**INFORMATION** Unter dem Motto „Gemeinsam Zukunft formen“ findet das Bürgerfest zum diesjährigen Tag der Deutschen Einheit in Halle an der Saale statt. Sachsen-Anhalt, das noch bis zum 1. November den Bundesratsvorsitz innehat, richtet damit nach 2003 bereits zum zweiten Mal die Feierlichkeiten rund um den 3. Oktober aus. Bereits am 18. September eröffnet in der Innenstadt Halles die EinheitsEXPO, auf der sich alle sechzehn Bundesländer und die fünf Verfassungsorgane präsentieren. Auf beinahe fünf Kilometern können sich Besucher auf Themenwegen zu Nachhaltigkeit, Umwelt, Digitalisierung, Kultur und Wissenschaft sowie sozialem Miteinander informieren und dabei Projekte aus der gesamten Bundesrepublik kennenlernen. Für alle, die nicht nach Halle kommen können, soll die EinheitsEXPO auf <https://tag-der-deutschen-einheit.de> digital aufbereitet werden und dadurch Bürgern in der gesamten Bundesrepublik eine Teilnahme an den Feierlichkeiten ermöglichen. Ein Blick auf die Internetseite lohnt sich schon jetzt, da Besucher dort im Ländermemory Interessantes aus den Bundesländern erfahren oder ihr Wissen beim Einheitsquiz unter Beweis stellen können. Auch der Deutsche Bundestag ist hier mit einem eigenen Internetauftritt vertreten: <https://tag-der-deutschen-einheit.de/bundestag>. Neben Informationen zum Parlament und den anstehenden Wahlen, bietet die Internetseite durch Bilder und Zeitraffervideos spannende Einblicke in die Gebäude und parlamentarischen Abläufe des Bundestags. *des*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik?**  
**Schreiben Sie uns:**  
Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

**Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.**  
**Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 20. September.**

**LESERPOST**

**Zur Themenausgabe „Sprache und Politik“ (Nr. 35-36) vom 30. August 2021:**

Hiermit möchte ich Ihnen mein Kompliment für diese ausgesprochen interessante, aktuelle, informationsreiche Ausgabe Ihrer Zeitung aussprechen. Ich habe alle Beiträge gelesen, viel gelernt und dabei eine neugierige Freude empfunden. Ich habe meinen Deutschkolleg:innen die Zeitung gleich weiter gereicht. Glückwunsch und machen Sie weiter so. *Andrea Ackermann, Frankreich*

**Zur selben Ausgabe, „Das Sternchen-thema“ auf Seite 4:**

Mittlerweile dürfte es sich in unserem Land herumgesprochen haben, dass eine deutliche Mehrheit weder ein Binnen-I, Sternchen oder Kunstpausen beim Spre-

chen möchte. Gleichzeitig behindern derartige Erfindungen einer angeblich geschlechtergerechteren Sprache das Lesen und Verstehen gerade bei Menschen, die Schwierigkeiten damit haben. Und das sind ja bekanntlich nicht wenige in unserem Land. Mit welchem Recht sich dann beispielsweise der öffentlich-rechtliche Rundfunk über Mehrheitsmeinungen hinwegsetzt und munter drauflos redet, ist mir unklar. Schließlich bezahlen wir als Nutzer die Programme! Da finde ich beispielsweise die Entscheidung des sächsischen Kultusministeriums sehr gut, die das in Schulen ablehnt. Eine Sensibilisierung der Sprache gelingt auch mit anderen Mitteln, indem ich beispielsweise konsequent beide gebräuchlichen Anreden für Frauen und Männer verwende und da, wo es solche

nicht gibt, wie zum Beispiel bei den Taliban, da lasse ich es eben! Dafür brauche ich weder eine Sprachpolizei noch extra Universitätslehrstühle für Genderm.

*Claus Hörmann, Neustadt in Sachsen*

**Zur selben Ausgabe, „Ruf nach Antworten“ auf Seite 13:**

Das politische Nachhaken beim Afghanistan-Desaster verdient seine Berechtigung. Schließlich gibt es noch weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr, wie etwa im Kosovo, wo der Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft nur im Schnecken-tempo vorangeht und der ethnische Konflikt angesichts des immer noch vorhandenen Hasses in vielen Köpfen wie ein schlafender Vulkan nur ruht und jederzeit wieder offen ausbrechen

kann. Deshalb sollten sowohl die nächste Regierung als auch das nächste Parlament einen stärkeren Fokus auf den Balkan richten, zumal hier ebenfalls beim Peacebuilding der (Denk-)Fehler begangen wird, sich viel zu wenig mit der hochkomplexen Kulturgeschichte der Region zu beschäftigen!

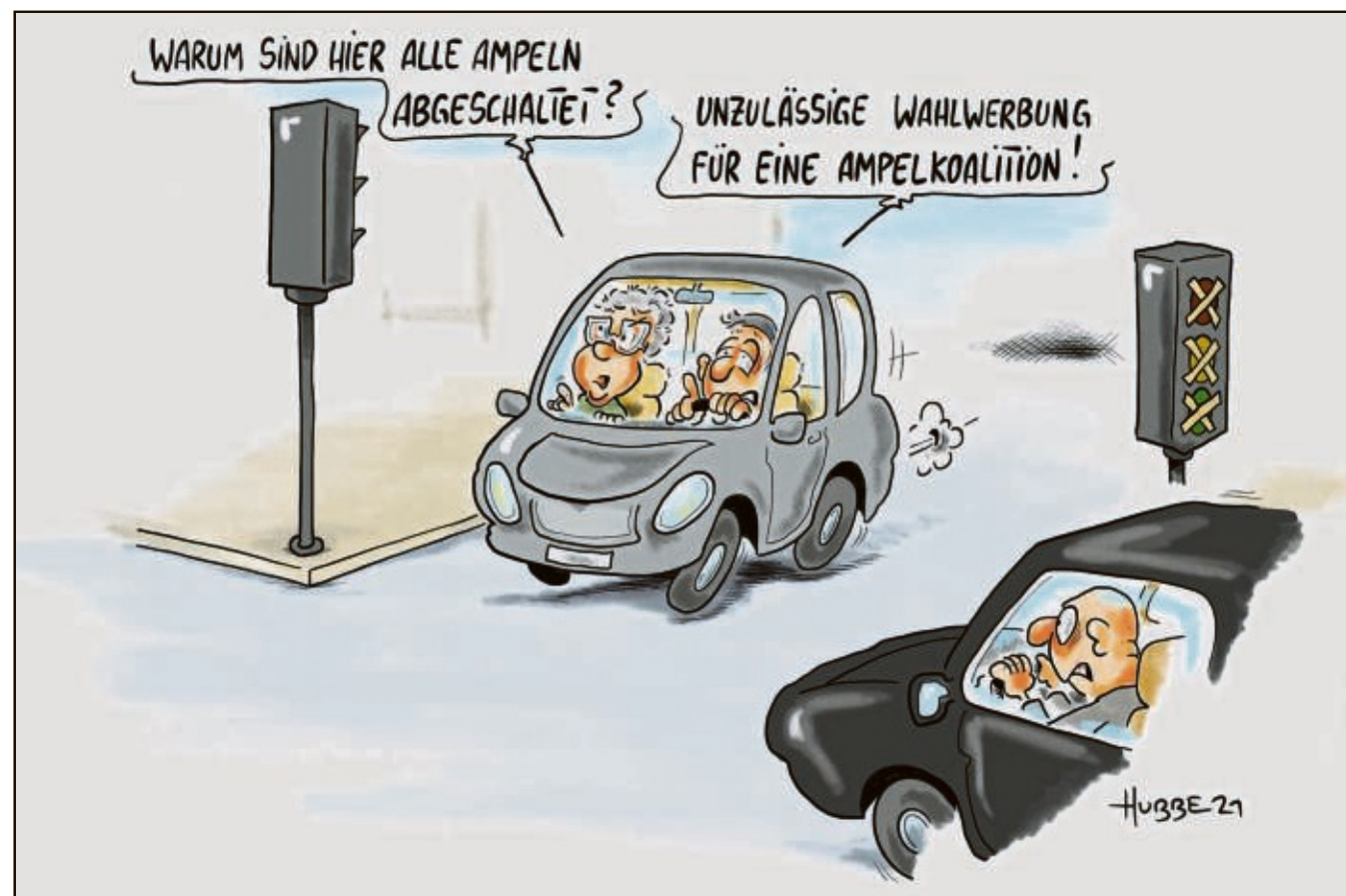
*Rasmus Helt, Hamburg*

**Zur Ausgabe 32-33 vom 09. August 2021, „Ort der Sehnsucht“ auf Seite 1:**

Weltweit lässt sich feststellen, dass der Trend vom Land in die Städte geht, nicht umgekehrt. Allerdings gibt es den umgekehrten Trend einer bestimmten gesättigten Schicht aus den Städten, die gerne auf das Land ziehen will. Der ständige Landverbrauch in ländlichen Gemeinden zeigt das deutlich. Karriere macht man nicht auf dem Land, sondern in den Städten. Dort wird Geld verdient. Wer genug Geld hat, schafft sich ein Domizil auf dem Land. Wieder andere haben die Sehnsucht, schaffen es aber nie. Es geht darum, die Motive systematisch und quantitativ darzustellen und die Vor- und Nachteile des Landlebens realistisch aufzuzeigen. Der politische Unsinn der „gleichwertigen Lebensbedingungen“ in Stadt und Land würde dazu führen, dass derjenige, der „auf das Land“ zieht, städtische Lebensformen wünscht und damit die ländlichen Gemeinden überfordert. Schon heute gibt es „Opern“ in ländlichen Gemeinden, wie zum Beispiel die Isny-Oper. Die Kommunen müssen jedoch solche Ansprüche mitfinanzieren. Damit verändert sich der ländliche Charakter und das Landleben ist nicht mehr das, was es ursprünglich war. Auf dem Land ist man auch nicht so nah vernetzt wie in der Stadt und die ganze Digitalisierung ersetzt keine persönliche Nähe. Der zugezogene Städter pendelt wieder in die Stadt, um Nähe zu erfahren, die er oft bei der ländlichen Bevölkerung nicht findet, wo er sie gesucht hatte. Leider wird die Schizophrenie dieser Entwicklungen nicht gesehen, nicht analysiert. Es wird nicht einmal mehr angedacht, dass es Schizophrenen sein könnte.

*Herbert Kleiner, Argenbühl*

**SEITENBLICKE**





Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

## Die nächste Wahl wird eine Richtungsentscheidung



Angela Merkel (\*1954)  
Wahlkreis 15

Dies ist mit großer Wahrscheinlichkeit die letzte Sitzung des Deutschen Bundestages in dieser Legislaturperiode. Und gerade in den letzten Tagen haben wir es mit sehr dramatischen Problemen zu tun; eben ist das Thema Afghanistan hier genannt worden. Da wir nach der letzten, ausführlichen Debatte noch nicht die Möglichkeit hatten, will ich die Gelegenheit nutzen, unseren Soldatinnen und Soldaten, die an dieser schwierigen Evakuierungsmission beteiligt waren, ein ganz herzliches Dankeschön zu sagen. Das war einer der schwierigsten Einsätze der Bundeswehr.

Da es in der Tat, insbesondere im Bereich der Entwicklungspolitik, nicht gelungen ist, alle schutzbedürftigen Personen zu evakuieren, war es richtig, dass der Bundesaußenminister in die Nachbarstaaten gereist ist, um Probleme zu besprechen, wie wir Ausreisen auch in Zukunft möglich machen und unserer Verantwortung nachkommen. Und genauso war es richtig, mit den Nachbarstaaten darüber zu reden, wie wir helfen können, humanitäre Probleme dort zu lösen. Genauso ist es richtig, dass wir uns um die humanitäre Lage in Afghanistan, ganz besonders im Hinblick auf Hunger und medizinische Versorgung, weiter kümmern werden. Ansonsten haben wir eine ausführliche Diskussion zu diesem Thema vor 14 Tagen geführt.

Und was die Sorgen im innenpolitischen Bereich anbelangt, so haben diese insbesondere mit der

furchtbaren Flutkatastrophe zu tun. Ich war in der vergangenen Woche, am Freitag und am Sonntag, noch einmal in den Flutgebieten und darf nur sagen: Es ist richtig und wichtig, dass wir heute den Hilfsfonds in Höhe von 30 Milliarden Euro verabschieden. Und ich habe den Menschen zugesagt – ich denke, das wird hier von allen geteilt -: Wir werden die Menschen, die von dieser schrecklichen, furchtbaren Flut betroffen sind, nicht vergessen. Der Wiederaufbau wird Monate, Jahre dauern, und deshalb brauchen wir hier einen langen Atem. Und das habe ich zugesagt.

Diese Flutkatastrophe hat natürlich als Extremwetterereignis den Fokus noch einmal auf eines der drängendsten Themen unserer Zeit geworfen, nämlich auf den Kampf gegen den Klimawandel. Deshalb will ich an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass wir wichtige Weichen gestellt haben in dieser Legislaturperiode. Als ich Bundeskanzlerin wurde im Jahr 2005, da hatten wir 10 Prozent der Erzeugung von Energie, für den Strom, aus erneuerbaren Energien. Heute liegen wir deutlich über 40 Prozent.

Aber viel wichtiger sind die systemischen Dinge, die wir in dieser Legislaturperiode in Angriff genommen haben und auf die zukünftige Regierungen aufbauen können: Das ist ein Klimaschutzgesetz mit jährlichen Budgets und Sektorzielen, das ist ein Expertenrat, und das sind Nachsteuerungspflichten, also ein Instrumentarium, mit dem wir wirklich bindende Möglichkeiten in der Hand haben.

Zweitens haben wir die Bepreisung von CO<sub>2</sub> eingeführt, ein marktwirtschaftliches Instrument, mit dem wir auf die Reduktion von CO<sub>2</sub> viel besser reagieren können. Wir haben inzwischen 1 Million Elektroautos. Wir haben den Ausstieg aus der Braunkohle miteinander vereinbart – im Übr-

igen im gesellschaftlichen Konsens, eine ganz wichtige Sache; denn Klimaschutz kann nur dann gelingen, wenn die Menschen im Lande auch mitgenommen werden. Das war immer der Ansatz der Großen Koalition, und das war auch richtig so, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle spüren ja – und in den letzten Jahren hat das aus meiner Sicht zugenommen –, dass die Welt eine Welt in Unruhe und im Umbruch ist und dass völlig neue Herausforderungen uns beschäftigen und natürlich auch Deutschland beschäftigen. Das ist Terrorismus. Das ist Cyberkriminalität. Das ist die technologische Revolution der Digitalisierung. Das ist die ökonomische Stärke von China. Neben dem Klimawandel ist es vor allen Dingen die Digitalisierung, die unser Leben vollkommen verändert.

Wir haben uns in der Großen Koalition immer vorgenommen, möglichst viele Menschen – so wie ich es eben beim Klimawandel gesagt habe – mitzunehmen bei diesem Wandel. Deshalb war ein zentrales Thema unserer Arbeit in den letzten Jahren, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu sichern, und zwar zwischen Ost und West, zwischen Stadt und Land. Eine Vielzahl der Maßnahmen der Bundesregierung hat sich genau mit diesem Thema beschäftigt. Ich kann hier nur Stichpunkte nennen: Behörden-

**Niemand von uns ist beim Impfen in irgendeiner Form ein Versuchskaninchen.**

verlagerung insbesondere in die neuen Bundesländer, Stärkung der ländlichen Räume, das Thema „Wohnen in Ballungsgebieten“, Mietregulierung, Neubau von Wohnungen, Neubau von sozialen Wohnungen, das Wohneigentum für Familien. Wir haben eine Ehrenamtsstiftung gegründet, um das Ehrenamt in unserem Land zu stärken. Wir haben ja gesehen, welche Bedeutung dieses Ehrenamt hat, jetzt gerade in den gro-

ßen Herausforderungen wie der Flutkatastrophe oder der Pandemie. Wir haben die Kommunen gestärkt, insbesondere auch durch die Übernahme von KdU, von Kosten der Unterkunft für die Kommunen, ein ganz wesentlicher Punkt, um Politik überhaupt lebbar zu machen. Wir haben den Rechtsstaat gestärkt durch einen einzigartigen Aufbau von mehr Personal und mehr Möglichkeiten. Und wir haben den Kampf gegen den Extremismus, insbesondere den Rechtsextremismus, geführt.

Bei dem großen Thema Digitalisierung haben wir entscheidende Fortschritte erzielt. Ich will daran erinnern, dass wir inzwischen Verwaltungsleistungen digital anbieten, insbesondere die des Bundes. Wir haben die Infrastruktur ausge-

baut. Bei Breitbandanschlüssen von mehr als 50 Megabit pro Sekunde waren wir am Anfang dieser Legislaturperiode bei 80 Prozent, jetzt sind es 94 Prozent. Wir haben eine Verfügbarkeit von LTE-Anschlüssen im Mobilfunk von über 99 Prozent.

Das sind Dinge, die kann man benennen. Es gibt kleine Schwierigkeiten nach wie vor, an vielen Stellen graue Flecken und Ähnliches. Aber, meine Damen und Herren, im Großen und Ganzen haben wir deutliche Fortschritte gemacht, und das war richtig so.

Mit dem DigitalPakt Schule haben wir mit den Ländern gemeinsam 6,5 Milliarden Euro investiert; die müssen jetzt umgesetzt werden. Wir haben für digitale Innovationen 13,5 Milliarden Euro eingesetzt. Und ich will noch mal darauf hinweisen: Die öffentlichen Investitionen haben sich seit dem Jahre 2005 genau verdoppelt. Das heißt also: Ein Schwerpunkt liegt bei den Investitionen.

Ein zentraler Punkt ist der Schwerpunkt auf Wissenschaft und Forschung. Das ist die Quelle unseres Wohlstands für die Zukunft. Deshalb kann man sagen: Als ich 2005 Bundeskanzlerin wurde, lagen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bei 2,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; heute sind wir bei über 3 Prozent. Wir haben deutliche Planungssicherheit für die 20er-Jahre durch Pakte für Forschung und

Wissenschaftspakte, Exzellenzstrategie und vieles andere mehr.

Nun mag das dem einen oder anderen sehr abstrakt erscheinen; aber das hat etwas mit unserem Wohlstand und mit unserem Leben zu tun. Das haben wir in der Pandemie erlebt. Der erste und bis heute zuverlässigste Test zum Nachweis des Virus wurde bereits zu Beginn der Pandemie in Deutschland, in der Charité in Berlin, entwickelt. Einer der überaus wirkungsvollen mRNA-Impfstoffe gegen das Virus wurde auch in Deutschland entwickelt – auch dank langjähriger zielgerichteter Forschungsförderung.

Und, nebenbei gesagt, natürlich war und ist niemand von uns beim Impfen in irgendeiner Form ein Versuchskaninchen. Niemand! Weder Olaf Scholz noch ich und auch sonst niemand! Denn jeder, der in Deutschland seit Ende Dezember letzten Jahres geimpft wurde, bekam einen Impfstoff, der alle notwendigen Phasen der klinischen Prüfung und notwendigen Zulassungsverfahren durchlaufen hat. Wir sind uns doch alle einig, dass noch viel mehr

Menschen davon überzeugt werden müssen, geimpft zu werden. Doch wenn wir die Menschen davon überzeugen wollen, dann hat das mit Argumenten zu geschehen und nicht mit – zurückhaltend formuliert – schiefen Bildern von Versuchskaninchen.

Was also sind die Argumente für das Impfen? Impfen wirkt. Man schützt sich und die Liebsten. Impfen bringt uns die Freiheit zurück. Je mehr Menschen geimpft sind, umso kleiner ist die Gefahr, dass sich neue Mutationen bilden, gegen die die Impfstoffe nicht mehr wirken. Und aus diesem Grunde möchte ich auch von dieser Stelle heute noch einmal alle, die noch nicht geimpft sind, bit-

**Die öffentlichen Investitionen haben sich seit dem Jahre 2005 genau verdoppelt.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)



ten: Lassen Sie sich impfen! Sie leisten damit für sich und unsere gesamte Gesellschaft einen ganz wichtigen Beitrag, den Weg aus dieser Pandemie zu finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen: Diese Pandemie war wahrscheinlich der schwerste Eingriff in unser gesellschaftliches Leben seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Und es war gut, dass wir wegen solider Haushaltspolitik in der Lage waren, in einer solchen außergewöhnlichen Situation sowohl im Inland das größte Konjunkturpaket auflegen zu können, das es jemals gab in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, als

auch in Europa mit dem Wiederaufbaufonds in dieser ganz speziellen Situation einen neuen Weg zu beschreiten und Europa auch gut aus dieser Krise zu führen. Und dass heute die Zahl der Kurzarbeiter wieder unter 1 Million liegt, dass die Arbeitslosigkeit um die 2,5 Millionen liegt – 2005 waren es 5 Millionen, heute die Hälfte –, das ist solider Haushaltspolitik und richtigen Entscheidungen in der Pandemie zu verdanken, auf die die Große Koalition insgesamt stolz sein kann, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in weniger als drei Wochen ist Bundestagswahl. Sie ist eine be-

sondere Wahl, nicht nur weil sich erstmals seit 1949 kein amtierender Bundeskanzler bzw. Bundeskanzlerin um die Wiederwahl bewirbt, sondern es ist auch eine besondere Wahl, weil es in schwierigsten Zeiten eine Richtungsentscheidung für unser Land ist, und es ist nicht egal, wer dieses Land regiert.

Die Bürgerinnen und Bürger haben in wenigen Tagen die Wahl: entweder eine Regierung, die mit SPD und Grünen die Unterstützung der Linkspartei in Kauf nimmt, zumindest sie nicht ausschließt, oder eine von CDU und CSU und Armin Laschet als Bundeskanzler geführte Bundesregie-

rung, eine Bundesregierung, die mit Maß und Mitte unser Land in die Zukunft bringt. Und dabei geht es wahrlich nicht allein um die Außenpolitik, die NATO und Europa. Ich bin seit über 30 Jahren Mitglied dieses Deutschen Bundestages, und ich weiß nicht, wo, wenn nicht hier, solche Fragen diskutiert werden müssen. Das ist die Herzkammer der Demokratie, und hier wird genau das diskutiert.

Bei dieser Richtungsentscheidung geht es wahrlich nicht allein um die Außenpolitik, die NATO und Europa – das auch, aber eben nicht allein –, sondern es geht auch um handfeste wirtschaftspo-

litische und steuerpolitische Entscheidungen, die die Zukunft dieses Landes bestimmen werden, die Zahl der Arbeitsplätze und unseren gemeinsamen Wohlstand.

Deshalb, meine Damen und Herren: Der beste Weg für unser Land ist eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung mit Armin Laschet als Bundeskanzler. Denn seine Regierung wird für Stabilität, Verlässlichkeit, Maß und Mitte stehen. Das ist genau das, was Deutschland braucht.

Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Die Abgeordneten der CDU/CSU erheben sich)

Dr. Alice Weidel, AfD:

## Hören Sie auf mit Angstparolen und Panikmache



Alice Weidel (\*1979)  
Landesliste Baden-Württemberg

Das war gerade ein phänomenales Schauspiel. Ich weiß gar nicht: Gehört Angela Merkel eigentlich noch der CDU/CSU an? Ich habe das irgendwie nicht mitbekommen. Und ich darf Sie auch daran erinnern, dass es die CDU gewesen ist, Angela Merkel, die einen linken Ministerpräsidenten in Thüringen zugelassen hat. Das ist Ihr Verdienst, und genau deshalb stehen Sie auch so in den Umfragen da, wie Sie derzeit stehen.

Ihre letzte Amtszeit, Frau Merkel, war für Deutschland eine Periode des beschleunigten Abstiegs. Ihrem Nachfolger wird ein Sanierungsfall hinterlassen, ein Land, das verunsichert und gespalten ist, ein Land, dessen Repräsentanten sich in der Rolle des moralischen Oberlehrers gefallen, aber im Ernstfall an konkreten Herausforderungen dilettantisch scheitern und versagen, ein Land, dessen Wohlstand erodiert und das seine Ressourcen in beispielloser Weise vergeudet und verschenkt.

Mit dem Coronawiederaufbaufonds haben Sie die deutschen Steuerzahler endgültig an eine Schulden- und Transferunion aus-

geliefert. Die EZB-Geldschwemme ist in der steigenden Inflation der Verbraucherpreise angekommen. Zusammen mit den manipulierten Null- und Negativzinsen bedeutet das die organisierte Massenteignung der Bürger mit Hunderten Milliarden Wohlstandsverlust jährlich. Der Einzelne spürt das auf seinem Konto, das keine Zinsen mehr abwirft, und an seinem Kaufkraftverlust. Deutschland belegt bei den Privatvermögen ebenso wie beim Rentenniveau einen Verliererplatz in der EU.

Statt das Rentensystem demografiefest zu reformieren, machen Sie ungedeckte Zahlungsverprechen. Wie es nach 2030 weitergehen soll, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, dafür haben Sie keinen Plan. Dafür haben wir den höchsten Schuldenberg unserer Nachkriegsgeschichte. Nach anderthalb Jahren Coronaschuldenpolitik ist die offene Staatsschuld um volle 10 Prozentpunkte von 60 auf 70 Prozent des BIPs gestiegen.

Zusammen mit der impliziten Staatsschuld der Nachhaltigkeitlücke sind das 440 Prozent des Bruttoinlandsproduktes oder 14,7 Billionen Euro. Ihr Vizekanzler und Koalitionspartner Olaf Scholz hat als Finanzminister diesen Schuldenberg maßgeblich zu verantworten. Herr Scholz redet viel von Respekt, hat aber wenig Respekt für die hart arbeitenden normalen Leute, die jeden Tag aufstehen, zur Arbeit fahren, ihre Kinder großziehen und dafür laufend be-

straft werden. Ihre Regierung hat keinen Respekt für die Menschen und auch nicht für die mittelständischen Unternehmer und Familienbetriebe, die Millionen Menschen Arbeit geben und, wenn es nach Rot-Grün-Links geht, über eine asoziale Vermögen- und Erbschaftsteuer enteignet werden sollen.

Demgegenüber steht der Rückfall ins untere Mittelmaß in fast allen Bereichen. Um nur zwei zu nennen: das Bildungswesen und die Digitalisierung. In Mathematik und Naturwissenschaften sind die Leistungen deutscher Schüler unter den EU-Durchschnitt gefallen. Im internationalen Vergleichstest ist Deutschland seit 2007 vom 12. auf den 25. Platz gefallen. Im digitalen Ranking steht Deutschland inzwischen an drittletzter Stelle unter den G-20-Staaten, abgehängt auch von Frankreich und Italien, an das wir Dutzende Milliarden an sogenannter Coronawiederaufbauhilfe leisten.

Ein weiteres ungelöstes Problem dieser Regierung ist die Migrationskrise. Nach wie vor wandert jedes Jahr eine Großstadt neu in unser Land ein und direkt in die Sozialsysteme. Dass Sie das super finden, das wissen wir. Es reicht offenbar nicht, was Sie mit

Ihrem vorsätzlichen Rechtsbruch von 2015 über dieses Land und seine Bürger gebracht haben. Jetzt missbraucht diese Regierung die Ortskräfte, die der Bundeswehr in Afghanistan gedient haben, um die nächste Einwanderungswelle nach Deutschland loszutreten.

Von rund 4 000 bislang in unser Land evakuierten Afghanen waren ganze 168 Ortskräfte, aber mehr als 250 Personen ganz ohne Papiere, darunter bereits abgeschobene Straftäter, polizeibekannte Kriminelle, Vergewaltiger, Kinderschänder, Islamisten, die auf Staatskosten geholt wurden und infolge des neuerlichen Abschiebestopps auf unabsehbare Zeit bleiben werden. Während andere Staaten sich auf die Sicherheit und die Rohstoffe in der Region fokussieren, interessiert sich die deutsche Politik vor allem für die Evakuierung von ausreisewilligen Afghanen.

Das Versagen in der Asyl- und Migrationspolitik wird als größte Fehlleistung der Amtszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel in die Geschichtsbücher eingehen.

Die finanzielle Zukunftsbelastung für unser Land summiert sich auf über 1 Billion Euro. Noch schwerer wiegt der Schaden, den der Kontrollverlust für den inneren Frieden, die Sicherheit der Bürger, das Vertrauen in die Institutionen und den inneren Zusammenhalt des Landes bedeutet.

Auch Ihre fehlgeleitete Klimaschutz- und Energiewendepolitik wird uns teuer zu stehen kommen. Abermilliarden werden Jahr für Jahr verbrannt, um die Taschen der Windkraft- und Ökostromlobby zu füllen, während Deutschland sich im planwirtschaftlichen Gestrüpp von E-Auto-Subventionierung und CO2-Besteuerung verheddert.

Die irrationale Idee, Kohle- und Atomkraftwerke gleichzeitig abzuschalten, raubt einem Industrieland wie Deutschland den Lebensnerv, die sichere und bezahlbare Energieversorgung. Mit dem gleichen Furor wollen Sie die Elektromobilität herbeisubventionieren, ohne sich um die fragwürdige Umweltbilanz und die be-

grenzte Verfügbarkeit der Rohstoffe für die dafür erforderliche Batterieproduktion zu kümmern. Woher übrigens der zusätzliche Strom für all die Elektroautos kommen soll, die Sie auf die Straße bringen wollen, darüber haben Sie sich offensichtlich keine Gedanken gemacht.

Oder glauben Sie ernsthaft, Sie könnten die deutsche Industrie auf Wind- und Sonnenstrom und Grünen Wasserstoff umstellen? Wissen Sie, was Sie dafür brauchen? Dafür müssten Sie die Zahl der Wind-

räder auf 330 000 verzehnfachen und ein Viertel der Landesfläche mit Rotortürmen zubetonieren. Und wenn dann der Wind nicht weht, dann drehen sich diese trotzdem nicht. Sieht so nachhaltige Politik aus? Wir sagen ganz klar Nein.

Mit solchen unausgegorenen Ideen machen Sie unser Land zum Gespött der Welt und die Deutschen zu Verlierern im globalen Wettbewerb. Niemand in Europa oder anderswo auf der Welt denkt ernsthaft daran, die deutsche Energiewende zu kopieren. Wir sind der einzige Hippiestaat – das muss man hier ganz klar so sagen –, der diese durchgeknallten Ideen ernsthaft umsetzen möchte, koste es, was es wolle, „Whatever it takes“, wie Draghi zu sagen pflegt.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich der Strompreis in Deutschland verdoppelt und die EEG-Umlage seit 2004 verzehnfacht. Als Folge der weltfremden Klimaziele dieser Koalition droht im nächsten Jahr über die Anhebung der sogenannten CO2-Bepreisung der Anstieg der Spritkosten um bis zu 70 Cent pro Liter. Das bedeutet Preise weit jenseits der 2-Euro-Marke, auch wenn der Verkehrsminister anderes verspricht. Das schützt weder das Klima, noch rettet es den Planeten, aber es macht Pendler und Famili-

**Die finanzielle  
Zukunftsbe-  
lastung für unser  
Land summiert  
sich auf über  
eine Billion Euro.**

**Von allen  
EU-Bürgern  
fühlen die  
Deutschen  
sich am  
wenigsten frei.**



en arm, die auf das Auto angewiesen sind. Es ruiniert Mittelständler und treibt die produktive Industrie und Hunderttausende von Arbeitsplätzen aus diesem Land.

Neben all diesen finanziellen Lasten beunruhigt eine Zahl in der Bilanz der Regierung besonders: Von allen EU-Bürgern fühlen die Deutschen sich am wenigsten frei. Nur 11 Prozent sehen sich noch als frei in ihrem Alltagsleben. Die orientierungslose und maßlose Coronapolitik dieser Bundesregierung hat daran erheblichen Anteil. Reihum suchen immer mehr unserer europäischen Nachbarn den Weg zurück in die Normalität. Sie aber mauern dieses Land mitsamt seinen Menschen in einem permanenten Ausnahmezustand ein,

und statt mit Vernunft und Augenmaß obsolet gewordene Maßnahmen zurückzufahren, schikanieren Sie Schüler und Jugendliche auch im neuen Schuljahr mit Masken und Testregimes, deren Nutzen bis heute nicht bewiesen ist.

Und Sie brechen abermals das Versprechen, das Sie den Bürgern gegeben haben, und zwar: Wenn jedem, der dazu bereit ist, ein Impfangebot gemacht wurde, müssen die Maßnahmen enden. Es liegt jetzt in der Verantwortung jedes Einzelnen und seiner persönlichen Risikoabwägung, ob er sich für eine Impfung oder andere Vorkehrungen zu seinem eigenen Schutz entscheidet oder nicht. Es ist eine individuelle Entscheidung. Und Sie spalten das Land und die

Gesellschaft, wenn Sie Menschen aufgrund dieser persönlichen Entscheidung gegeneinander ausspielen und Ungeimpfte als Bürger zweiter Klasse vom gesellschaftlichen Leben ausschließen. Alle Alarmglocken müssen schrillen, wenn aus Politikermund Ungeimpfte als „Sozialschädlinge“ diffamiert werden und selbst ein Vizekanzler Geimpfte als „Versuchskaninchen“ bezeichnet.

Und Sie üben faktischen Impfwang aus – ohne es so zu nennen –, um sich aus der Verantwortung für die Folgen Ihrer falschen Entscheidungen zu stehlen. Seit anderthalb Jahren betreiben Sie unter dem Namen der Pandemiebekämpfung eine Politik der gebrochenen Versprechen und der über-

zogenen Grundrechtseinschränkungen: von Reiseeinschränkungen, Lockdown und Berufsverboten über Ausgangssperren und Notstandsmaßnahmen, Diffamierung und Demonstrationsverbote gegen Kritiker bis zu Impfwang und drastischen Eingriffen in die Eltern- und Kinderrechte.

Sie sagen, Sie hören auf die Wissenschaft, wenn Sie jetzt schon wieder spekulieren, welche neuen Grundrechtsentzüge Sie nach der Wahl wieder umsetzen könnten, und meinen damit stets nur jene Wissenschaftler, die Ihnen nach dem Mund reden. Nehmen Sie also endlich andere Standpunkte zur Kenntnis, zum Beispiel die Stimme der 100 Ärzte, Juristen und Unternehmer, die in einem

offenen Brief klare und verbindliche Aussagen zum Ende der Pandemiepolitik fordern! Hören Sie auf, mit Angstparolen und Panikmache die Bürger von den vielen drängenden Themen abzulenken! Stellen Sie endlich die Grundrechte vollumfänglich und für alle wieder her, damit dieses Land zur Normalität zurückkehren und sich nach einer schonungslosen und ehrlichen Bestandsaufnahme der Gesamtheit seiner Probleme und Herausforderungen zuwenden kann!

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Frank Pasemann (fraktionslos))

Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

## Wir müssen als ganzes Land zusammenhalten



Olaf Scholz (\*1958)  
Bundesminister der Finanzen

Wir nähern uns dem Ende einer Legislaturperiode, die anders verlaufen ist, als wir uns das alle dachten. Wir als Regierung, Sie als Abgeordnete und natürlich die Bürgerinnen und Bürger, wir alle haben mit der größten Herausforderung für unser wiedervereinigtes Land zu tun gehabt.

Wir haben jetzt eine sehr, sehr lange Zeit miteinander gegen die Coronakrise gekämpft. Wir haben gemeinsam gekämpft um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, gekämpft, damit Arbeitsplätze und Unternehmen durch diese Krise kommen und damit ein Aufschwung kommt, damit es auch in Zukunft noch Arbeitsplätze gibt. Und es ist uns gelungen, so weit zu kommen, wie wir heute gekommen sind, weil wir zusammengehalten haben. Wir haben zusammengehalten als ganzes Land, aber – das will ich ausdrücklich dazusagen – wir haben auch zusammengehalten als Regierung und all die notwendigen Maßnahmen auf den Weg gebracht, die man unternehmen

muss, damit man eine so große Herausforderung bewältigen kann. Deshalb möchte ich am Ende dieser Legislaturperiode angesichts dieser großen, unerwarteten Herausforderung sagen: Schönen Dank für die Zusammenarbeit, auch an Sie, Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel.

Jetzt haben wir eine Situation, die sehr viel anders ist. Viele Bürgerinnen und Bürger sind geimpft. Das ist ein anderer Zustand, als wir ihn im letzten Jahr hatten. Deshalb dürfen wir hoffen, dass der Herbst und Winter, die jetzt vor uns liegen, anders verlaufen als der Herbst und Winter, die wir hinter uns haben. Für mich gibt es deshalb ein paar Dinge, die man hier klar aussprechen kann: Wir werden keinen neuen Lockdown haben, und wir können die Kinder, die Schülerinnen und Schüler, auch wieder im Präsenzunterricht in den Schulen haben.

Was wir dazu tun müssen, ist natürlich, weiter dafür zu werben, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sich impfen lassen; denn die hohe Zahl der Geimpften ändert nichts daran, dass es besser wäre, wenn noch mehr es tun würden. Das will ich ausdrücklich dazusagen: Ich finde, es wäre falsch, wenn jetzt eine Debatte über Impfpflichten und Ähnliches beginnt. Was wir machen müssen, ist, die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen. Und auch das will ich gerne sagen: Wir müssen dafür Sorge tra-

gen, dass wir sie überzeugen, indem wir das locker und gelassen machen, auch mit Witzen, über die auf vielen Veranstaltungen gelacht wird. Wenn einige nicht lachen wollen und sich darüber aufregen, hat das vielleicht etwas damit zu tun, dass sie beim Blick auf ihre Umfragewerte wenig zu lachen haben.

Deshalb auch mein Wunsch: Macht das! Lasst euch impfen! Es ist gut für euch, es ist gut für eure Liebsten, es ist gut für diejenigen, auf die ihr Wert legt. Deshalb: Überzeugt die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb! Überzeugt die Freunde im Sportverein, die Kollegen und Freunde am Stammtisch! Alles das gehört dazu, damit wir jetzt so weit wie möglich kommen.

Und natürlich werden wir in dieser Zeit noch ein paar Vorsichtsregeln beachten müssen. Das gilt für Masken in Bahnen und Bussen. Das gilt selbstverständlich auch dafür, dass, wer ein Restaurant oder eine bestimmte Einrichtung besucht, genesen, geimpft oder getestet sein muss. Alles zumutbare Beschränkungen. Das sind keine unververtretbaren Grundrechtseinschränkungen, wie die AfD uns immer sagt. Es sind die Maßnahmen zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, und sie werden uns zusammen mit dem Impfen durch diese Krise bringen.

Dass wir so weit gekommen sind und dass wir auch gesund-

heitlich und ökonomisch durch die Krise gekommen sind, das hat etwas damit zu tun, dass wir zusammengehalten haben, dass wir sehr viele Mittel eingesetzt haben, damit die deutsche Wirtschaft durch diese schwierige Situation kommt. Grundlage dafür ist eine leistungsfähige, weltweit wettbewerbsfähige Volkswirtschaft. Grundlage ist auch, dass wir in den letzten Jahren gut gehaushaltet haben. Es war richtig, dass wir so viele Mittel eingesetzt haben, um Arbeitsplätze und Unternehmen in dieser Krise zu retten. Dank dieses großen Einsatzes können wir jetzt sehen:

Der Aufschwung kommt; wir wachsen aus der Krise hinaus. Es ist aber auch klar zu sagen: Wir werden mit dem Wachstum die finanziellen Verpflichtungen, die aus dieser Krise erwachsen sind, auch bewältigen können. Das ist uns nach der letzten Wirtschaftskrise gelungen; das wird uns nach dieser wieder gelingen.

Wachstum ist das Entscheidende. Aber was nicht funktioniert – das will ich gerne ausdrücklich sagen –, ist, wenn jetzt, in dieser Situation, einige in diesem Haus vorschlagen, dass Leute, die so viel verdienen wie ein Bundesminister oder ein Bundestagsabgeordneter oder noch, noch, noch viel mehr, dringend eine Steuersenkung brauchen. Steuersenkungen im Umfang von 30 Milliarden Euro – die Sie vorschlagen – für Spitzenverdiener und Unternehmen mit riesigen Gewinnen sind in dieser Situation unfinanzierbar und völlig aus der Zeit gefallen und kein Beweis für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft. Das muss man also anders machen, wenn wir zusammenhalten wollen – so wie wir das jetzt auch tun bei der Bekämpfung der Folgen

der Flut, die uns in den letzten Tagen so sehr bedrückt hat. Das ist eine große Herausforderung für unser Land.

Auch dort gilt wieder die eine Erkenntnis, die für unsere gute Zukunft wichtig ist: Wir werden solche Krisen und Herausforderungen nur bewältigen können, wenn wir zusammenhalten, wenn wir das gemeinsam durchstehen wollen, wenn niemand mit seinen Problemen alleingelassen wird, jetzt nicht die Bürgerinnen und Bürger, deren Häuser zerstört sind, jetzt nicht die Dörfer und Städte, die zerstört worden sind, jetzt nicht die Länder, die all die Infrastruktur wieder aufbauen müssen. Wir müssen als Land zusammenhalten. Wir tun das, und es ist richtig, dass der Bundestag dazu die notwendigen Mittel jetzt bewilligt.

Zusammenhalt ist auch das, was wir im Blick haben müssen, wenn wir über die Zukunft unserer Gesellschaft diskutieren. Deshalb will ich über drei Garantien reden, die für den Zusammenhalt, den wir hierzulande brauchen, aus meiner Sicht ganz wichtig sind:

Die erste Garantie ist eine, die für die jungen Leute wichtig ist, für die Kinder, für diejenigen, die hier aufwachsen. Ich finde, in einem so reichen Land wie Deutschland darf es nicht so sein, dass Kinder in Armut aufwachsen. Wir müssen etwas tun, um sie für eine gute Zukunft zu unterstützen. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass wir das Kindergeld weiterentwickeln, dass wir eine Grundsicherung bekommen, die Armut für Kinder verhindert. Das muss in der nächsten Legislaturperiode gelingen!

Fortsetzung auf nächster Seite

**Wir alle haben mit der größten Herausforderung für unser wiedervereinigtes Land zu tun gehabt.**

**Deutschland muss ein Land werden, das besser ist zu seinen Kindern.**



Und wir müssen dafür Sorge tragen, dass sie gut aufwachsen können. Deshalb war es richtig, dass wir den Weg mit dem Gute-KiTa-Gesetz eingeschlagen haben. Deshalb war es richtig, dass wir den Ausbau der Kinderbetreuung vorangetrieben haben. Und deshalb ist es richtig, dass wir jetzt vier Jahre dafür gestritten haben – und heute es hoffentlich vollenden –, dass es auch Ganztagsangebote in den Schulen gibt. Deutschland muss ein Land werden, das besser ist zu seinen Kindern, mit einer guten Kinderbetreuung, mit einem Ganztagsangebot in den Schulen. Das ist etwas, was wir gemeinsam erreichen müssen, Bund, Länder und Gemeinden zusammen.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die jungen Leute berufliche Perspektiven haben. Deshalb ist es wichtig, dass wir dafür sorgen, dass diejenigen, die studieren wollen, bessere Möglichkeiten bekommen durch eine bessere Ausbildungsförderung.

Aber noch viel wichtiger ist, dass wir uns um die wichtigste Ausbildung in Deutschland kümmern: Das ist unverändert die Berufsausbildung. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass jeder, der nach der 9. oder 10. Klasse die Schule verlässt, auch eine gute Perspektive auf eine Ausbildung hat. Eine Garantie, einen Ausbildungsplatz zu finden, das ist das, wofür ich mich einsetzen werde.

Die zweite Frage, die für uns so wichtig ist, ist: Kann man sich das Leben leisten? Und das hat ganz viel zu tun mit der Frage, ob man eine Wohnung findet, die man bezahlen kann, oder ob der Traum vieler aufgeht, die lange gespart haben, um sich ein kleines Häuschen zu kaufen. Alles das sind Anliegen, für die wir uns als Gesellschaft, als Politik, als Gemeinwesen einsetzen müssen. Die Tatsache, dass es in Deutschland nicht genug Wohnungen gibt, die Tatsache, dass die Wohnungsmieten durch die Decke schießen, hat etwas damit zu tun, dass in den letzten Jahren in Deutschland nicht genug gebaut worden ist. Wir müssen deshalb dafür Sorge tragen, dass mehr Wohnungen in Deutschland errichtet werden.

Ich habe mir die Zahlen einmal angeschaut: 1973 sind in Deutschland 800 000 Wohnungen gebaut worden, 700 000 im Westen Deutschlands, 100 000 im Osten. Heute sind wir bei 300 000. Deshalb will ich erreichen, dass wir jedes Jahr, Jahr für Jahr, ohne damit aufzuhören, 400 000 Wohnungen bauen, davon 100 000 geförderte Wohnungen, damit auch diejenigen mit wenig Geld sich eine Wohnung neu mieten können.

Weil das nicht von einem Tag auf den anderen geht, weil das eine Anstrengung ist, die uns viele,

viele Jahre – das nächste Jahrzehnt – beschäftigen wird, sage ich ausdrücklich: Wir müssen zwischen durch auch dafür sorgen, dass die Mieten nicht durch die Decke schießen, weil es zu wenig Wohnungen gibt. Deshalb brauchen wir ein starkes Mieterschutzrecht, deshalb brauchen wir eine Begrenzung der Mietpreissteigerung bei Neuvermietung, und deshalb brauchen wir ein Moratorium für die Mietpreisanstiege in Deutschland.

Das Dritte, wo die Bürgerinnen und Bürger eine Garantie haben wollen, wozu sie eine Aussage verlangen und wozu sie eine Aussage verdient haben, das ist die Frage: Was ist eigentlich mit der Rente? Ich will das ausdrücklich ansprechen, weil das ein Thema ist, das das ganze Land betrifft und nicht nur, wie einige immer sagen, die Älteren, die jetzt in Rente sind, oder diejenigen, die demnächst in Rente gehen. Das ist ebenso ein Thema für die jungen Leute.

Wer jetzt mit 17 die Schule verlässt und eine Berufsausbildung beginnt, derjenige oder diejenige hat fünf Jahrzehnte Arbeit vor sich. Die ganze Zeit müssen Beiträge gezahlt werden. Die ganze Zeit muss er oder sie sich darauf verlassen können, dass das hinterher auch etwas bringt für die Rente. Deshalb müssen klare Aussagen her. Kein Anstieg des Renteneintrittsalters und ein stabiles Rentenniveau, das muss unsere Gesellschaft den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes garantieren. Das geht auch.

Ich will Ihnen gerne sagen, dass ich sehr aufgeregt und empört bin, wenn all die Expertinnen und Experten, die uns in den 90er-Jahren so viele Dinge gesagt haben, sich jetzt wieder melden. Sie haben uns damals gesagt, wir würden jetzt, zu dieser Zeit, viel höhere Beiträge zahlen, als wir jetzt zahlen, und sie haben uns damals gesagt, es würde jetzt viel weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben. Tatsächlich zahlen wir geringere Beiträge zur Rentenversicherung als zur Zeit von Helmut Kohl, und tatsächlich ist es so, dass Millionen zusätzlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeitskraft einbringen, Geld verdienen und auch die Rentenfinanzen stabilisieren. Das ist die Wahrheit.

Und weil das die Wahrheit ist, muss man auch sehr klar sagen: Da hätten sich einige vielleicht mal zu melden, um zu sagen: Wir haben uns verrechnet; unsere Vorhersagen stimmten nicht. Stattdessen melden sie sich jetzt wieder

und sagen das Gleiche, was sie in den 90er-Jahren gesagt haben. Dabei muss die Antwort doch klar sein: Es geht um Beschäftigung. Wir müssen dafür sorgen, dass wir ein hohes Beschäftigungsniveau in Deutschland haben. Und wenn es uns gelänge, auch nur besser zu werden – in der Art und Weise, wie das in Schweden der Fall ist, was Frauenerwerbstätigkeit betrifft –, dann hätten wir schon stabilere Renten. Und wenn es uns gelingen würde, dass eine 55-Jährige und ein 58-Jähriger, die ihren Arbeitsplatz verlieren, sicher annehmen können, dass sie erneut eine gute Beschäftigung finden werden, dann hätten wir stabile Renten. Das ist die Aufgabe, die wir anpacken müssen; um die geht es.

Wir haben die Chance, dass wir das hinkriegen mit unseren Renten, mit den Rentenfinanzen, wenn wir das als gesamtes Land solidarisch angehen. Ich finde, deshalb ist das eine wichtige Aussage, die viele verdient haben. Ich jedenfalls werde mich dafür einsetzen, dass wir diese drei Garantien für unsere Zukunft geben.

Dann müssen wir uns den beiden großen Herausforderungen zuwenden, die jetzt vor uns liegen, wenn wir uns durch die 20er-Jahre bewegen, die jetzt begonnen haben.

Die nächsten zehn Jahre werden entscheidend sein für die Zukunft unseres Landes. Die Weichen, die wir jetzt falsch stellen, werden dazu führen, dass wir es nicht schaffen, die großen Herausforderungen zu bewältigen. Wenn wir es falsch machen, kann uns das Wohlstand und Arbeitsplätze kosten. Wenn wir es richtig machen, werden wir eine bessere Zukunft haben. Deshalb zwei Dinge, die mir da wichtig sind:

Eine erste große Herausforderung für mich ist: Ich möchte gerne dafür Sorge tragen, dass in dieser Gesellschaft mehr Respekt herrscht – Respekt vor jedem und vor jeder. Ich will dafür Sorge tragen, dass jede berufliche Leistung, jede Lebensleistung anerkannt wird. – Für mich hat das etwas damit zu tun, dass Anerkennung auch den Leistungen entgegengebracht wird, die jetzt, in dieser Krise, erneut als systemrelevant erkannt worden sind. Deshalb sage ich Ihnen: Die Lebensmittelverkäuferin, der Paketbote, die Altenpflegerin, der Krankenpfleger und viele weitere haben in dieser Krise zu Recht Anerkennung bekommen und Beifall erhalten. Das muss aber auch nach der Coronakrise noch ein Prinzip unseres Landes sein.

Und auch das gilt: Anerkennung ist wichtig; aber es geht immer

auch ums Geld. – Deshalb, finde ich, kann es nicht dabei bleiben, dass diejenigen, die jetzt den Beifall bekommen haben, in diesem Land weiter schlecht bezahlt werden. Darum setze ich mich dafür ein, dass wir im ersten Jahr der neuen Regierung den Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen. Das ist eine Gehaltserhöhung für 10 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. 10 Millionen: Das heißt übersetzt ja: Es sind sehr, sehr

viele. – Das sagt etwas über das Gehaltsniveau in diesem Lande aus. Das zeigt, warum die Forderung für ein gutes Miteinander in unserer Gesellschaft so wichtig ist.

Für mich bedeutet das aber auch, dass wir uns nicht auf Mindestlöhne beschränken dürfen, sondern dass wir auch an anderer Stelle dafür sorgen müssen, dass es besser läuft – so wie wir es nach vielen Anläufen hingekriegt haben, dass in der Fleischindustrie jetzt endlich normale Arbeitsverträge abgeschlossen werden. Das war lange überfällig; wir haben es durchgesetzt.

Deshalb ist es auch richtig, dass wir uns in vielen Anläufen darum bemüht haben, dass in der Altenpflege endlich besser gezahlt wird, und es ist gut, dass wir es jetzt hingekriegt haben, ein Gesetz zu beschließen, in dem drinsteht, dass ab dem nächsten Sommer Pflegeeinrichtungen gemäß Tarif bezahlen müssen, wenn sie bei der Kasse abrechnen wollen. Das ist ein erster Schritt, dem für diese Arbeit viele weitere folgen müssen.

Die zweite große Herausforderung, die wir in unserer Gesell-

schaft bewältigen müssen, wenn wir an die 20er-Jahre denken, ist, dafür zu sorgen, dass wir in 10, 20 und 30 Jahren noch gute Arbeitsplätze haben. Viele Bürgerinnen und Bürger sind sich nicht sicher, ob das wohl so ausgehen wird. Sie haben Sorge. Sie schauen sich in der Welt um und stellen fest, dass es, anders als vor vielen Jahrzehnten, so ist, dass viele auf dieser Welt Ähnliches können wie wir. Es sind Milliarden im wiederaufgestiegenen Asien, und es

werden viele sein in Afrika und im Süden Amerikas – was gut für die Welt ist, was aber die Anforderungen für uns und unser Land richtig formuliert: Wir müssen technologisch vorne dabei sein. Wir müssen vorne stehen, wenn es darum geht, wirtschaftlich mit an der Spitze auf dem Weltmarkt tätig zu sein. – Dafür müssen wir uns jetzt einsetzen. Wir brauchen technologischen Fortschritt für Deutschland und eine leistungsfähige Industrie auch in der Zukunft.

Gute Arbeitsplätze wird es aber nur geben, wenn wir es gleichzeitig schaffen, den menschengemachten Klimawandel aufzuhalten. Das ist für mich die ganz große Herausforderung, vor der wir stehen und bei der wir jetzt die notwendigen Entscheidungen treffen müssen. Wir haben uns mit einem Gesetz, das aus dem Anfang dieses Jahrtausends stammt, für den Einstieg in die erneuerbaren Energien entschieden. Wir haben uns entschieden, die Grundvoraussetzung dafür zu schaffen, dass die Atomenergie nicht mehr genutzt werden kann, und wir

## Die nächsten zehn Jahre werden entscheidend sein für die Zukunft unseres Landes.

### Wir müssen dafür Sorge tragen, dass mehr Wohnungen in Deutschland errichtet werden.



Vergangene Woche debattierten die Abgeordneten zum letzten Mal in dieser Legislaturperiode.

© picture alliance / Flashpic | Jens Krick



steigen im nächsten Jahr aus ihr aus. Wir steigen auch aus der Kohleverstromung aus. Wir wollen in knapp 25 Jahren klimaneutral wirtschaften.

Das ist eine ehrgeizige Herausforderung, wenn man bedenkt, dass 250 Jahre Industriegeschichte darauf beruhen, dass wir Kohle, Gas und Öl einsetzen. Deshalb sage ich: Das darf man nicht unterschätzen. Weil es aber eine große Aufgabe ist und weil wir sie hier in Deutschland bewältigen können, müssen wir sie jetzt anpacken und müssen wir jetzt die notwendigen Entscheidungen treffen.

Zu diesen Entscheidungen gehört aber auch, dass wir sagen, was wir dazu brauchen; denn als Alternative für die weggehende Nutzung der Atomenergie und die ausbleibende Nutzung der Kohleverstromung werden wir zusätzlichen Strom aus erneuerbaren Quellen – aus Windkraft auf hoher See und an Land und der Sonne – nutzen müssen. Für das, was die Industrie vorhat, brauchen wir aber noch viel mehr Strom. Wer einmal mit der Stahlindustrie, mit der Chemieindustrie, mit denen, die Zement herstellen, mit der Automobilindustrie, mit den Zulieferern, mit den Maschinenbauern und mit all den Industrie- und Wirtschaftszweigen, die in Deutschland so wichtig sind, spricht, der weiß, dass sie einen klaren Plan haben, was zu tun ist, dass sie milliardenschwere Investitionen vorhaben, dass sie genau wissen, wie sie es hinkriegen, klimaneutral zu wirtschaften. Das ist der Unterschied zu Ihnen: Die Industrie weiß mehr als Sie von der AfD; sie weiß, wie der Weg geht.

Sie sagen aber: Was wir dazu brauchen, ist Strom – Strom aus Windkraft, aus Sonne, aus Wasserstoff – und ein leistungsfähiges Stromnetz. – Deshalb müssen wir die Ausbauziele hochsetzen. Die Chemieindustrie hat uns gesagt, sie werde 2050 so viel Strom verbrauchen wie Deutschland heute insgesamt, und auch die Stahlindustrie braucht entsprechend mehr Strom – alles aus Windkraft, Sonne und der Nutzung von Wasserstoff. Das ist die Aufgabe, die wir jetzt bewältigen müssen, indem wir jetzt die Ausbauziele für 2045 festlegen, indem wir jetzt festlegen, dass wir das Stromnetz entsprechend ertüchtigen, und indem wir im nächsten Jahr alle Gesetze ändern, damit die Dinge rechtzeitig fertig werden können. Eine Windkraftanlage in Deutschland zu genehmigen, darf nicht mehr sechs Jahre dauern; das muss in sechs Monaten gehen.

Klimaschutz, das ist jetzt Industriepolitik. Deshalb muss es darum gehen, dass wir mit der Industrie zusammen diese große Herausforderung bewältigen. Klimaschutz ist auch Teil einer Politik, die die Industrie will. Sie hat die Pläne; sie weiß, wie das geht. Wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, damit das funktioniert, und deshalb bin ich dafür, dass wir diese große Aufgabe anpacken. Das ist wichtig für den Wohlstand

unseres Landes und die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland.

Vielleicht noch eine Bemerkung auf einen Einwand, der immer wieder kommt – zum Beispiel aus Ihren Reihen, denen der AfD, aber auch von anderen –, indem gefragt wird: Was

bringt das, wenn wir das hier in Deutschland machen? Wir sind ja nur ein kleiner Teil der Welt, und wenn wir das hier machen, dann hat das ja gar keine Auswirkungen auf andere Orte der Welt. – Das ist falsch. Natürlich werden wir die Länder Asiens, Afrikas und im Süden Amerikas niemals davon abbringen können, den gleichen Wohlstand haben zu wollen wie wir; das steht ihnen zu, und sie tun alles dafür, dass ihnen das möglich ist. Aber was wir können mit unseren Ingenieurinnen und Ingenieuren, mit unserer Industrie, mit unserer Wirtschaftskraft, ist, die Technologien zu entwickeln, die für die ganze Welt eine Alternative zu den fossilen Ressourcen sind, die heute genutzt werden. Und genau diese Aufgabe müssen wir jetzt angehen.

Weil wir in dieser Debatte ab und zu ja auch sehr freundlich zueinander sind, möchte ich das an dieser Stelle sagen: Die Tatsache, dass die CDU/CSU in den letzten Jahren jedes Jahr wieder den Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten abgelehnt hat, weil sie der festen Überzeugung war, dass das falsch ist und nicht gebraucht wird – sie hat noch vor zwei Jahren gesagt, man braucht nicht mehr Strom, sie hat noch im letzten Jahr gesagt, man braucht nicht mehr Strom, und sie hat noch im Juni gesagt, man braucht nicht mehr Strom –, ist eine Bedrohung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Eine weitere von der CDU/CSU geführte Bundesregierung würde Deutschland Wohlstand und Arbeitsplätze kosten.

Meine Damen und Herren, wir brauchen Respekt in unserer Gesellschaft. Wir müssen dafür sorgen, dass uns die Zukunft gelingt: dass die 20er-Jahre ein Aufbruch werden, der sicherstellt, dass wir in 10, 20, 30 Jahren noch gute Arbeitsplätze haben, und dass wir

den menschengemachten Klimawandel aufhalten können. Wir müssen aber auch gut verstehen, dass wir nicht alleine auf der Welt sind, sondern dass wir nur gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden in Europa eine Perspektive haben, in der künftigen Welt gut zurechtzukommen und das verteidigen zu können, was uns an Rechtsstaatlichkeit, an Demokratie und an sozialer Marktwirtschaft wichtig ist.

Deshalb will ich hier an dieser Stelle noch einmal bekennen: Ein weiterer Fortschritt für Europa ist das wichtigste nationale Anliegen, das wir in Deutschland haben. Nur mit der Europäischen Union gemeinsam werden wir in einer Welt, die um die Mitte dieses Jahrhunderts 10 Milliarden Einwohner hat, noch relevant sein, noch mitbestimmen, noch entscheiden können, wie sich unser Leben entwickeln soll. Darum muss Deutschland die Aufgabe wahrnehmen, dafür zu sorgen, dass die Europäische Union gelingt und wir eine bessere Europäische Union bekommen.

Deutschland ist das große Land in der Mitte der Europäischen Union. Wir sind die, die nicht am Rande stehen können, schlecht gelaunte Kommentare zu den Plänen der anderen abgeben und letztendlich das Spiel spielen, dass man hierzulande den Fernsehkameras mitteilt, was man in Brüssel alles erreichen will, dort freundlich verhandelt, hinterher zurückgeht und erklärt, wie man es allen anderen gezeigt hat.

**Christian Lindner, FDP:**

## So wie es ist, darf es nicht bleiben



**Christian Lindner (\*1979)**  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

**H**err Kanzlerkandidat, eine gewisse Siegesgewissheit kann man Ihnen nicht absprechen. Allerdings geht es nicht darum, Umfragen zu gewinnen, sondern Wahlen. Und 1976 hat Helmut Kohl sogar die Erfahrung machen müssen, dass man

Wir müssen das anders machen. Wir müssen das Land sein, das sich für diesen gemeinsamen Fortschritt verantwortlich fühlt und dafür sorgt, dass es keine Spaltung zwischen Nord und Süd und West und Ost in Europa gibt, sondern dass die weitere Integration Europas gelingt. Das ist die große Herausforderung! Das ist die große Aufgabe, die wir haben. Das wollen wir gemeinsam hinkriegen: die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, dieser Deutsche Bundestag und die künftige Bundesregierung.

Aber auch wenn Europa das ist, woran wir arbeiten müssen, an einem starken, souveränen Europa, das in der Lage ist, die eigenen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen, wird das nur im Verbund mit der NATO und in enger Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika gelingen, mit der transatlantischen Zusammenarbeit, die so unverzichtbar ist. Das galt und das gilt auch in Zukunft.

Für mich bedeutet das auch, dass wir alles dafür tun müssen, dass wir unsere Verteidigungsanstrengungen auch gut gewährleisten können. Deshalb bin ich froh, dass in dieser Legislaturperiode die schlechte Zeit für die Bundeswehr, die unter einer schwarz-gelben Koalition begonnen hat – es tut mir leid, das sagen zu müssen –, endlich zu Ende gegangen ist, dass der Bundeswehrhaushalt in den letzten Jahren die größten Steigerungen bekommen hat. Das war richtig so. Diesen Weg werden

wir weiter beschreiten, meine Damen und Herren.

Wir werden auch in Zukunft – das will ich an dieser Stelle sagen – weiter Entscheidungen im Rahmen der EU, im Rahmen der NATO und auf Grundlage von Beschlüssen der Vereinten Nationen treffen müssen, dass wir Soldaten im Ausland einsetzen. Ich finde, dass die Entwicklung in Afghanistan einen Anlass dafür gibt, jeweils zu diskutieren, was man macht und was richtig ist. Aber es muss dabei bleiben, dass wir verstehen, dass wir nicht alleine sind, sondern dass wir mit den anderen zusammen für Frieden und Sicherheit in der Welt sorgen müssen. Das wird auch in Zukunft eine Aufgabe sein.

In diesem Sinne haben wir heute in diesem Haus die letzten Debatten. Ich bin sehr dankbar, dass wir hier noch so miteinander diskutieren können; denn jetzt ist ja die Zeit der Bürgerinnen und Bürger. Sie entscheiden am 26. September, wie es mit diesem Land weitergeht. Sie entscheiden, wie es mit unserer Gesellschaft weitergeht, ob Respekt sie bewegt, ob wir eine gute Zukunft haben, ob wir ein starkes und souveränes Europa haben.

Die Bürgerinnen und Bürger haben jetzt das Wort. Ein Aufbruch ist möglich. Ich hoffe und ich bin sicher: Er wird gelingen!

Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Abgeordnete der SPD erheben sich)

Wahlen gewinnen kann und danach trotzdem keine Koalition hat.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben entschieden, hier noch einmal zu reden. Sie haben über die Leistungen Ihrer Kanzlerschaft gesprochen. 16 Jahre dem Land an vorderster Stelle zu dienen, das hat unser aller Respekt verdient. Dennoch muss man feststellen: Am Ende Ihrer Kanzlerschaft ist unser Land nicht in einer Verfassung, die unseren Ansprüchen genügen sollte. Vor vier Jahren hieß es: „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.“ Heute wäre Kontinuität das größte Risiko für unser Land; denn so wie es ist, darf es nicht bleiben.

Drei Krisen – Corona, die Flutkatastrophe und der chaotische Abzug aus Afghanistan – haben uns allen in diesem Sommer noch

einmal vor Augen geführt, wo die Defizite liegen. Manche erfinden ja gerne, zumal in Wahlkämpfen, neue Aufgaben für unseren Staat. Aber unser Staat hat schon viele Aufgaben: Bundeswehr, Bildung, digitale Infrastruktur und Verwaltung, Justiz, Katastrophenschutz und Polizei. Statt fortwährend neue Aufgaben für diesen Staat zu erfinden, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir uns der Staatsaufgabe Nummer eins widmen, nämlich wieder zu funktionieren.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind zweifellos groß. Dringlich ist, dass wir in der Pandemie schnellstmöglich zu einem gesellschaftlichen Normalzustand zurückkehren. Mit Tests und

Fortsetzung auf nächster Seite



Hygienekonzepten haben wir zum einen Instrumente an der Hand, zum anderen aber brauchen wir schnell Fortschritte bei den Impfungen. Wo sind die mobilen Impfteams, über die so intensiv gesprochen wird? Auf dem Campus der Universität, in den Stadtteilen, vor den Einkaufszentren, bei Sport- und Kulturveranstaltungen. Nicht mehr die Menschen sollten zum Impfstoff gehen; der Impfstoff muss jetzt zu den Menschen kommen.

Einmal muss es doch gelingen, dass wir wortwörtlich vor die Welle kommen. Wir brauchen nämlich eine politische Garantie, dass es in diesem Herbst eben nicht noch einmal zu pauschalen Freiheitseinschränkungen, nicht noch einmal zu einem auch nur teilweisen Lockdown kommt. Der Bundesgesundheitsminister hat unlängst in einer Zeitung gesagt, er fordere die Menschen auf, nur noch kurz bis zum Frühjahr durchzuhalten. Ich glaube, es ist die Verantwortung der Politik, dass wir in diesem Herbst schon wieder gesellschaftliches Leben für alle garantieren können.

Nach der Pandemie müssen wir die Erholung der Wirtschaft organisieren. Die Staatsfinanzen müssen stabilisiert werden. Wir müssen Tempo bei der Digitalisierung machen, um unser Land international konkurrenzfähig zu halten. Der demografische Wandel macht eine Umstellung unserer Sozialsysteme notwendig. Und im Kampf gegen den Klimawandel unseren Charakter als Industriation zu erhalten, das wird die Aufgabe dieses Jahrzehnts sein.

Wenn der Kanzlerkandidat der CDU sagt, vor uns stehe ein Erneuerungs-, ein Modernisierungsjahrzehnt, dann hat er Recht. Aber was für ein trauriges Zeugnis stellt er damit zugleich seiner eigenen Partei aus, die 16 Jahre dieses Land regiert hat.

Und dennoch schauen wir nicht mit Pessimismus in die Zukunft, ganz im Gegenteil. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass wir diese Herausforderungen nicht nur bewältigen können, sondern dass in ihnen Chancen liegen. Wir können sie nicht nur bewältigen, wir können sie zu einem Fortschrittsthema unseres Landes machen.

Die Kassandrarufer der AfD haben Unrecht, wenn sie fortwährend die Abstiegs Geschichte Deutschlands bemühen. Dieses Land hat unglaublich viel private Initiative. Dieses Land hat unglaublich viel privates Know-how. Dieses Land hat sogar unglaublich viel privates Kapital.

Das Problem ist nicht das Land. Das Problem ist eine Regierung, die dieses Land fortwährend unterfordert und bürokratisch fesselt.

Der Kanzlerkandidat Scholz hat hier eben eine Reihe von Garantien gegeben, ökologische und soziale Vorhaben vorgestellt. Davon hört man viel auch in diesen Wochen von allen politischen Akteuren. Und ja, auch wir als Fraktion der Freien Demokraten haben soziale und ökologische Vorhaben. Da wollen wir uns von niemandem übertreffen lassen. Trotzdem, Herr Scholz, haben Sie in Ihrer sehr umfänglichen Rede nur kursorisch die Grundlage jeder sozialen und ökologischen Politik angesprochen.

Die Grundlage nämlich für alle sozialen und ökologischen Ziele, die auch Sie hier vorgestellt haben, ist ein stabiles wirtschaftliches Fundament. Ohne eine starke Wirtschaft ist alles, was auch Sie an Zusagen gegeben haben, eine unrealisierbare, unfinanzierbare Träumerei. Deshalb dürfen wir Wahlkämpfe nicht mehr nur mit dem Versprechen der Ausdehnung von staatlichen Leistungen, Subventionen und anderem machen, sondern wir müssen uns auch der Frage stellen, wie dieses Land diese Herausforderungen bewältigen kann, wie wir unser wirtschaftliches Fundament stärken.

Sie haben gerade gesagt, Herr Scholz, wir wachsen heraus aus der Krise. Tatsächlich hatte Deutschland im zweiten Quartal 1,5 Prozent Wachstum. Aber ist das tatsächlich die Dimension, die wir zur Sicherung unseres Wohlstands benötigen? Für Deutschland insgesamt wird dieses Jahr 3,4 Prozent Wachstum prognostiziert. Für die Vereinigten Staaten von Amerika indessen sind es 7 Prozent, für China 8,1 Prozent Wachstum. Selbst Italien wird mit 4,2 Prozent Wachstum eine dynamischere Wirtschaft haben als wir. Das ist keine statistische Größe; das ist Realität. Es sagt nicht die Opposition, sondern die Zahlen sagen: Unser Land kommt schlechter aus der Krise als die Wettbewerber. – Das zeigt, dass Deutschland in den vergangenen Jahren dramatisch an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. Und das, meine Damen und Herren, bedeutet übersetzt: Millionen von

Bürgerinnen und Bürgern haben schlechtere Chancen

auf sozialen Aufstieg als anderswo in Europa und der Welt.

Aus diesem Grund kann und darf sich die Politik nicht länger mehr nur auf das Verteilen des Wohlstands konzentrieren. Da gibt es ja Spezialisten, die sich ausschließlich auf das Verteilen des Wohlstands konzentrieren. Dieses Land muss aber die Frage neu beantworten, wie es diesen Wohlstand unter veränderten Bedingungen überhaupt erwirtschaften will. Deshalb braucht unsere Wirtschaft einen Kickstart aus der Krise. Wir müssen zur Spitze in der Welt aufschließen. Aber nicht mit bürokratischen Subventionen oder staatlich gelenkten Konjunkturprogrammen, sondern durch marktwirtschaftliche Impulse.

Herr Scholz, Sie haben hier heute über diejenigen gesprochen, die über Steuerentlastung reden. Sie haben tatsächlich in einem Höchststeuerland diejenigen kritisiert, die Entlastung organisieren wollen. Sie selbst haben aber darüber geschwiegen, dass Ihre Fraktion und diejenigen, die Ihnen politisch nahestehen, in diesem Land breitflächige Steuererhöhungen organisieren wollen. Nach einer solchen Wirtschaftskrise wollen Sie für den Mittelstand die Einkommensteuer, die für diesen ja auch die betriebliche Steuer ist, erhöhen. Nach einer Krise, in der viele Eigenkapital verloren haben! Nach einer Krise, in der Selbstständige ihre Altersversorgung haben angreifen müssen! Nach einer solchen Wirtschaftskrise wollen Sie allen Ernstes einen Aufschwung mit Steuererhöhungen organisieren? Ich sage Ihnen, das glatte Gegenteil wäre richtig: Auf eine Wirtschaftskrise antwortet man mit Entlastung.

Ein Beispiel. Ich will ganz sicher nicht in jedem Punkt auf die britische Politik Bezug nehmen. Aber tatsächlich hat die Regierung im Vereinigten Königreich nun ein Superabschreibungsprogramm vorgelegt: 130 Prozent Abschreibung auf Investitionen im ersten Jahr. – Das müssen wir in Deutschland nicht eins zu eins übernehmen; denn so zurückhaltend bei Investitionen wie die britische Wirtschaft sind der deutsche Mittelstand und die deutsche Industrie nicht. Trotzdem sollten wir uns daran orientieren.

Der konkrete Vorschlag ist: Wir brauchen in Deutschland ebenfalls super Abschreibungen. Geben wir den Betrieben eine Phase, in der sie hohe Investitionen in die Anlagen binnen zwei Jahren abschreiben können. So mobilisieren wir private Investitionen in

saubere Technologie, in Investitionen für den Klimaschutz, die Digitalisierung, die Modernisierung unseres Landes. Und sorgen wir mit einer Pause für zusätzliche Bürokratie à la Lieferkettengesetz dafür, dass sich die Betriebe auf das konzentrieren können, was jetzt nützt, nämlich die Sicherung und die Schaffung von Jobs.

Zur ökonomischen Transformation gehört ja auch, die ökologische Transformation mitzudenken. Wir müssen allerdings klären, in welche Richtung wir uns entwickeln wollen. Hier in Berlin sprechen die Grünen ja davon, dass sie aus unserer Hauptstadt ein Bullerbü machen wollen. Ich habe mitunter den Eindruck, dass Bullerbü auch ihr Leitbild für die Zukunft unseres Industriestandorts sein könnte: eine ländliche Dorfidylle mit subventioniertem Lastenrad. Aber bei aller Liebe zu Astrid Lindgren und Bullerbü: Ich kann mich nicht erinnern, jemals gelesen zu haben, wovon die Menschen in Bullerbü eigentlich leben. Deshalb kann das kein Leitbild für Deutschland sein.

Aber wir können im Klimaschutz Vorreiter sein; wir müssen es sogar. Wir können zeigen, dass Klimaschutz nichts Belastendes ist. Die Schweiz ist ein mahnendes Beispiel. In der Schweiz hat sich selbst die jüngere Generation gegen ein Klimagesetz ausgesprochen, und zwar deshalb weil sie das Gefühl hatte, in ihrer freien Lebensführung und in ihren wirtschaftlichen Perspektiven beschnitten zu werden. Genau das sollte uns eine Mahnung sein.

Einer der führenden deutschen Intellektuellen, Heinz Bude, hat neulich der Ihnen nahestehenden Tageszeitung „taz“ ein Interview gegeben. Bude sagt – Zitat -: „Ich empfehle dem grünen Milieu eine nähere Beschäftigung mit der FDP; denn angesichts des Klimaschutzes droht das Individuum unter die Räder zu geraten“. – Und Heinz Bude hat recht: Mit der Art und Weise, wie Sie Klimaschutz machen wollen, gerät das Individuum mit seinem Recht auf Freiheit und wirtschaftliche Perspektive unter die Räder.

Machen wir uns ehrlich. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ – jetzt einmal die „FAZ“, nicht die „taz“ – schrieb neulich, dass unsere Energie- und Klimapolitik inzwischen ein Labyrinth sei von sich zum Teil widersprechenden Geboten, Verboten, Subventionen,

Anreizen und Programmen. Fangen wir bei dieser wichtigen Aufgabe neu an. Geben wir ein klares Ziel vor – null Emissionen im übernächsten Jahrzehnt –, aber setzen wir zur Erreichung auf die Marktwirtschaft; denn sie hat historisch und international bewiesen, dass sie im Umgang mit knappen Ressourcen allen anderen Ordnungen überlegen ist.

Herr Scholz, Sie haben recht: Der Strombedarf der deutschen Wirtschaft steigt. – Aber nicht alleine die Kapazität der Energieerzeugung in Deutschland ist entscheidend. Wir müssen auch wieder die Frage nach der Bezahlbarkeit der Energie stellen. Deshalb kann das Erneuerbare-Energien-Gesetz eben nicht so bleiben, wie es ist. Und deshalb war es richtig, dass in der Vergangenheit – so viel Lob an CDU und CSU – bei den Ausbauzielen auch auf den Preis geachtet wurde.

Dass „German Engineered Klimaschutz“ funktioniert, zeigt, nebenbei gesagt, die IAA. Die deutsche Schlüsselindustrie hat sich längst für ihre Zukunftsaufgaben aufgestellt. Mit innovativen und sauberen Produkten werden wir auch in Zukunft das Autoland Nummer eins sein können. Deshalb braucht diese Industrie mit ihren Milliarden an Gewinnen nicht mehr die Subventionen, die nahezu alle Fraktionen dieses Hauses unverändert ins Schaulaufen stellen. Um es klar zu sagen: Es ist absurd, dass der deutsche Steuerzahler auch die E-Autos für Gutverdiener über den Lebenszyklus mit bis zu 20 000 Euro fördert, während wir pro Schuljahr und Schüler nur 8 200 Euro in die Bildung investieren.

Die Automobilbranche – bei allem Respekt – braucht Technologieoffenheit, damit zum Beispiel auch synthetische Kraftstoffe als Teil des Energieimports im Markt eine Chance haben. Aber die Automobilbranche braucht keine Geldgeschenke der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mehr.

Von einem Weg des Verzichts und der Verbote raten wir also ab. Herr Scholz hat ja darauf hingewiesen, dass auch er den Wunsch nach Prosperität und Wohlstand in anderen Weltregionen respektiert. Das teile ich. Aber, Herr Scholz, wenn wir Vorreiter sein wollen, dann sollten Sie auch in das Programm Ihrer Partei und in das von Bündnis 90/Die Grünen schauen. In diesen Programmen ist nämlich nicht die Rede davon, dass man Klimaschutz durch Technologie, durch Marktwirtschaft und Fortschritt machen wolle,

### Der demografische Wandel macht eine Umstellung unserer Sozialsysteme notwendig.

### Heute wäre Kontinuität das größte Risiko für unser Land; denn so wie es ist, darf es nicht bleiben.

### Nach der Pandemie müssen wir die Erholung der Wirtschaft organisieren.



Als ob zum Beispiel ein Tempolimit einen Beitrag zur Bekämpfung der Erderwärmung leisten würde! Es ist ausschließlich eine Wertefrage. Es leistet keinen Beitrag zur Bekämpfung der Erderwärmung. Es ist nur die Wertefrage, ob man erwachsenen Menschen mündige, verantwortliche Entscheidungen zutraut oder nicht. Mehr ist das nicht.

Mein Vorschlag ist deshalb ein anderer. Warum stellen wir solche kleinteiligen Reglementierungen nicht an die Seite? Im nächsten Jahr wird Deutschland den Vorsitz der G 7 haben. Wir werden die G-7-Präsidentschaft haben. Machen wir doch das Thema „Klimaschutz durch Technologie“, machen wir doch globale Partnerschaft beim Klimaschutz zum Leitgedanken der deutschen G-7-Präsidentschaft im nächsten Jahr. Wie ungleich größer wäre das als die kleinteiligen Debatten über Tempolimits in Deutschland.

Schützen wir die Handlungsfähigkeit der nachfolgenden Generationen – aber nicht nur durch Klimaschutz, sondern auch durch solides Haushalten. Nach Corona stehen wir vor Rekordschulden. Und liegt das wirklich an der Pandemie? Wenn man die Finanzpolitik von Olaf Scholz vor 2020 betrachtet, ergibt sich ein anderes

Bild; denn die Staatsquote ist kontinuierlich gestiegen. 2019 lag sie bei 45,2 Prozent. Angesichts von Rekordsteuereinnahmen ist viel zu wenig für Schuldenabbau und Konsolidierung eingesetzt worden.

Die Bundesausgaben sind in den letzten Jahren doppelt so stark gestiegen wie die Realwirtschaft. Und zu viele Staatsausgaben sind in konsumtive Bereiche geflossen, nicht in Investitionen. Es ist nicht die Schuldenbremse, die uns an Investitionen gehindert hat, es waren die politischen Leitentscheidungen für den Staatskonsum. Lediglich 3,9 Prozent der Milliarden an Steuereinnahmen seit 2013 sind in Investitionen geflossen, die unser Land moderner gemacht hätten, fast 50 Prozent der Steuermehreinnahmen dagegen in den staatlichen Konsum.

Der ehemalige Chefökonom des BMF, Ludger Schuknecht – auf den hätten Sie hören sollen! –, hat von einer Verdrängung der Investitionen durch den staatlichen Konsum im Haushalt gesprochen und davor gewarnt. Diese Stimme der Vernunft musste auf Entscheidung von Olaf Scholz das Finanzministerium verlassen. Und das ist für mich ein deutlicher Beleg: Nicht die Pandemie hat die Staatsfinanzen ruiniert. Das war zuvor schon die Haushaltspolitik von Olaf

Scholz.

Die Folgen expansiver Finanzpolitik sehen wir allerdings schon heute: Die Inflation liegt bei 3,9 Prozent – so hoch wie seit Jahrzehnten nicht. Prognosen gehen von einem Anstieg auf 5 Prozent aus. Das trifft kleine und mittlere Einkommen. Das trifft die Rentnerinnen und Rentner; denen kann man nicht wie den Jüngeren empfehlen: Geht in Aktien! – Für die ist es aufgrund ihrer Lebenssituation möglicherweise gar nicht empfehlenswert, in langfristige Anlagen zu gehen, die natürlich in der kurzfristigen Betrachtung auch ein Risiko haben werden. Gerade die Rentnerinnen und Rentner, die Kleinsparer, die Menschen mit kleinem Einkommen, all die werden durch Inflation getroffen.

Selbstverständlich hat die Inflation etwas mit unterbrochenen Lieferketten und Sondereffekten zu tun. Aber lassen wir in diesem Zusammenhang nicht die Politik unserer Europäischen Zentralbank aus den Augen. Die EZB musste aufgrund der enormen Verschuldungssituation in Europa zu künstlich niedrigen Zinsen greifen, zu Anleihekaufprogrammen. Sie hat deshalb gar nicht mehr das Instrumentarium wie die amerikanische Notenbank, um auf die Inflation zu reagieren.

Deshalb, Armin Laschet – er sagt ja, er reise nicht mit dem Taschenrechner nach Brüssel –, deshalb, Herr Scholz, der Sie hier von Integration sprechen, erwarten wir noch vor der Bundestagswahl ein klares Statement, dass Deutschland in der nächsten Legislaturperiode weiter – ich sage besser: wieder – Anwalt von Stabilität in Europa ist. Die finanzpolitische Eigenverantwortung der Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion muss unser Anliegen bleiben.

Machen wir die Sozialversicherungssysteme nachhaltig. Der demografische Wandel droht unsere Sozialkassen zu überfordern. Alimentierung mag edlen Motiven folgen, nachhaltig ist sie nicht. Das Gros der Menschen will eben nicht Transfers, sondern faire Chancen auf einen Job. Deshalb muss das neue gesellschaftliche Projekt die Erneuerung des Aufstiegsversprechens sein. Gute Bildung ist dazu der Schlüssel.

Wir müssen dafür sorgen, dass der eigene Wohlstand nicht durch das Elternhaus vorgezeichnet wird. Es ist Zeit, dass wir Bildung auch für den Bund zu einem Schlüsselprojekt machen, damit der Bund investieren darf in Kitas, Schulen und Hochschulen, dass wir eine Exzellenzinitiative be-

kommen – nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für den beruflichen Bereich. Das Kooperationsverbot muss fallen.

Und für die Menschen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit in eine schwere Lebenssituation geraten, muss es Aufstiegschancen geben. Herr Scholz, Sie sprechen von 12 Euro Mindestlohn. Wer einen Minijob hat, hat dadurch kein höheres Einkommen, sondern wird gezwungen, weniger zu arbeiten. Das allein hilft Menschen nicht. Wie viele Menschen im Mindestlohn haben einen Minijob? Was ist mit der alleinerziehenden Mutter im Hartz-IV-Bezug? Der wollen Sie, wenn sie einen Minijob hat, zwar den Mindestlohn erhöhen; aber die Zuverdienstgrenzen werden nicht erhöht. Sie wird weiter 80 Prozent ihres Zuverdienstes abgeben; und das ist der größte Skandal der Aufstiegsungerechtigkeit in Deutschland.

Deshalb: Wir stehen vor Richtungsentscheidungen in diesem Land. Unsere Botschaft ist klar: Freiheit vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen und mehr Freude am Erfinden als am Verboten.

(Beifall bei der FDP – Jan Korte (DIE LINKE): Mann, Mann, Mann! Stabil neoliberal!)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

## Unser Land braucht dringend einen Regierungswechsel



Dietmar Bartsch (\*1958)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

**S**ehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! In Kürze endet Ihre Amtszeit nach 16 Jahren, nach beinahe 6 000 Tagen an der Regierungsspitze, nach unzähligen Reden, Verhandlungen, Entscheidungen, Gipfeln, Gipfelnächten. Sie haben sich eingesetzt und haben sich selbst viel abverlangt. Das erkennt meine Fraktion auch an. Ich sage aber auch: Nach 16 Jahren Kanzlerschaft, nach fast 6 000 Tagen unter Ihrer Führung – mit SPD oder FDP – braucht unser Land dringend einen Regie-

rungswechsel. Ich stimme Ihnen zu: Es geht um einen Richtungsentscheid.

Das Land ist heute sozial, kulturell, politisch tiefer gespalten als zu Beginn Ihrer Kanzlerschaft. Sie hinterlassen ein Land im Krisenzustand und nicht wenige Bürgerinnen und Bürger, die das Vertrauen in die staatliche Kompetenz der Krisenlösung immer mehr verlieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Krisen werden nicht mehr gelöst, sondern sie werden verwaltet. Ministerinnen und Minister werden nicht an ihrer Leistung gemessen, sondern durchgeschleppt bis zum Schluss. Eingeschlichen hat sich in 16 Jahren eine Unkultur der politischen Verantwortungslosigkeit, meine Damen und Herren. Das muss beendet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 16 Jahre an der Spitze eines

Landes geben ja die Gelegenheit, ein Land zu prägen und ein politisches Vermächtnis zu hinterlassen. Ich habe genau zugehört, was das denn sein soll. Es hätte ja vielleicht ein zukunftsfähiger Sozialstaat oder Ähnliches sein können. Sie haben über Digitalisierung gesprochen, dass es da so toll sei. Ich kann nur sagen: Schon vor 16 Jahren wurde gesagt, Deutschland soll Weltmeister bei der Digitalisierung sein. – Und wie ist die Realität? Wir sind hinteres Drittel, meine Damen und Herren. Gucken Sie sich doch die Situationen der Schulen bei der Digitalisierung an. Das ist einer der größten Skandale.

**2020 leben fast zwei Millionen Minderjährige in Hartz-IV-Familien.**

Ich will Ihnen sagen, was bleibt – unser Land hat sich auseinanderentwickelt – und will Ihnen dazu ein Beispiel nennen: 2006 lebten 18,6 Prozent der Kinder unter der Armutsgrenze, im Jahre 2019 sind es 20,5 Prozent. Die Kinderarmut in

unserem Land ist gestiegen. 2020 leben fast zwei Millionen Minderjährige in Hartz-IV-Familien. Das ist Ihre Bilanz.

Ich will Sie mal an Ihren eigenen Maßstäben messen: In Ihrem Koalitionsvertrag steht auf Seite 21:

„Wir werden Kinderrechte im Grundgesetz ausdrücklich verankern. Kinder sind Grundrechtsträger, ihre Rechte haben für uns Verfassungsrang.“

Was haben Sie gemacht? Gar nichts haben Sie gemacht! Das zeigt die Wertschätzung der Kinder, der Heranwachsenden in unserem Land. Und ich finde, es ist skandalös, dass Sie bei Kinderarmut, bei Armut bei den Heranwachsenden so versagt haben, meine Damen und Herren.

Die Bundesregierung hat das Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit, in Vorsorge und Sicherheit extrem eingeschränkt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach 18 Monaten Pandemie ist eine Frage überhaupt nicht geklärt. Ich finde im Übrigen, dass es richtig war, dass geholfen worden ist. Ich finde auch die Neuverschuldung richtig. Da hatten wir an Einzelmaßnahmen vieles zu kritisieren; doch Kurzarbeitergeld, Un-

terstützung von Unternehmen usw., alles in Ordnung. Aber die zentrale Frage „Wer zahlt die Krise?“ wird nicht beantwortet. Oder

ich kann auch ganz anders fragen: Warum sollen diejenigen, die dieses Land am Laufen halten, warum sollen die Krankenschwester, der Paketbote, der Busfahrer die Coronarechnung bezahlen?

Frau Merkel und Herr Scholz, 20 Jahre sollen die Menschen die Kredite abstottern; das ist Ihr Plan. Aber in nur fünf Jahren, von 2013 bis 2018, sind die Vermögen der reichsten Haushalte in Deutschland fast um die Hälfte gewachsen. Sie bitten wieder die Normalbürger zur Kasse und schonen die fetten Konten. Und das ist inakzeptabel, meine Damen und Herren.

Wir haben einen Gegenvorschlag gemacht; der steht sogar im Grundgesetz, Artikel 106: eine einmalige Vermögensabgabe. Das ist unter Konrad Adenauer genau so angewendet worden – das war übrigens kein Linker –, und das DIW, keine Vorfelddorganisation der Linken, hat das geprüft. Praktikabel, sagen sie. Unser Vorschlag trifft

Fortsetzung auf nächster Seite



nur 0,7 Prozent der Bevölkerung; nur die Allerreichsten im Land – das sind diejenigen, die an Union und FDP immer satt spenden – sollen betroffen werden. Und ich sage: Es ist feige, weil Sie sich nicht mit den Superreichen anlegen, und es ist unsozial, weil die Schuldenlast das Land weiter spalten wird, meine Damen und Herren.

Man muss sich das mal konkret vorstellen: Die Krankenpflegerin, die die Coronapatienten rettet, bezahlt mit ihrem Steuergeld die Staatshilfen, die an BMW bezahlt werden, und BMW schüttet dieses Geld in Form von Dividenden aus, unter anderem an eine Frau Klatten, deren Vermögen täglich – täglich! – um 3 Millionen steigt. – Warum fordern Sie dieses Geld nicht zurück? Staatshilfen kassieren und Dividenden ausschütten, das ist inakzeptabel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alte Leistungs- und Wohlstandsversprechen des Landes – meinen Kindern wird es einmal besser gehen – gilt, wenn überhaupt, nur noch eingeschränkt. Das ist ein sehr schlechter Befund für unser Land und auch ein Ergebnis von 16 Jahren Angela Merkel. „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“, haben Sie vor der letzten Wahl versprochen. Haben Sie das geschafft und, wenn ja, für wen?

Auch da eine Zahl: Jedem dritten Arbeitnehmer und jeder dritten Arbeitnehmerin, in Vollzeit wohlgeerntet, droht nach 45 Jahren eine Rente von unter 1 100 Euro netto. Das ist ein Armutsrisiko, und das ist nicht hinnehmbar, meine Damen und Herren. Deutschland, ein Hochlohnland – für viele Menschen ist das ein Märchen. Deutschland hat ein gewaltiges Lohnproblem; und das belastet im Übrigen auch die Sozialkassen.

Herr Scholz, Sie haben über die Altenpflegerinnen geredet. Ich will Sie mal darauf aufmerksam machen: 17 000 Altenpflegerinnen und Altenpfleger in unserem Land müssen zum Sozialamt und aufstocken, weil sie von ihrem Lohn nicht leben können. Das ist doch beschämend, meine Damen und Herren! Das ist die Wahrheit: klatschen und nicht handeln. Die Helden des Alltages, die an der Kasse teilweise ihr Leben oder zumindest ihre Gesundheit riskiert haben, haben weniger in der Tasche. Und gleichzeitig scheffeln die Eigentümer der Ketten Milliarden.

Das ist doch obszön.

Und dann haben Sie was zu den Renten gesagt, Herr Scholz: Die Renten seien stabil, und Sie wollten sie stabil halten. – Was denken Sie eigentlich, was so ein Rentner, der 45 Jahre gearbeitet und 2 650 Euro bekommen hat – das ist der Durchschnittsverdienst –, nach 45 Jahren kriegt? Ich kann es Ihnen sagen: 1 100 Euro netto. Das ist nicht stabil, und wenn überhaupt, ist es sehr niedrig stabil. 45 Jahre nahezu Durchschnittsverdiener und dann sozialer Abstieg im Alter, das ist die Realität in dem Gut-und-gerne-Deutschland, Frau Merkel.

Und liebe Sozialdemokraten, lieber Olaf Scholz: Seit 1998 habt ihr 19 Jahre regiert. Davon habt ihr 19 Jahre die Zuständigkeit für Rente gehabt. Und diese 19 Jahre waren für die Rentner stabil schlecht. Und das muss sich ändern. Wir brauchen eine große Rentenreform. Es ist doch nicht erklärbar, dass ein Rentner in Hamburg im Schnitt 800 Euro weniger Rente bekommt als ein Rentner in Salzburg – bei gleichem Verdienst. Und dafür gibt es Gründe: Die Arbeitnehmer in Deutschland, in der stärksten Wirtschaft Europas, werden mit unterdurchschnittlichen Renten abgespeist. Das ist nicht zu akzeptieren! Damit muss Schluss sein! Die Löhne und die Renten müssen steigen. Leistung muss sich für die wahren Leistungsträger wieder lohnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Jahr 2019 haben 40 Personen jeweils mehr als 100 Millionen geerbt oder geschenkt bekommen. Davon haben immerhin 31 null Steuern bezahlt. Null! Die haben über 100 Millionen geerbt und haben null Steuern bezahlt. Aber bei der Arbeitsleistung der Bürger greifen Sie voll zu. Das hat überhaupt nichts mit Leistungsrechtheit zu tun.

Wir brauchen Entlastung bei den Geringverdienern und bei der Mittelschicht. Es ist allerhöchste Zeit für eine große Steuerreform. Nach unseren Vorschlägen hätte die Krankenschwester, hätte der Busfahrer 100 Euro mehr im Monat, oder Familien mit kleinen und mittleren Einkommen hätten 500 Euro im Monat mehr; das hat das ZEW errechnet. Ich finde, das ist dringend notwendig.

Zu den Energiekosten, meine Damen und Herren: Das ist ja eine

Glanzleistung am Ende Ihrer Regierung. Die Mieterinnen und Mieter tragen alleine die Mehrkosten für den CO<sub>2</sub>-Preis bei Heizung und Warmwasser. Kalt duschen sollen die Mieter. Das empfehlen die Immobilienlobby und Leute aus Ihrer Fraktion, Frau Merkel. Ich finde, das ist eine Unverschämtheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein Wort zur Klimapolitik. Die Bundeskanzlerin hat gesagt: Klimawandel funktioniert nur, wenn die Menschen mitgenommen werden. – Was ist denn die Realität? Familien zahlen in diesem Jahr 600 Euro mehr für Energie. Aber Ihr Versprechen war doch, mit der Klimapolitik die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Wo ist denn die Entlastung? Den Strompreis wollten Sie senken. Aber in Deutschland wird ein um 30 Prozent höherer Strompreis als sonst in Europa gezahlt. Was ist denn das für eine Politik von Herrn Altmaier? – Gute Besserung im Übrigen!

Ich habe den Verkehrsminister gefragt, wie hoch denn aufgrund der CO<sub>2</sub>-Bepreisung seit Januar die Emissionssenkung ist: bis 2025 2,5 Prozent. Na Donnerwetter! Sie verbessern die Situation in fünf Jahren um 2,5 Prozent, und dafür ziehen Sie den Leuten beim Tanken und beim Heizen das Geld aus der Tasche. Ihre Klimapolitik ist ineffizient, und sie ist teuer, meine Damen und Herren.

Und der Verkehrsminister hat noch etwas geantwortet. Der Güterverkehr wird nicht schrittweise von der Straße auf die Schiene verlegt, nein. Man könnte es ja annehmen, wenn man die Pariser Klimaziele erreichen will. Nein, es geht genau in die andere Richtung: neue Rekorde auf der Straße und Rückgang auf der Schiene. Brummis runter von der Straße und Masterplan für den Güterverkehr, das wäre die richtige Maßnahme für das Klima, meine Damen und Herren. Aber es geht natürlich nicht, wenn die CSU das Verkehrsministerium seit zwölf Jahren führt. Bahnkunden, Autofahrer und Radfahrer haben was Besseres verdient als die CSU, meine Damen und Herren.

Ich will eine Bemerkung zum Thema Afghanistan machen, weil das hier noch mal eine große Rolle spielt, und ich will daran erinnern: Gerhard Schröder und Joschka Fischer haben Deutschland in diesen Krieg geführt. Der Einsatz ist der schwärzeste Punkt in Ihrer außenpolitischen Bilanz, Frau Merkel. Keines der Ziele, das in den Mandatsbegründungen steht – und ich kann Ihnen nur



Wohnungsnot und bezahlbare Mieten sind wichtige Themen des Wahlkampfes.  
© picture alliance/dpa | Jörg Carstensen

empfehlen, die alle noch mal zu lesen -, wurde erreicht, meine Damen und Herren.

Ich will an dieser Stelle noch einmal sehr, sehr deutlich sagen: Nicht die Partei, die 20 Jahre gegen den Krieg war und die sich im Übrigen hier im Bundestag für die frühzeitige Evakuierung eingesetzt hat, gemeinsam mit Grünen und sogar mit der FDP, ist verantwortungslos, sondern andere haben außenpolitisch und sicherheitspolitisch verantwortungslos agiert. Diejenigen, die 20 Jahre das Leben von Soldaten gefährdet haben, was zu Toten geführt hat, die sind verantwortlich.

Und wenn Herr Grosse-Brömer sagt, wir hätten die Rettungsflüge abgelehnt, ist das einfach mal völlig falsch. Wir haben das hier beantragt; Sie haben es abgelehnt. Und dann haben Sie hier ein schludriges Mandat vorgelegt, dem man nicht zustimmen

konnte. Wir wollten so viel wie möglich evakuieren. Das wollen wir im Übrigen noch heute. Ihre Bilanz ist doch verheerend: 138 Ortskräfte. Und da tun Sie sich noch dicke! Das Gegenteil ist der Fall: Verantwortungsvolle Politik läuft anders. Und wenn es ein Ergebnis gibt, dann muss man darüber eines ganz klar sagen: Interventionen und Beteiligungen an Eskalationen, das ist nun wirklich dramatisch gescheitert.

Und da auch eine Erinnerung an Ihre Legislatur: In diesen vier Jahren haben Sie Rüstungsexporte für 22,5 Milliarden genehmigt. Sie exportieren den Tod, und die Konzerne verdienen blutige Profite mit diesem Geld. Das ist inakzeptabel! Rüstungsexporte auch nach

Afghanistan und nach Pakistan – das geht so nicht, meine Damen und Herren.

Ich sage Ihnen ganz klar: Wir wollen nicht, dass Deutschland mit Herrn Laschet, mit Herrn Merz, mit Herrn Scheuer oder auch mit Herrn Lindner den Weg zurück in die neoliberale Mottenkiste geht. Wir machen eine Politik für Millionen und nicht für Millionäre. Millionen im Land würden von einem höheren Mindestlohn von 12 oder 13 Euro profitieren. Millionen, darunter Krankenschwestern und Paketboten, würden mit unserem Steuerkonzept deutlich entlastet, meine Damen und Herren. Endlich würden wir eine Kindergrundsicherung durchsetzen können, damit Kinderarmut ernsthaft bekämpft wird, gemeinsam mit Grünen und Sozialdemokraten. Millionen Rentnerinnen und Rentner müssten nicht mehr um ihr Auskommen bangen, meine Damen und Herren, weil alle einzahlen müssen, auch Sie hier. Alle müssen in die Rentenkasse einzahlen.

Ja, am 26. September geht es um eine Richtungsentscheidung. Ich sage ganz klar: Die staatspolitisch verwahrloste Union – Maskendeals, Aserbaidschan-Affäre, FC eigene Tasche; wiederhole ich hier gerne – muss raus aus der Regierung. Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine Unionsregierung mehr, und die wollen auch nicht, dass eine FDP in die Regierung kommt, die am 5. Februar 2020 noch von Herrn Höcke in Thüringen mitgewählt wurde. Die Frage ist ganz einfach: Linke oder Lindner? Es ist die Frage, ob SPD und Grüne real ihr Wahlprogramm umsetzen wollen.

Ich will zum Schluss gerne den Satz von Christian Lindner abgewandelt wiederholen: Es ist besser, gut mit der Linken zu regieren, als

**In diesen vier Jahren haben Sie Rüstungsexporte für 22,5 Milliarden genehmigt.**



Annalena Baerbock, Bündnis 90/Die Grünen:

## Die nächste Regierung muss eine Klimaregierung werden



Annalena Baerbock (\*1980)  
Landesliste Brandenburg

Es ist ja verlockend, im Wahlkampf jetzt, drei Wochen vor der Bundestagswahl, zu versprechen: Keine Sorge, es wird alles so bleiben wie bisher. – Aber die Menschen in unserem Land wissen doch, dass wir nur dann das erhalten können, was uns lieb und teuer ist, wenn wir endlich Veränderung angehen, wenn wir uns endlich den großen Herausforderungen unserer Zeit aktiv stellen und nicht weiter abwarten.

Diese Bundestagswahl – Frau Bundeskanzlerin, Sie haben das sehr treffend gesagt – ist eine Richtungswahl. Diese Bundestagswahl ist eine Richtungswahl, weil sich entscheidet, ob die nächste Bundesregierung noch aktiv Einfluss auf die Klimakrise nehmen kann oder nicht. Deswegen muss die Frage des Klimaschutzes im Mittelpunkt der nächsten Bundesregierung stehen. Ich finde es nicht nur befremdlich, sondern ich finde es mit Blick auf all die Menschen in unserem Land, die gerade im Ahrtal und an anderen Orten alles tun, um Wiederaufbau zu leisten – Friseur, Handwerker, die unter der Woche arbeiten und am Wochenende kommen und freiwillig helfen, Häuser wieder aufzubauen –, auch wirklich unverantwortlich, dass wir hier in dieser Debatte zur Lage Deutschlands in dieser Situation zwar darüber sprechen, dass 30 Milliarden Euro für den Wiederaufbau bereitgestellt werden – das geschieht zu Recht, das unterstützen wir aus vollem Herzen –, dass wir aber nicht zur Kenntnis nehmen, dass diese 30 Milliarden Euro nichts an der Notwendigkeit ändern werden, in Zukunft bessere Vorsorge für den Fall, dass solche Extremwetterereignisse wiederkommen, zu treffen und Klimaschutzmaßnahmen zu betreiben. Wenn wir es ernst damit meinen, dass wir über diesen Moment nicht hinweggehen können, weil Menschen

alles verloren haben, dann muss Klimaschutz im Mittelpunkt der nächsten Bundesregierung als Klimaregierung stehen. Denn wir als Politik haben eine Verantwortung dafür, Menschen zu schützen.

Ich war wie Sie letzte Woche wieder vor Ort. Da stehen einem Bundespolizisten gegenüber und beschreiben noch mal die Situation, dass Helferinnen und Helfer eigentlich vor Ort waren, aber dann der Digitalfunk im Jahr 2021 nicht funktioniert hat. Wir haben erschreckende Berichte darüber gehört, dass Feuerwehrleute gesagt haben: Wir hätten drei Tage früher kommen können, wir hätten Hubschrauber schicken können, aber es hat nicht funktioniert, weil es beim Katastrophenschutz keine gemeinsame Zusammenarbeit mit der Bundesebene gibt. – Und Sie stehen hier einige Wochen danach, und dieses ganze Thema „Wie wappnen wir uns zukünftig gegen diese Katastrophen?“ spielt hier absolut keine Rolle. Das schützt unsere Sicherheit in Zukunft nicht.

Wir brauchen endlich eine Klimapolitik, die auf Vorsorge und Schutz aufgebaut ist. Das bedeutet auch: Wir brauchen ein Bundesamt für Bevölkerungsschutz, das hier Verantwortung übernimmt, weil verantwortungsvolle Politik bedeutet, dass man aufgrund eines solchen Tages seine Politik ändert, wenn man sieht, dass seine Politik in die Sackgasse geführt hat.

Was denn sonst sollen wir tun, wenn wir erleben, dass Extremwetterereignisse zunehmen? Was denn sonst sollen wir tun, wenn wir erleben, dass halb Südeuropa abbrennt, dass jetzt in New York Wasserfluten in U-Bahn-Schächte stürzen? Das ist doch der Punkt, wo man handeln muss und wo man nicht sagen darf: Wir machen einfach weiter wie bisher, und dann schauen wir mal. – Das ist das größte Risiko unserer Zeit und deswegen die zentrale Aufgabe für unsere Generation.

Ja, wir sind in einem Wahlkampf, Herr Scholz und Herr Laschet. Aber Wahlkampf heißt doch nicht, über die Sorgen der Menschen einfach hinwegzugehen. Nicht nur von jungen Menschen bei Fridays for Future, die auf die Straße gehen, sondern

auch von Psychologinnen und Psychologen, von Erzieherinnen und Erziehern hört man, dass Kinder sich Sorgen darüber machen: Wie werde ich eigentlich in Zukunft in diesem Land leben? Was passiert eigentlich, wenn meine Kita gerade weggespült wurde? Diese Frage hören Erzieherinnen und Erzieher jetzt in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz. Sie können angesichts der Ängste dieser Kinder doch nicht einfach sagen: Versteht doch bitte, unsere Angst über eine Benzinpreisdebatte ist noch viel größer. – Nein, wir sind die Erwachsenen. Wir sind die Politikerinnen und Politiker, die sagen: Wir werden alles dafür tun, diese Ängste zu nehmen.

**Wir als Politik haben eine Verantwortung dafür, Menschen zu schützen.**

Denn diese Ängste sind real. Ein Kind, das 2018 geboren ist, erlebt nicht nur einmal in seinem Leben ein Jahrhunderthochwasser, sondern nach all den Prognosen, die wir derzeit haben, werden diese Hochwasser alle zehn Jahre kommen, diese Sturzfluten alle paar Jahre kommen. Deswegen ist es jetzt Zeit, das politisch zu verändern.

Sie von der FDP und von der CDU sagen dann: Das soll mal der Markt regeln. – Vielleicht haben Sie heute die Zeitung aufgeschlagen; in der „SZ“ wurde das noch mal berechnet: Wenn das allein der Markt regeln soll, dann kostet die Tonne CO<sub>2</sub> 2 800 Euro. Das ist zutiefst sozial ungerecht. Die Klimakrise wird durch keinen Markt geregelt, weil dem Markt Menschen herzlich egal sind. Es braucht eine Politik, die sagt: „Wir machen das jetzt“, anstatt 17 Jahre weiter in der Kohle drinzubleiben. 17 weitere Jahre! Da unterscheiden Sie von der CDU und der SPD sich an keiner Stelle.

Herr Scholz, Sie reden ja oft von Respekt. Aber wie respektvoll ist es, in die Lausitz zu fahren und zu sagen:

„Ich werde weiter für den Kohleausstieg 2038 eintreten“, und ein paar Tage später dann bei den Umweltverbänden zu sagen: „2034 wäre eigentlich auch ganz in Ordnung“? Das ist für mich kein Respekt, sondern das zeugt davon, dass es keinen Kurs in der Klimapolitik gibt bei der SPD und bei Ihnen, wenn Sie dieses Land anführen wollen.

17 Jahre Weiter-so! Sie haben

ein Klimaschutzgesetz beschlossen, wo richtigerweise drinsteht: Wenn ein Sektor das Ziel nicht erreicht, dann muss man schauen, wie das in einem anderen Sektor geregelt wird. – Wenn Sie

17 Jahre lang weiter CO<sub>2</sub> aus der Kohleverstromung akzeptieren wollen, dann ist das so viel CO<sub>2</sub>, wie alle Gebäude zusammen erzeugen. Erklären Sie mal den Mieterinnen und Mietern, dass die jetzt die ganzen Klimaaufgaben übernehmen sollen, weil Sie nicht den Mut haben, den Kohleausstieg endlich auf 2030 vorzuziehen!

Das Dramatische an der Situation und der Grund dafür, weswegen wir jetzt nicht mit einem Fingerschnipsen diese Klimaneutralität erreichen können, ist, dass Sie acht Jahre als Große Koalition dieses Land regiert haben in einer Zeit der Vollbeschäftigung, der guten und sprudelnden Steuereinnahmen, niedrigster Zinsen, aber einfach diese Chance nicht genutzt haben. Sie haben es auf gut Deutsch vermasselt, den Weg zur Klimaneutralität endlich zu beschreiten. Da ist es schön, dass Sie jetzt sagen: Wir reden, seitdem der Wahlkampf begonnen hat, auch mit Stahlkonzernen und Chemiekonzernen darüber, wie die das eigentlich sehen.

Wissen Sie, die deutsche Industrie ist schon seit ein paar Jahren deutlich weiter als diese Bundesregierung. Der BDI hat auf seiner Jahrestagung deutlich gemacht: Die fehlende Planungssicherheit, weil es keine Richtungsentscheidung von der Großen Koalition gegeben hat, ist eins unserer größten Probleme für den Zukunftstandort Deutschland. Ich zitiere hier mal Herrn Russwurm:

„Es reicht nicht, Klimaneutralität per Gesetz vorzuschreiben. Die Politik muss auch dringend etwas dafür tun, dass das Ziel erreicht werden kann, und politische Entscheidungen treffen ...“

Genau darum geht es jetzt: nicht Klimaschutz auf Plakate zu schreiben, sondern politische Entscheidungen zu treffen. Das heißt, 2 Prozent der Landesfläche für Windkraft zu nutzen. Das bedeutet, den Kohleausstieg vorzuziehen und ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu zuzulassen. Und es bedeutet auch eine Solarpflicht für jedes neue Dach. Dass Sie selbst einen Antrag hierzu im Deutschen Bundestag nicht zugelassen haben bzw. über die Geschäftsordnung hinwegwischt haben, zeigt: Wenn die Große Koalition – angeführt von Ihnen, Herr Scholz, oder von Ihnen, Herr Laschet – demnächst hier weiterregieren würde, dann

würde das mit den Klimaschutzzielen einfach nichts werden.

In einer Situation, in der wir finanziell eben nicht mehr so gut dastehen wie in den letzten Jahren, müssen wir jetzt klare Prioritäten setzen. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben von den gleichwertigen Lebensverhältnissen gesprochen. Ja, das steht in unserem Grundgesetz; das ist eine der zentralen Aufgaben der Politik. Aber wenn wir mal genauer hinschauen, dann sehen wir, dass es in unserem Land ein riesengroßes Problem gibt, dass wir eben nicht nur in ländlichen Regionen kein Internet haben, sondern in ganz, ganz vielen Teilen unseres Landes.

Bei der Digitalisierung, dem Zukunftsthema nicht erst seit heute, sondern seit den letzten zehn Jahren, sind wir auf der Liste der 20 größten Industrienationen auf dem drittletzten Platz. Das ist die Regierungsbilanz von acht Jahren Großer Koalition bei der Digitalisierung. Im Schienenbereich sind mittlerweile jede sechste Weiche, jede sechste Brücke und jedes sechste Gleis reparaturbedürftig, und jetzt sprechen Sie über Modernisierung. Die Modernisierung hätten Sie in den letzten acht Jahren angehen müssen.

Wenn Sie dieses Weiter-so nicht einfach hinnehmen wollen, dann müssen Sie sich jetzt klar entscheiden und priorisieren. Sorgen wir jetzt für gleichwertige Lebensverhältnisse! Investieren wir jetzt in unsere Infrastruktur! Oder wollen wir weiter hinnehmen, dass wir in unserem Land einen Investitionsstau von 140 Milliarden Euro haben?

Ich will das nicht! Ich möchte, dass man auch im ländlichen Raum mobil unterwegs ist. Ich möchte, dass wir an allen Orten in unserem Land vernünftige Schulen und schnelles Internet haben. Deswegen braucht die Schuldenbremse eine Erweiterung durch eine Investitionsregel. Dass Sie sich als Finanzminister auch weiterhin dagegenstellen, zeigt, dass der Respekt vor der Zukunft offensichtlich nicht so groß ist.

All diejenigen, die wirklich mal im Land unterwegs sind, erleben doch, was es bedeutet, wenn wir nicht in unsere Daseinsvorsorge investieren: Grundschülerinnen und Grundschüler, die in der dritten, vierten Klasse noch nicht schwimmen können, weil im ländlichen Raum die Schwimmbäder zumachen. Ebenso bei Kunst und Kultur: Alle haben gesagt: „Ja, irgendwie ist das system-

**Wir brauchen endlich eine Klimapolitik, die auf Vorsorge und Schutz aufgebaut ist.**



relevant“; aber genau da wird jetzt gespart werden, wenn wir die Investitionen eben nicht bereitstellen.

Das Sie als Union in so einer Situation mit Ihren Steuervorschlägen vor allen Dingen die reichsten 10 Prozent entlasten wollen, anstatt in die Daseinsvorsorge und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu investieren, zeigt auch, für welche Richtung Sie sich in Zukunft entscheiden.

Da hilft es aber auch wenig, dass Ihnen, Herr Scholz, jetzt einfällt, dass wir eine Kindergrundsicherung brauchen. Wir haben das hier im Deutschen Bundestag in all den Jahren immer wieder diskutiert. Es war Ihr Ministerium, das im Familienausschuss immer wieder deutlich gesagt hat: Ach nee, Kindergelderhöhung, darüber reden wir mal; aber die Frage von Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze, das gehen wir nicht an.

Jede Mutter, die von den Hartz-IV-Kinderregelsätzen lebt, weiß, wie es ist, wenn man als Familie an so einem schönen Sommertag feststellen muss: Eis ist nicht drin, Schwimmbad ist nicht drin, die neuen Fußballschuhe sind auch nicht drin. – Denn das, was Ihre Kinder- und Familienpolitik bisher war, bedeutet für jedes fünfte Kind in diesem Land, dass die Mutter für ihr Kind 1,50 Euro zur Verfügung hat. Das reicht vorne und hinten nicht aus.

Weil wir gerade bei Steuern und Gerechtigkeit sind: Wer ausgerechnet den Kampf gegen Steuerbetrug lieber weiter mit Fax und Brief führen will, den frage ich wirklich ernsthaft: Welcher Gesellschaft will er eigentlich dienen? Dass Sie sich aus Angst vor einer dicken, fetten Schlagzeile in einer großen Zeitung genau in diesem Moment auch als Finanzminister wegducken, zeigt, dass Sie offensichtlich aus Warburg und Wirecard nicht wirklich etwas gelernt haben.

Den Amtseid, den einige von Ihnen schon ein paarmal hier geschworen haben, aber dessen Bedeutung Sie mittlerweile vielleicht vergessen haben, heißt: „meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen“ und „Schaden von ihm wenden“. Schaden von ihm zu wenden, bedeutet, vorzusorgen, eine vorausschauende Politik zu machen: beim Klimaschutz, bei der Frage der Gerechtigkeit und vor allen Dingen auch mit Blick auf den Kampf gegen die Pandemie.

Wir stehen gerade wieder vor einem Coronaherbst. Wir sehen, dass die Infiziertenzahlen massiv nach oben steigen wie auch die

Hospitalisierungsquote. Wir haben Krankenschwestern, Pflegerinnen und Ärzten gesagt: Es wird nicht noch einmal passieren, dass wir hier klatschen und ihr Tag und Nacht durcharbeiten müsst. – Und was passiert jetzt? Es müsste jetzt von dieser Bundesregierung, von CDU und SPD, eine Entscheidung getroffen und gesagt werden: Wir rauschen nicht nochmal in so einen Coronaherbst rein.

Da bringt es nichts, zu sagen: „Ich verspreche: Die Schulen bleiben offen!“ und: „Ich verspreche: Es wird keinen weiteren Lockdown geben!“, sondern Ihre Aufgabe ist, jetzt dafür zu sorgen, dass das auch so kommt. Das heißt, in einem solchen Moment den Mut zu haben, zu sagen, dass es an Hotspots natürlich eine 2-G-Regelung geben muss, damit die Schulen in Zukunft auch wirklich offen bleiben und die Kinder nicht in die achten Ferien rauschen, in denen es heißt: O Gott, jetzt haben wir wieder einfach nichts getan.

Wenn Schülerinnen und Schüler zweimal die Woche getestet werden, warum soll das nicht auch am Arbeitsplatz möglich sein? Diese Debatte hatten wir schon mal in diesem Hohen Haus. Nach anderthalb Jahren ist es an der Zeit, dass das endlich umgesetzt wird.

Dann hatten Sie gesagt, Sie wollten jetzt in den drei Stunden auch über Afghanistan und eine verantwortungsvolle Außenpolitik diskutieren. Das war das Argument von CDU und SPD, warum sie den TOP „Afghanistan“ per Geschäftsordnung hier nicht zugelassen haben. Und dann ist es doch ein ganz schön starkes Stück, dass Sie sich hierhinsetzen – auch Sie, Herr Scholz – und nichts zu diesem Thema sagen, dass Sie nichts dazu sagen, was in den letzten Wochen in dieser Bundesregierung eigentlich schiefgelaufen ist.

Seit der letzten Afghanistan-Debatte sind ja noch neue Dinge an das Licht der Öffentlichkeit gekommen: dass Sie die Listen, von denen wir hier vor Wochen gesprochen haben, gar nicht weitergegeben haben, dass Menschen angerufen worden sind, vor dem Flughafen standen, aber dann nicht auf der Liste standen, um durchzukommen. Stattdessen wurden diese Listen mit Namen von Menschen, die in Lebensgefahr schweben, irgendwie an die Taliban gegeben. Dass Sie darüber hier und heute nicht reden wollen, das ist einfach unverantwortlich.

Es geht dabei nicht nur um die zukünftige Außenpolitik der Bun-

desrepublik Deutschland. Es geht auch um die Frage: Welche Art von Politik wollen wir eigentlich machen? Eine Politik, bei der sich die Regierung in schwierigen Momenten einfach wegduckt, eine Politik, bei der sich eine Große Koalition hinstellt und sagt: „Mit dem Parlament möchten wir darüber jetzt nicht diskutieren“? Das ist nicht nur eine unverantwortliche Außenpolitik, sondern das zeigt auch, dass man keinen Respekt vor diesem Hohen Haus hat. Und dass die Verteidigungsministerin jetzt alleine eine Löschung von Unterlagen in ihrem Haus untersagt, Sie aber nicht bereit sind, einen entsprechenden Antrag hier im Deutschen Bundestag zu beschließen, das ist wirklich ein Unding. Ja, Sie können das per Geschäftsordnung hier von der Tagesordnung streichen, aber Sie können Ihre Verantwortung beim Afghanistan-Debakel nicht einfach wegwischen. In der nächsten Legislaturperiode wird es einen Untersuchungsausschuss dazu geben, und zwar nicht nur, um die Fehler aufzuarbeiten, sondern auch, weil Deutschland endlich wieder eine aktive deutsche Außenpolitik braucht. Dieses Wegdu-

cken in der Afghanistan-Politik ist doch ein Spiegel dessen, was in den letzten acht Jahren in Europa passiert ist.

Deutschland ist das stärkste Land in der Europäischen Union. Deutschland ist das Land, das immer wieder sagt: Wir wollen Europa weiterbauen. – Auf Ihrem eigenen Koalitionsvertrag – das haben Sie in den letzten vier Jahren offensichtlich vergessen – stand als Titel: „Ein neuer Aufbruch für Europa“. Was ist dann passiert? Als Herr Macron gesagt hat, wir müssen jetzt den globalen Kampf gegen Steuerbetrug mithilfe einer Digitalsteuer angehen, haben Sie, Herr Scholz, gesagt: Ach nee, lassen wir das lieber mal sein. – Jetzt sind Sie mit reichlich Verspätung nachgetrödel, und die Franzosen haben das erst einmal alleine gemacht.

Als die EU-Kommissionspräsidentin – sie ist von der Union – gesagt hat, Europa solle der erste klimaneutrale Kontinent werden, fiel Ihnen nichts Besseres ein, als in Brüssel dafür zu lobbyieren, dass dies mit Blick auf die Autoabgasgrenzwerte nicht so schnell gemacht wird. Jetzt macht Daimler das halt allein und stellt ab 2025

fast nur noch E-Autos her.

Das Heftigste – ich komme zum Schluss, Herr Präsident – ist bei der europäischen Flüchtlingspolitik passiert. Humanität und Ordnung sind die Pfeiler unserer gemeinsamen Werteunion. Was haben Sie vier Jahre lang gemacht? Sie haben sich hinter Viktor Orban versteckt und gesagt: Solange der sich nicht bewegt, bewegen wir uns auch nicht. – Europa wurde immer weitergebaut, indem einige sich zusammengetan haben: beim Euro, bei Schengen, bei der Osterweiterung. Genau dies brauchen wir jetzt wieder: ein Deutschland, das Europa politisch führt und sich nicht hinter Viktor Orban versteckt. Von Ihrem groß angekündigten Aufbruch für Europa ist nichts übrig geblieben außer einer Reise meiner beiden Mitbewerber diese Woche nach Paris, um das Letzte noch zu retten. So gestalten wir keinen Aufbruch in Europa, und so wird es auch mit dem Klimaschutz nichts. Wir brauchen eine Regierung, die Verantwortung übernimmt, die Mut für Neues hat, die klimagerechten Wohlstand in Deutschland und eine gemeinsame Zukunft in der Europäischen Union anstrebt.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Sie können Ihre Verantwortung beim Afghanistan-Debakel nicht einfach wegwischen.**

Armin Laschet, CDU:

## Wir stehen an einer Epochenwende



Armin Laschet (\*1961)  
Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen

Die Bundeskanzlerin hat heute diese Debatte eröffnet, und sie hat einen Vergleich gezogen zwischen dem Jahr 2005 und dem Jahr 2021. Die Bilanz waren 5 Millionen Arbeitslose. Wir hatten ein geringeres Bruttoinlandsprodukt. Deshalb ist es gut, einmal daran zu erinnern, dass wir zuletzt 16 gute Jahre für Deutschland erlebt haben.

Wenn jetzt, mitten in der Pandemie, 2,6 Millionen Menschen

ohne Arbeit sind und es damals 5 Millionen waren, dann heißt das: Es gibt weniger Armut. Armut bei Kindern hängt auch davon ab, ob Eltern Arbeitsmöglichkeiten haben. Deshalb ist das Erste: Wir müssen für mehr Arbeitsplätze sorgen.

Das Zweite ist: Sie malen hier düstere Bilder von Umwelt- und Klimapolitik. Vor 16 Jahren kamen knapp 10 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien. Heute sind es 46 Prozent. In diesen Jahren ist viel bewegt worden. Deshalb ist es richtig, dass wir an dieser Stelle der Bundeskanzlerin danken. Sie hat dieses Land gut durch viele Krisen geführt, und all Ihre Schwarzmalerei hat wenig mit dem zu tun, was in diesen 16 Jahren geleistet worden ist.

Es gibt immer diesen netten Spruch: Ja, warum wollt ihr jetzt was Neues machen? Ihr hattet doch 16 Jahre Zeit. Was ist denn bei der Digitalisierung passiert? Christian Lindner hat das ein wenig angedeutet. 2005 hat Netflix

per Post DVDs verschickt. Die Welt hat sich seither ein wenig verändert. Jetzt, im Jahre 2021, zu kritisieren, wie man 2005 reagiert hat, ist einfach unseriös.

Wir alle haben in dieser Pandemie gemerkt, dass Bund, Länder und Kommunen auf die Herausforderungen unserer Zeit nicht richtig eingestellt sind. Wenn die Gesundheitsämter mit Faxen arbeiten, ist es Aufgabe der Kommunen, dies zu ändern. Wenn die Länder nicht schnell genug sind bei der Bildung, Frau Baerbock, ist das eine Länderaufgabe. Aber immer so zu tun, als sei diese Bundesregierung an allem schuld, ist falsch. In elf Ländern regieren Sie mit, und wenn es da nicht gut läuft, sind Sie auch dafür verantwortlich. Man kann sich nicht immer aus der Verantwortung herausziehen.

Natürlich ist nach 16 Jahren jetzt vieles neu zu gestalten. Wir stehen an einer Epochenwende. Wir alle spüren das. Europa ist unter Druck gekommen. Europa hat



in der Pandemie gemerkt, wie abhängig man von einer fremden Macht war, selbst bei simpelsten medizinischen Gütern. Insofern wird unsere europäische Welt mit einem wertebasierten Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell jetzt die Gestaltung der Zukunft auf sich nehmen müssen. Das geht nur europäisch. Wir brauchen einen Zusammenschluss Europas, um für unser Menschenbild einzutreten: gegenüber China, einem Herausforderer, gleichzeitig Systemrivale und Partner, auch gegenüber anderen in der Welt. Das ist eine der großen Aufgaben, die wir jetzt anpacken müssen.

Das Gleiche gilt für den Klimawandel. Wir können hier über kleinteilige Maßnahmen diskutieren. Wir als Deutschland werden auch unseren Teil leisten müssen. Aber wir werden diese große Aufgabe nur als globale Aufgabe, als Klimaaußenpolitik, bewältigen. Da werden wir auch mit Ländern reden müssen, die unser Menschenbild nicht teilen: mit Russland, mit China, mit der arabischen Welt. Nur wenn wir hier zu mehr Gemeinsamkeiten kommen, werden wir diese Menschheitsaufgabe lösen. Deshalb rate ich uns, etwas von diesem Klein-Klein wegzukommen und uns dieser großen Aufgabe anzunehmen, die jetzt in den nächsten zehn Jahren vor uns liegt.

Wir müssen – zu der Frage der äußeren Sicherheit und zu der Frage der inneren Sicherheit will ich nachher noch kommen – mit all unseren Prozessen im Land schneller werden. Der Finanzminister hat hier eben gesagt, wir müssten mehr Wohnungen bauen. Ja, das stimmt. Wir müssten mehr Wohnungen bauen. Sie haben die Zeit von Helmut Kohl gewürdigt, in der mehr Wohnungen gebaut worden sind. Aber, sehr verehrter Herr Scholz, glauben Sie allen Ernstes, man kriegt das mit mehr Vorschriften, mehr Blockaden, mehr Regeln hin? Rot-rot-grüne Berliner Wohnungsbaupolitik: Zum ersten Mal seit 2009 sind weniger Wohnungen gebaut worden. Glauben Sie, mit dieser Methode würden Sie mehr Wohnungen in Deutschland bauen? Das ist doch eine absurde Vorstellung.

Die Bauvorschriften damals waren ganz andere. Jedes Jahr werden neue Dinge draufgelegt. In Ihren Wahlprogrammen stehen eine Menge neuer Vorschriften, die jetzt alle kommen sollen. Sie müssen aber jemanden, der Geld investiert, ermutigen, dass er das in Wohnungen steckt. Es muss attraktiv sein, zu bauen.

Bei aller Liebe, sehr verehrter Herr Scholz, man kann nicht mit der Raute durch die Gegend laufen und reden wie Saskia Esken. Das passt einfach nicht zusammen.

Das Gleiche gilt für die Wirtschaftspolitik. Wir haben in der Pandemie mit vielen Milliarden – Sie haben das erwähnt – die Kurzarbeit bezahlt, wir haben Unternehmen Hilfe gegeben, damit sie gut durch die Krise kommen. Das war übrigens möglich, weil wir davor eine Politik gemacht haben, die der Herr Präsident noch als Finanzminister verantwortet hat: die Politik der Schuldenbremse und der schwarzen Null. Weil wir in guten Zeiten Rücklagen gebildet haben, konnten wir, anders als viele andere europäische Länder, in der Krise helfen.

Ihr Parteivorsitzender Herr Walter-Borjans – ich kenne ihn aus Nordrhein-Westfalen – hat gesagt: „Die Schuldenbremse ist der Fetsch von Wolfgang Schäuble. Der ist falsch; Schulden sind gut.“ – Dazu kamen so tolle Sätze wie: Die Schulden von heute sind die Steuerkraft von morgen. – Die Politik, die wir gegen Sie durchgesetzt haben, hat dazu geführt, dass wir solide gehaushaltet haben. Ich fürchte, wenn die Union nicht mehr da ist, wenn Sie keinen Kanzler mehr vor sich haben, der auf Sie achtet, dann werden Sie wieder Schulden machen, und dann werden Sie wieder Steuern erhöhen, wie wir das von Ihnen kennen. Deshalb gehört in den Dank an die Bundeskanzlerin natürlich auch, dass sie in diesen 16 Jahren 12 Jahre gut auf die Sozialdemokraten aufgepasst hat. Das war eine große Leistung.

Die Philosophie nach der Krise muss doch sein: Wir kommen nur zu wirtschaftlichem Wachstum, wenn wir Fesseln wegnehmen, wenn wir Bürokratie wegnehmen, wenn wir Freiräume schaffen, damit investiert werden kann, und wenn wir all denen, die jetzt darauf warten, wieder zu investieren, nicht das Geld entziehen, das sie für Investitionen brauchen. Wir alle haben doch vor der Pandemie diese Lehre gezogen; mich wundert, dass man das so schnell vergessen kann. Jahrelang ging es ohne neue Steuererhöhungen. Jedes Jahr im Frühjahr kam die Steuerzuschätzung, und am Ende des Jahres gab es immer mehr Steuereinnahmen, weil die Wirtschaft brummte, weil die Menschen Beschäftigung hatten, weil die Arbeitslosigkeit niedrig war und viele Menschen Steuern gezahlt haben. Wie kann man das so schnell vergessen? Warum macht man

jetzt wieder die gleichen Fehler, die man davor gemacht hat? Steuern erhöhen und Schulden machen, das ist der falsche Weg!

Eine Bemerkung zu Ihnen, Frau Baerbock. Sie haben über Verlässlichkeit in der Politik gesprochen. Sie haben dem SPD-Kanzlerkandidaten vorgeworfen, dass er in der Lausitz von einem Kohleausstieg im Jahr 2038 spricht und in anderen Regionen andere Daten nennt. Das ist vielleicht sogar ein berechtigter Punkt. Aber eines ist unredlich – und da haben die Grünen am allerwenigsten Grund, hier moralisch so überheblich aufzutreten –: Diese Große Koalition hat als erste eine Kohleausstiegskommission eingesetzt und den Kohleausstieg eingeleitet. Das ist das Erste, was man hier einmal feststellen muss. Diese Kommission sollte einen gesellschaftlichen Konsens erzielen, mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, Wissenschaftlern wie Professor Schellhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und allen Umweltverbänden, die daran beteiligt waren. Sie sollten die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Strom prüfen und sind zum Enddatum 2038 gekommen. Lassen Sie sich mal von Michael Vassiliadis und anderen die letzte Nacht schildern. Eine einzige Gegenstimme gab es gegen dieses Datum. Sie kam von einer Bürgermeisterin aus dem Osten, weil es um eine Umsiedlung ging. Alle anderen 27 haben Ja gesagt. Sie haben dann ein Minderheitsvotum abgegeben, in dem sie gesagt haben: Wir könnten uns auch 2030 vorstellen. Aber im Sinne eines gesellschaftlichen Konsenses, der in einer solchen Frage wichtig ist, haben sie sich für 2038 entschieden.

Jetzt wird man sehen, wie sich der CO<sub>2</sub>-Preis entwickelt. Vielleicht geht es schneller. Wir in Nordrhein-Westfalen, im Westen, werden schneller sein. Aber in Ostdeutschland hat man bereits 1990 brutale Brüche erleben müssen.

Die Menschen dort haben das Recht darauf, dass, wenn die Politik etwas zusagt, diese Zusage mindestens ein Jahr haltbar ist und nicht direkt infrage gestellt wird, wenn es in die Umsetzung geht. Das ist der Punkt, um den es geht.

Jetzt komme ich zu einem zweiten Punkt, der wichtig ist: Wir müssen wieder zu wirtschaftlichem Wachstum zurückkommen. Das geht mit Entfesselung, mit weniger Bürokratie, mit beschleunigten Verfahren, mit Unterstützung für die Familienunternehmen, gerade im ländlichen Raum, die

Steuererhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt als Gift für Investitionen empfinden würden.

Aber wir müssen auch den Aufstieg durch Bildung unterstützen; Christian Lindner hat über diese Frage gesprochen. Die beste Sozialpolitik ist, Kindern aus Hartz IV herauszuhelfen, Aufstieg möglich zu machen, unabhängig von der Herkunft der Eltern. Deshalb ist der Beschluss des Vermittlungsausschusses vom gestrigen Tag, dass wir auch Ganztagsangebote für das sechste bis zehnte Lebensjahr jetzt als Rechtsanspruch festschreiben, ein so wichtiger. Wir brauchen ein anderes Verständnis von Sozialpolitik. Kinder zu stärken, ist das Richtige und nicht staatliche Umverteilung. Das ist ein fundamentaler Unterschied.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen zusammen mit der FDP in schwierigsten Stadtteilen Talent-schulen errichtet – Schulen mit besserer Ausstattung, besserer Bildung, besserem Lehrerschlüssel, – um Kindern, auch aus Einwandererfamilien, Aufstiegschancen durch Bildung zu ermöglichen. Wir müssen das Erlernen der deutschen Sprache schon im Kindergarten fördern, damit die Kinder jede Aufstiegschance in dieser Gesellschaft haben. Das gilt es übrigens auch anzuerkennen. Das ist der Unterschied zum rechten Teil des Hauses.

Ugur Sahin beispielsweise – er wird immer nur zitiert, wenn es gut läuft – kam hierher, als er vier Jahre alt war, hat kein Wort Deutsch gesprochen. Er hat eine gute Bildung genossen, ist als erstes Kind aus seiner Familie auf das Gymnasium gegangen, hat sein Abitur gemacht, ist seinen Bildungsweg gegangen und hat am Ende für die ganze Welt einen Impfstoff entwickelt.

Wir brauchen mehr solcher Aufstiegs-geschichten. Ich sage auch dazu: Diese Vielfalt in unserer Gesellschaft muss sich auch in unseren Verwaltungen widerspiegeln, muss sich auch in einer Bundesregierung widerspiegeln. Es gibt nicht nur die talentierten Menschen, die Impfstoffe entwickeln; es gibt viele Tausende, die immer noch nicht die Chance haben, ihre Potenziale einzubringen. Auch dafür stehen wir, weil Leistung und Bildungsaufstieg unser Prinzip ist und nicht soziale Umverteilung, wie Sie es in Ihren Programmen fordern.

Das dritte Thema ist: Wie erreichen wir Klimaneutralität? Es ärgert mich, wenn man immer neue Daten in der Zukunft erfindet, was man alles 2045 und dann und dann machen will. Wir brauchen

Zielpunkte; da liegen wir auch nicht auseinander. Aber das Kunststück ist doch, die Industrie so umzubauen, damit die Industriearbeitsplätze auch in zehn und zwanzig Jahren noch vorhanden sind, und dafür zu sorgen, dass es dann noch Stahlindustrie, noch Automobilindustrie bei uns gibt. Mich wundert es ja, dass es, obwohl sich die Automobilindustrie so umgestellt hat, wie wir das alle wünschen, ganz auf dem Weg zur Klimaneutralität ist, immer noch Gruppen gibt, die jetzt gegen die IAA in München demonstrieren, sie blockieren, sie stören wollen. Ich will, dass es auch in zwanzig Jahren noch Automobilindustrie in Deutschland gibt! Das muss doch die Vorgabe sein!

Und ich bin froh, dass es diese Ausstellung gibt und dass wir in Deutschland die besten Autos bauen. Dann muss man aber auch die Grenzwerte so festlegen, dass man da mitkommt. Sie können in Brüssel Grenzwerte für die Stahlindustrie beschließen, aber dann ist klar: Dieses Stahlwerk ist dann weder in Salzgitter noch in Duisburg noch im Saarland zu betreiben. Denn wenn Kohle und Eisenerz verbunden werden, wird immer CO<sub>2</sub> frei. Das ist ein Naturgesetz. Dass das nicht mehr gilt, können Sie auch nicht mit einer Änderung der Geschäftsordnung im Bundestag beschließen, auch nicht mit Zweidrittelmehrheit. Ein Naturgesetz ist ein Naturgesetz.

Und wenn man will, dass diese Industrien in Zukunft noch hierbleiben, muss man ihnen den Weg dahin ebnen: mit einer Lösung für den Übergang, bis es möglich ist, grünen Stahl zu erzeugen, mit mehr Wasserstoff. Dazu braucht man aber Zeit. Wenn sie morgen nach Indien, nach China abwandern, muss der Stahl Zehntausende Kilometer über die Weltmeere transportiert werden, mit hoher CO<sub>2</sub>-Belastung. Und unsere Klimabilanz ist ganz toll, weil die Stahlproduktion – 6 Prozent – nicht mehr da ist. Wir könnten uns brüsten, dass wir eine tolle Klimabilanz haben; aber die Industriearbeitsplätze sind weg.

Es wundert mich, dass auch die SPD so wenig über dieses Thema spricht. Diese Energiewende muss sozialverträglich gelingen. Wir brauchen diese Industriearbeitsplätze, und deshalb brauchen wir einen Prozess hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft: in der Chemie, bei der Automobilindustrie, beim Stahl und in vielen anderen Bereichen mehr. Das gelingt aber nur durch Forschung, durch Innovation. Das gelingt nicht, wenn Sie immer neue Auflagen für die Industrie machen; denn die sind

### Armut bei Kindern hängt auch davon ab, ob Eltern Arbeitsmöglichkeiten haben.

### Wir brauchen einen Zusammenschluss Europas, um für unser Menschenbild einzutreten.



auf dem Wege und wollen es leisten. Ich könnte Ihnen jetzt zehn Beispiele nennen, wo das schon sehr konkret passiert. Das ist aber nicht mit Verboten zu erreichen.

Ich glaube, dass es im Kern darum geht, wie man es macht. Und dazu braucht man Wirtschaftskompetenz, Kenntnisse, wie ein Unternehmen funktioniert, wie Strukturwandel geht. Strukturwandel geht nicht mit Sprüchen, sondern Strukturwandel geht nur mit der Kenntnis von Prozessen, mit Innovation, mit Investitionen in Batterietechnik, in Grünen Wasserstoff, in klimaneutrale Werkstoffe und, und, und. Und dazu habe ich heute von den freundlichen Wettbewerbern keine Antworten gehört. So wird Deutschland jedenfalls nicht Industrieland bleiben, wenn man mit den Konzepten agiert, die Rot-Grün heute hier vorgetragen hat.

Wir haben heute auch wenig über Digitalisierung gehört. Das ist die große Aufgabe, die jetzt vor uns liegt: die Verwaltung so umzubauen, dass sie bürgerfreundlicher wird, dass das Digitale genutzt wird, um Prozesse zu erleichtern.

Und das Dritte, wozu wir überhaupt nichts gehört haben, ist die Frage der Sicherheit in diesem Land. Wenn wir für sozialen Zusammenhalt einstehen wollen, aber merken, dass die Gesellschaft von allen Seiten aggressiver wird – das ist jetzt auch wieder in der Coronapandemie zu spüren –, dann heißt das doch, dass wir diesen Menschen zuhören müssen, dass wir ernst nehmen müssen, was sie vortragen, und dass wir darüber nicht so leichtfertig hinweggehen dürfen. Und in der Tat: Man darf es nicht auch noch befeuern.

Die Millionen Menschen, die sich haben testen und sich danach haben impfen lassen, sind keine Versuchskaninchen. Bitte mäßigen Sie sich in Ihrer Sprache, Herr Bundesfinanzminister, wenn Sie über diese Dinge reden! Wir haben diese Querdenker überall erlebt. Und ich sage Ihnen und Ihrer Partei noch etwas: Wenn ein Querdenker auf die Bühne springt und herumkrakeelt, dann ist es, selbst wenn man diesen Menschen nicht kennt, nicht richtig, ihn gleich von Sicherheitskräften wegbringen zu lassen. Das befeuert doch die Legende dieser Leute, die hier sitzen und die unser Land aufhetzen in diesen Fragen. Deshalb: Zuhören, ernst nehmen, was andere vortragen. Und deshalb ist Sicherheit ein ganz wichtiges Thema. Aber Sicherheit ist mehr. Sicherheit ist auch der Kampf gegen Rechtsextremismus. Das ist die

größte Bedrohung in diesem Land, weil er Anschläge auf Menschen verübt. NSU – das war ein Staatsversagen ohne jeden Zweifel. Hier brauchen wir klare Regeln.

Gleichzeitig haben wir inzwischen auch einen fundamentalistischen Terrorismus, wir haben Clankriminalität, die die Menschen verunsichert. Deshalb muss man das anpacken. Dazu braucht man eine Haltung, eine klare Haltung. Wir haben das in Nordrhein-Westfalen erlebt.

Anis Amri war ein bekannter Fall: 13 Identitäten, reiste quer durch das Land. Jeder wusste, wer er ist. Er war ständig beobachtet. Und man hat uns dann erklärt: Ja, aber festnehmen kann man den nicht; der ist ja nur ein Gefährder; der hat ja noch nichts gemacht. – So war die Begründung. Man hat auch gesagt: Man kann einen Gefährder nicht abschieben; denn es gibt ja keinen Straftatbestand, den er begangen hat.

Da hat sich etwas geändert. Jetzt gibt es die Grundhaltung: Es ist möglich, dass jemand, der Gefährder ist, der deutlich macht, er will auch töten und ist bereit zur Gewalt, festgenommen und des Landes verwiesen werden kann. Wir sind ein liberales, ein weltoffenes Land, aber wir haben ein Prinzip: Nulltoleranz. Inzwischen sind in Nordrhein-Westfalen seit 2017 auf Grundlage eines Paragraphen, von dem Sie gesagt haben, das ginge gar nicht, 35 Gefährder des Landes verwiesen worden. Wir wollen konsequent sein, damit Sicherheit in diesem Land gelingt. Das ist eine Frage, die man jetzt, gerade nach Afghanistan, auch international beantworten muss.

In Frankreich beginnt morgen der wichtige Prozess gegen die

mutmaßlichen Attentäter von Paris. Die Anschläge damals haben Frankreich ins Herz getroffen. Ich bin morgen beim französischen Präsidenten; das ist freundlicherweise schon erwähnt worden. An dem Thema können Sie jetzt wieder sehen, dass wir mehr Europa brauchen in der Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung. Die Attentäter kamen durch Deutschland, lebten in Brüssel, fuhren nach Paris und haben die Anschläge begangen. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier europäisch zusammenarbeiten, dass wir Frankreich, das besonders von Terroranschlägen betroffen war, signalisieren: Wir gehen diesen Weg zusammen. Wir werden gemeinsam in Europa für mehr Sicherheit sorgen. Das ist das Versprechen, damit Terrorismus nicht wieder so wüten kann wie im Jahre 2015.

Das Zweite. Außenpolitisch hat dieser Bundestag den Afghanistan-Einsatz nach dem 11. September 2001, der sich in wenigen Tagen jährt, nicht mit dem Argument beschlossen, die Taliban zu beseitigen, sondern diesen rechtsfreien Raum, der da entstanden war und der Ursache für weltweiten Terrorismus war – Osama Bin Laden und al-Qaida haben von Afghanistan aus den Anschlag in New York geplant –, zu verhindern. Das war das Ziel. Das ist gelungen. Dieser Teil ist gelungen. Wir haben Hoffnungen gehabt, dass sich am Ende mehr in Afghanistan verändert. Das ist am Ende leider nicht gelungen. Aber die Lehre muss sein, dass wir, die internationale Gemeinschaft und Europa, jetzt alles dafür tun, dass nicht erneut unter den Taliban ein neuer rechtsfreier Raum entsteht, der uns hier in unserer Sicherheit bedroht; das ist der eine Teil.

Und: Wir müssen nach diesem für das westliche Bündnis wahrscheinlich größten Desaster seit seiner Gründung einfach erken-

nen: Wo müssen wir besser werden? Sind wir Europäer wirklich auf alle Ewigkeit nicht in der Lage, allein einen Flughafen zu sichern? Wir sollten uns das Ziel setzen: Ja, wir müssen auch mal handeln können, wenn die Amerikaner nicht handeln. Das war einmal der Beginn der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1999 nach den Kriegen auf dem Balkan. Damals haben wir Krieg in Europa, Völkermord, Massenvergewaltigungen gesehen. Gestoppt wurde das erst durch einen NATO-Einsatz, weil Europa dazu nicht allein in der Lage war. Danach hat man begonnen, eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln, die in Fragmenten weitergekommen ist, aber 20 Jahre später noch nicht so stark ist, dass wir heute auch allein handeln könnten. Dies muss das Ziel sein: zu mehr Europa, zu mehr Handlungsfähigkeit zu kommen.

Das bedeutet aber auch, dass, wenn man sich verabredet, gemeinsame Projekte, auch gemeinsame Projekte zum Schutz unserer Soldaten, zu machen, das dann auch in Deutschland durchgehalten wird, dass wir dann auch sagen: Ja, wir sind bereit, 2 Prozent für Sicherheit auszugeben. Und das werfe ich SPD und Grünen vor. Beim ersten Teil, den europäischen Bekenntnissen, sind Sie dabei. Aber wenn es dann um die Umsetzung geht, wenn es um das gemeinsame Rüstungsprojekt geht, wenn es um die bewaffnete Drohne geht, dann liegt die Vorlage seit Monaten beim Finanzminister, weil er sich nicht gegen seine eigene Partei durchsetzt. Das ist das Problem, das wir haben. Deshalb muss man eine Haltung haben. Man muss sich Ziele setzen und dann auch für Mehrheiten dafür sorgen.

Ich will zum Schluss kommen. Wir haben eben Herrn Bartsch hier gehört. Das, was Herr Bartsch

hier vorgetragen hat, hörte sich ja an wie eine Bewerbungsrede. Wir tun alles, dass das nicht passiert, dass es kein rot-rot-grünes Bündnis gibt. Aber Sie haben das hier so charmant vorgetragen. Um mit Ihrer Sprache zu sprechen, müssten die Leute jetzt draußen sagen: Völker, hört die Signale! Also, wir wissen, was da geplant ist. Wir wissen, dass Begegnungen, auch hier in diesem Hause, schon vor den Sommerferien stattgefunden haben. Deshalb haben die Bürgerinnen und Bürger ein Recht darauf, dass derjenige, der Bundeskanzler werden will, hier klipp und klar sagt, ob er mit einer Partei, die die NATO auflösen will, den Verfassungsschutz auflösen will, die Bundeswehr abrüsten will, statt sie zu stärken, das Kommando Spezialkräfte auflösen will, die bei jedem europäischen Einigungsvertrag – Maastricht, Amsterdam, Nizza, Lissabon – immer Nein gesagt hat, ob Sie, Herr Scholz, wirklich wollen, dass diese Leute in eine potenzielle Bundesregierung berufen werden. Es ist nicht so schwer, Nein zu sagen.

Ich sage Ihnen: Wir werden mit Ihnen nicht koalieren. Ich sage der AfD: Mit Ihnen kooperieren wir nicht, verhandeln wir nicht und werden wir nie koalieren. Wir tun alles, dass Sie nicht mehr in deutschen Parlamenten vertreten sind. Das ist unser Kampf gegen Ihre Haltung. Diese Klarheit von Demokraten gegen bestimmte Positionen wünsche ich mir. Helmut Schmidt übrigens, auf den Sie sich neuerdings genauso gern berufen wie auf Angela Merkel – Gerhard Schröder höre ich nicht so laut bei Ihren Berufungen; Helmut Schmidt und Angela Merkel sind jetzt die Benchmarks –, hat immer und hätte auch jetzt in dieser Frage klar gegen Links- und Rechtsextreme gestanden. Deshalb wünsche ich mir, dass diese Klarheit kommt. Das ist die Frage, um die es bei der Bundestagswahl geht. Wir werden alles tun, dass es nicht zu einem rot-rot-grünen Bündnis in Deutschland kommt. Das können wir Ihnen versprechen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der FDP – Die Abgeordneten der CDU/CSU erheben sich)



Braunkohlekraftwerk Niederaußem in Nordrhein-Westfalen. Auch die zukünftige Bundesregierung wird sich mit dem Kohleausstieg befassen müssen.

© picture alliance / FotoMedienService | Ulrich Zillmann

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen außerdem Tino Chrupalla (AfD), Carsten Schneider (SPD), Jan Korte (Die Linke), Alexander Dobrindt (CSU), Katja Mast (SPD), Mario Mieruch (fraktionslos), Paul Ziemiak (CDU), Frauke Petry (fraktionslos) und Yasmin Fahimi (SPD).



leicht  
erklärt!

# Einsatz in Afghanistan

Die Bundes-Wehr hat das Land verlassen



## In den Nachrichten

In den letzten Wochen hört man in den Nachrichten viel über das Land Afghanistan.

Man hört, dass es dort Kämpfe gegeben hat.

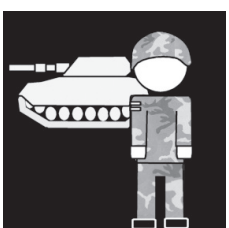
Und dass die deutsche Bundes-Wehr das Land verlassen hat.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos zu dem Thema.

Folgende Fragen werden im Text zum Beispiel beantwortet:

- Was ist die Bundes-Wehr?
- Was hat die Bundes-Wehr in Afghanistan gemacht?
- Warum hat die Bundes-Wehr Afghanistan verlassen?

## Was ist die Bundes-Wehr?



Die Bundes-Wehr ist die Armee von Deutschland.

Also alle deutschen Soldaten.

Sie haben folgende Aufgaben:



- Sie verteidigen Deutschland. Und zwar, falls es von anderen Ländern angegriffen wird.
- Sie verteidigen andere Länder. Zum Beispiel Länder, die Partner von Deutschland sind.
- Sie helfen bei Katastrophen. Zum Beispiel bei Erdbeben, Überflutungen oder Hungersnöten.

Und zwar in Deutschland. Aber auch im Ausland.

## Einsatz in Afghanistan

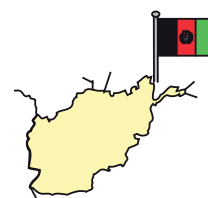
Einer der bekanntesten Einsätze in einem anderen Land war der in Afghanistan.

Dort war die Bundes-Wehr vom Jahr 2001 bis zum Jahr 2021 im Einsatz.

Afghanistan ist ein Land in Asien.

Dort leben ungefähr 40 Millionen Menschen.

Die Haupt-Stadt von Afghanistan heißt Kabul.





## Warum war die Bundes-Wehr in Afghanistan?



Am 11. September 2001 gab es einen Angriff auf die USA.

Dabei wurde unter anderem das World Trade Center in New York zerstört.

Das war ein Gebäude, das für seine zwei Hoch-Häuser bekannt war.

Die USA hatten damals schnell einen Verdacht, wer die Täter waren.

Sie vermuteten, dass der Anführer der Täter sich in Afghanistan versteckt.

Und dass er Hilfe von den Herrschern von Afghanistan bekommt.



Diese Herrscher von Afghanistan waren eine Gruppe mit dem Namen: Taliban.

Die Taliban sind bewaffnete Kämpfer.

Ihr Ziel ist es, einen Staat aufzubauen, in dem nur ihre Regeln gelten.

Um das zu erreichen, setzen sie auch Gewalt ein.

Zum Beispiel:

- Sie entführen Leute.
- Sie töten Menschen, die gegen sie sind.
- Sie sprengen Dinge in die Luft. Auch dabei sterben oft Leute.

Mit diesen Taten wollen sie anderen Menschen Angst machen. Und so ihre Ziele erreichen.



Die Taliban waren also die Herrscher von Afghanistan.

Und sie haben mit den Tätern vom World Trade Center zusammengearbeitet.



Darum haben die USA beschlossen, Afghanistan anzugreifen.

Dafür haben die USA verschiedene andere Länder um Hilfe gebeten. Zum Beispiel Deutschland.

Deutschland hat seine Hilfe zugesagt.

## Was hat die Bundes-Wehr in Afghanistan gemacht?

Die Bundes-Wehr ist also zusammen mit den USA und anderen Ländern nach Afghanistan gegangen.

Dort haben sie sich mit afghanischen Kämpfern zusammengetan.

Gemeinsam haben sie gegen die Taliban gekämpft.

Schnell hatten sie damit Erfolg.

Sie konnten die Taliban nicht komplett besiegen.

Aber sie konnten ihnen die Herrschaft wegnehmen.

Danach wurde eine neue Regierung in Afghanistan gegründet.



Nachdem die Taliban nicht mehr an der Macht waren, blieben die Soldaten der Bundes-Wehr im Land.

Sie sollten dort aber nicht mehr kämpfen.

Ihr Auftrag war es, die neue Regierung von Afghanistan zu unterstützen.

Sie sollten ihr dabei helfen, die Taliban weiter zu bremsen.

Außerdem sollten die Soldaten helfen, Sicherheit und Ordnung zu schaffen.

Sie haben zum Beispiel afghanische Soldaten und Polizisten ausgebildet.



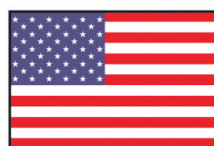




In Afghanistan waren meist zwischen 2000 und 5000 deutsche Soldaten im Dienst.

Und 59 Soldaten sind in der Zeit von 2001 bis 2021 ums Leben gekommen.

## Warum hat die Bundes-Wehr den Einsatz beendet?



Deutschland hat den Einsatz in Afghanistan vor allem wegen der USA beendet.

Denn:

Die USA haben schon vor einiger Zeit entschieden, Afghanistan zu verlassen.

Dafür gibt es verschiedene Gründe.

Zum einen haben die USA ein wichtiges Ziel erreicht:

Der Anführer der Gruppe, die das World Trade Center zerstört hat, wurde getötet.

Außerdem wollten immer weniger Menschen in den USA den Einsatz in Afghanistan.

Der Einsatz hat sehr viel Geld gekostet.

Viele Soldaten der USA sind gestorben.

Und viele Menschen wussten nicht mehr genau, was eigentlich die Ziele des Einsatzes waren.

## Andere Länder ziehen mit

Die USA waren die Anführer des Einsatzes in Afghanistan.

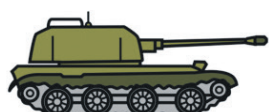
Sie sind viel mächtiger als die anderen Länder, die dort aktiv sind.

Ohne die USA können die anderen Länder nicht in Afghanistan bleiben.

Sie haben dafür nicht die richtige Ausrüstung.

Und auch nicht genug Soldaten.

Es ist zu gefährlich.



Außerdem finden auch viele Menschen in den Partner-Ländern der USA den Einsatz in Afghanistan nicht mehr richtig.

Deswegen haben auch die anderen Länder beschlossen, Afghanistan zu verlassen.

Auch Deutschland.

## Die Taliban sind zurück

Am 1. Mai haben die Soldaten der USA und ihrer Partner begonnen, Afghanistan zu verlassen.

Sie haben ihre Ausrüstung mitgenommen.

Oder sie haben sie an die afghanischen Soldaten übergeben.

Die Taliban haben diese Gelegenheit genutzt.

Sie haben angefangen, das Land zurückzuerobern.

Die USA und ihre Partner hatten damit gerechnet, dass das passiert.

Sie hatten aber nicht damit gerechnet, dass es so schnell passiert.

Sie dachten, dass es noch einige Monate dauern würde.

In den letzten Jahren haben sie ja dabei geholfen, eine afghanische Armee aufzubauen.

Und eine afghanische Polizei.

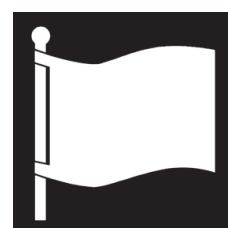
Sie haben sie ausgebildet.

Und sie haben ihnen Ausrüstung gegeben.

Sie dachten: Die afghanischen Soldaten werden gegen die Taliban kämpfen.

Das ist aber nicht passiert.

Die meisten afghanischen Soldaten haben sich ergeben.





Das ist ein Grund, warum die Taliban Afghanistan so schnell erobern konnten.

Am 15. August haben sie Kabul erobert.

Also die Haupt-Stadt von Afghanistan.

Sie haben die Regierung in Afghanistan übernommen.

Seit dem 15. August 2021 sind die Taliban also wieder die Herrscher von Afghanistan.



So wie sie es schon mal von 1996 bis 2001 waren.

### Chaos beim Abzug

Nicht nur deutsche Soldaten haben Afghanistan verlassen.

In Afghanistan waren auch andere Deutsche.

Zum Beispiel Mitarbeiter der deutschen Regierung.

Auch sie mussten Afghanistan verlassen.

Außerdem gab es auch Afghanen, die mit den Deutschen zusammengearbeitet haben.

Die haben nun Angst vor den Taliban und fürchten um ihr Leben.

Denn die Taliban nehmen ihnen diese Zusammenarbeit übel.

Die Ausreise all dieser Menschen verlief sehr chaotisch.

Dafür gab es verschiedene Gründe.

Zum Beispiel:

- Es gab zu wenige Flugzeuge.
- Am Flug-Hafen waren viel zu viele Menschen, die das Land verlassen wollten.
- Die Taliban haben Afghanen davon abgehalten, zum Flug-Hafen zu gehen.



### Kurz zusammengefasst

Vom Jahr 2001 bis zum Jahr 2021 war die Bundes-Wehr in Afghanistan.

Sie hat dort gegen die Taliban gekämpft.

Und sie hat der afghanischen Regierung geholfen.

Das alles hat Deutschland als Partner der USA gemacht.

Die USA haben vor einigen Monaten beschlossen, ihren Einsatz in Afghanistan zu beenden.

Darum hat auch die Bundes-Wehr ihren Einsatz beendet.

Die Taliban haben das ausgenutzt. Sie haben die Macht in Afghanistan zurückerobert.

Viele Menschen sind geflohen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance/dpa/Bundeswehr /Torsten Kraatz. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 37/2021  
Die nächste Ausgabe erscheint am 20. September 2021.